

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Parteiendemokratie

Jan-Werner Müller

ENDE DER
PARTEIENDEMOKRATIE?

Uwe Jun

DAS PARTEIENSYSTEM
ZWISCHEN FRAGMENTIERUNG
UND POLARISIERUNG

Theres Matthieß

DIE UNTERSCHÄTZTE
STÄRKE VON
MINDERHEITSREGIERUNGEN

Michael Koß

ABSCHIED VON DEN
ALLERWELTSPARTEIEN?

Marina Münkler

VON DER PARTEIEN- ZUR
PLATTFORMDEMOKRATIE

André Bächtiger · Seraphine Arnold ·

Franziska Maier · Anja Rieker ·

Vanessa Schwaiger ·

Eva-Maria Trüdinger

BÜRGERWÜNSCHE

ZUR REFORM DER
PARTEIENDEMOKRATIE

Liane Bednarz

PARTEIENVERDROSSENHEIT –
UND WAS DAGEGEN
Helfen könnte

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung  DAS PARLAMENT



Parteiendemokratie

APuZ 27-28/2025

JAN-WERNER MÜLLER

ENDE DER PARTEIENDEMOKRATIE?

Populismus und Bürgerratsmodelle setzen die Parteiendemokratie von unterschiedlichen Seiten unter Druck. Neu entstehende Parteien können unter diesen Vorzeichen Teil eines legitimen Strukturwandels sein, solange sie demokratischen Grundprinzipien verpflichtet bleiben.

Seite 04–09

UWE JUN

DAS PARTEIENSYSTEM ZWISCHEN FRAGMENTIERUNG UND POLARISIERUNG

Das deutsche Parteiensystem hat sich zu einem fluiden pluralistischen System gewandelt, das durch Polarisierung sowie Fragmentierung und Segmentierung geprägt ist. Das erschwert nicht nur Regierungsbildungen, sondern bedroht auch die Stabilität der Parteiendemokratie.

Seite 10–17

THERES MATTHIEß

DIE UNTERSCHÄTZTE STÄRKE VON MINDERHEITSREGIERUNGEN

Minderheitsregierungen sind in einem polarisierten Parteiensystem kein Allheilmittel, aber sie sind mehr als das letzte Mittel in der Not. Richtig gestaltet, können sie eine Antwort auf die politischen Realitäten einer zunehmend fragmentierten Demokratie sein.

Seite 18–24

MICHAEL KOB

ABSCHIED VON DEN ALLERWELTSPARTEIEN?

Der politische Wettbewerb der Nachkriegszeit und seine zugrunde liegenden Konfliktlinien begünstigten den Aufstieg der Volksparteien. Der neue Konflikt zwischen universalistischen und partikularistischen Positionen lässt die Voraussetzungen ihres Aufstiegs erodieren.

Seite 26–31

MARINA MÜNKLER

VON DER PARTEIEN- ZUR PLATTFORMDEMOKRATIE

Statt zur „Schwarmdemokratie“ zu werden, ist die Parteiendemokratie dabei, sich zur Plattformdemokratie zu wandeln. Deren Strukturen und Kommunikationsformen gefährden den demokratischen Diskurs. Damit ist auch die Demokratie selbst bedroht.

Seite 32–38

**ANDRÉ BÄCHTIGER · SERAPHINE ARNOLD ·
FRANZISKA MAIER · ANJA RIEKER ·
VANESSA SCHWAIGER · EVA-MARIA TRÜDINGER**

BÜRGERWÜNSCHE ZUR REFORM DER PARTEIENDEMOKRATIE

Bei Bürgerinnen und Bürgern steht die repräsentative Parteiendemokratie nach wie vor hoch im Kurs. Zugleich haben viele Menschen aber große Sympathien für Mischsysteme mit mehr Bürgerbeteiligung und Expertise. Das sollte bei künftigen Reformen Berücksichtigung finden.

Seite 40–47

LIANE BEDNARZ

PARTEIENVERDROSSENHEIT – UND WAS DAGEGEN HELFEN KÖNNTE

Der verbreiteten Parteien- und Politikverdrossenheit wohnt die Gefahr inne, sich zu einem grundlegenden Misstrauen gegenüber der liberalen Demokratie auszuweiten. Grund genug, der Frage nachzugehen, was ihre wichtigsten Ursachen sind.

Seite 48–54

EDITORIAL

Ist Demokratie ohne Parteien denkbar? Für den Staatsrechtler Hans Kelsen stellte sich diese Frage nicht, als er in den 1920er Jahren für seine Schrift „Vom Wesen und Wert der Demokratie“ über die Kernprinzipien demokratischen Regierens nachdachte. Aus seiner Sicht muss die Demokratie „notwendig und unvermeidlich ein Parteienstaat“ sein, weil in einer pluralistischen Gesellschaft ohne einheitlichen Volkswillen nur mithilfe von Parteien legitime Entscheidungsprozesse möglich sind, die von Interessenaggregation, Mehrheitsprinzip, Minderheitenschutz und Kompromiss geprägt sind.

Angesichts grassierender Parteienverdrossenheit und vermeintlicher wie tatsächlicher Malaisen der Parteiendemokratie mag diese Sicht heute überraschen. Tatsächlich scheint das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in politische Parteien so niedrig wie nie. Fragmentierung und Polarisierung setzen vielen demokratischen Parteiensystemen zu und machen Koalitionsbildungen nach Wahlen immer schwieriger. Von populistischen Polarisierungsunternehmern geschürte Ressentiments gegen „Kartellparteien“ – ein in der Politikwissenschaft seit langem diskutierter Begriff zur Beschreibung eines Parteientyps, der sich seit den 1970er Jahren herausgebildet hat – verstärken das Misstrauen gegenüber demokratischen Parteien und Prozessen zusätzlich.

Nimmt man Kelsens Diktum ernst, dann wirken sich Probleme des Parteiensystems unmittelbar auch auf die Demokratie selbst aus. Was also tun? Aus der erhofften Weiterentwicklung der Parteien- zu einer inklusiven „Schwarmdemokratie“ ist bislang wenig geworden; der demokratische Diskurs scheint in der digitalen Plattformdemokratie vielmehr gefährdet. Doch zeigt die empirische Forschung, dass andere Arrangements der repräsentativen Demokratie denkbar sind – und bei Bürgerinnen und Bürgern auch auf Akzeptanz stoßen. Ob es dabei um die Bildung von Minderheitsregierungen geht oder um erweiterte direktdemokratische Partizipationsmöglichkeiten: Ziel ist nicht die Ersetzung der Parteiendemokratie durch eine grundsätzlich andere Form demokratischer Willensbildung, sondern ihre sinnvolle Ergänzung und Weiterentwicklung.

Sascha Kneip

ESSAY

ENDE DER PARTEIENDEMOKRATIE?

Jan-Werner Müller

1929 verkündete einer der wichtigsten Juristen des vergangenen Jahrhunderts, Hans Kelsen, die moderne Demokratie sei notwendigerweise eine Parteiendemokratie.⁰¹ Daraus ließe sich im Umkehrschluss folgern: Entwickelt sich ein strukturelles Problem oder gar eine Krise bei Parteien, dann hat auch die Demokratie ein Problem. Gründe für eine derartige Diagnose finden sich heute leicht.⁰² In Europa sinken die Mitgliederzahlen bei vielen Parteien stetig. Gleichzeitig ist das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger sehr viel volatiler geworden, sie springen bei ihren Wahlentscheidungen scheinbar wild zwischen unterschiedlichen politischen Gruppierungen hin und her und machen mal hier und mal da ihr Kreuz. Dass Parteien nicht mehr in klar identifizierbaren Milieus verwurzelt sind – etwa in der Arbeiterschaft oder in religiösen Gemeinschaften –, ist zudem eine Binsenweisheit. So öffnet sich ein politisch lukratives Feld für Polarisierungsunternehmer und andere demokratiefeindliche Akteure. US-Präsident Donald Trump, der ehemalige brasilianische Präsident Jair Bolsonaro oder auch der rumänische Rechtsaußen Călin Georgescu, der im Dezember vergangenen Jahres bei den Präsidentschaftswahlen plötzlich aus dem politischen Nichts auftauchte, sind Beispiele für dieses Phänomen.

Parteien stehen heute von gleich zwei Seiten unter Druck: Auf der einen Seite setzen Populisten sie unter Stress. Hinter denen stehen zwar in der Regel ebenfalls Parteien, aber Populisten behandeln diese eher wie Instrumente zum persönlichen Machterwerb und wandeln sie häufig in „Bewegungen“ um. Auf der anderen Seite entsteht Druck durch die mehr oder weniger technologischen Versuche, Parteien als Mittel der politischen Entscheidungsfindung durch neue Institutionen, zum Beispiel Bürgerräte, zu ersetzen. Diese sind aus demokratietheoretischer Sicht selbstverständlich keine mit dem Populismus gleichzusetzende Gefahr für die Demokratie; im Gegenteil, es spricht viel dafür, sie zumindest auf

lokaler Ebene als Ergänzung zur Parteiendemokratie zu etablieren. Aber die von einigen politischen Philosophinnen und Philosophen und demokratischen Aktivistinnen und Aktivisten verfochtene Idee, sowohl Wahlen als auch Parteien zugunsten einer „Lottokratie“ ganz abzuschaffen, ist nicht nur mit praktischen Problemen behaftet; sie verletzt auch demokratische Grundprinzipien.⁰³

Im Folgenden sollen zunächst die beiden genannten Herausforderungen für politische Parteien analysiert werden; dabei werden bereits einige Kriterien sichtbar, die demokratieverträgliche – idealerweise: demokratiefördernde – Parteien, gleich welcher politischen Couleur, erfüllen müssen. Diese Kriterien werden im zweiten Teil noch einmal klarer konturiert, bevor gezeigt werden soll, dass sich heute in den unterschiedlichen Parteiensystemen zwar in der Tat viel bewegt – es aber keineswegs so ist, dass wir plötzlich in politisch völlig unstrukturierten und volatilen Zeiten lebten. Was die Politikwissenschaft als „ideologische Blöcke“ bezeichnet, ist immer noch relativ stabil, auch wenn es zum Teil dramatische Verschiebungen *innerhalb* dieser Blöcke gibt.

PARTEIEN UNTER DRUCK I: POPULISMUS

Die Hauptherausforderung für die Parteiendemokratie, wie sie sich seit dem 19. Jahrhundert herausgebildet hat, besteht heute zweifellos im Populismus – vor allem einem Populismus, der rechtsextreme politische Inhalte anbietet. Das heißt nicht, dass Populisten gar nichts mit Parteien zu tun hätten; eine Figur wie Jair Bolsonaro, der ständig die Parteien wechselte und als Präsident zweitweise gar keiner Partei angehörte, ist immer noch die Ausnahme. Nur stellen sie als Anführer ihrer Parteien immer einen besonderen Anspruch: Sie behaupten nämlich, sie – und nur sie – würden das repräsentieren, was bei Po-

pulisten in der Regel als „das wahre Volk“ oder auch als „die schweigende Mehrheit“ bezeichnet wird.⁰⁴ Aus diesem Anspruch ergeben sich zwei für die Demokratie hochproblematische Folgen: Zum einen wird den Mitwettbewerbern um die Macht grundsätzlich die Legitimität abgesprochen. Es geht also nie nur um Differenzen in der Sache oder um divergierende Wertvorstellungen – all dies ist in einer Demokratie normal und im Idealfall sogar produktiv. Vielmehr werden konkurrierende Politikerinnen und Politiker als korrupte, schlichtweg schlechte Charaktere diffamiert. Was Donald Trump über seine Rivalinnen und Rivalen bei den vergangenen drei Präsidentschaftswahlen behauptete, war zweifelsohne extrem, eine Ausnahme war es jedoch nicht: Alle Populisten bedienen sich einer Rhetorik von Korruption und vermeintlichem Verrat am Volk.

Der Anspruch, als einzige das „wahre Volk“ – Trump bezeichnete seine versammelten Anhänger, die am 6. Januar 2021 das Kapitol stürmten, als „the real people“⁰⁵ – zu vertreten, hat aber eine weitere, noch problematischere Konsequenz. Die Vorstellung eines wahren, ganz und gar homogenen Volkes impliziert, dass manche – auch wenn sie Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind – gar nicht zum Volk gehören. Diese auf Ausschluss zielende Rhetorik trifft oft ohnehin schon unpopuläre Minderheiten; sie kann sich aber auch auf vermeintlich „globalisierte“ Eliten beziehen, die die Interessen des „wahren Volkes“ angeblich ignorieren oder aktiv verletzen. Populismus ist insofern eine Spielart des Antipluralismus. Das Volk kann, um eine Bemerkung Jürgen Habermas' zu variieren, aber immer nur im Plural auftreten – was auch heißt, dass Parteiendemokratie per definitionem eine Spielart von Pluralismus ist. Nicht zuletzt deshalb hatte Hans

Kelsen die Demokratie, auf einer grundlegenden philosophischen Ebene, mit der Idee des Relativismus assoziiert; absolute Wahrheitsansprüche sind nicht mit pluralistischem politischem Wettbewerb kompatibel.

So ist es auch kein Zufall, dass populistische Politikerinnen und Politiker an der Regierung – so sie denn ausreichend Macht und vor allem ausreichend Zeit haben – systematisch Demokratie abzubauen versuchen. Das bedeutet nicht, dass sie notwendigerweise andere Parteien verbieten; im Gegenteil: Eine Besonderheit autoritärer Strategien im 21. Jahrhundert ist es, dass auch mehr oder weniger autokratische Akteure als „lupenreine Demokraten“ wahrgenommen werden wollen und sich oft bemühen, eine Fassade von Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten.⁰⁶ Doch in diesen neuartigen „hybriden Regimen“ wird politischer Wettbewerb systematisch verzerrt: Wahlen sind im besten Fall noch frei, aber ganz sicher nicht mehr fair. Die geballte Macht des Staates – angefangen mit schamloser, aus Staatsmitteln finanzierter Werbung für Regierungsparteien über die Ausschaltung unabhängiger Medien- und Zivilgesellschaftsakteure bis hin zu Steuerermittlungen gegen politische Konkurrenten, die zu populär werden könnten – wird zu eigenen Gunsten eingesetzt. Im Extremfall kann auch schon mal ein aussichtsreicher Oppositionskandidat – wie jüngst in der Türkei geschehen – verhaftet und aus dem Verkehr gezogen werden.

Dass weltweit alle Populisten, von Viktor Orbán über Narendra Modi bis Donald Trump, ihre eigenen Parteien auf autokratische Art und Weise führen, ist folgerichtig. Teilweise hat es mit Machtkalkül zu tun, vor allem aber ist es Ergebnis des oben erwähnten Anspruchs, als einziger den vermeintlich offensichtlichen und authentischen Volkswillen umzusetzen. Dissens kann unter diesen Umständen dann eigentlich nie demokratisch legitim sein, sondern ist, streng betrachtet, immer gleich Volksverrat. Innerparteiliche Demokratie und innerparteilichen Pluralismus kann es daher auch nicht geben: Schlimmstenfalls verwandelt sich die Partei in ein Instrument des Persönlichkeitskults.

Es ist deshalb ebenfalls kein Zufall, dass viele populistische Politiker ihre Anhängerschaft

01 Kelsen schrieb, die Demokratie sei „notwendig und unvermeidlich ein Parteienstaat“. Hans Kelsen, *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, Tübingen 1929, S. 167.

02 Bereits ein Klassiker der Gegenwartsdiagnose: Peter Mair, *Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy*, London 2013.

03 Radikale Vorschläge dieser Art finden sich zum Beispiel bei Alexander Guerrero, *Lottocracy: Democracy Without Elections*, Oxford 2024 und Hélène Landemore, *Open Democracy: Reinventing Popular Rule for the Twenty-First Century*, Princeton 2020.

04 Vgl. Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus?*, Berlin 2016.

05 Vgl. Brian Naylor, *Read Trump's Jan. 6 Speech, A Key Part of Impeachment Trial*, 10. 2. 2021, www.npr.org/2021/02/10/966396848.

06 Vgl. Sergei Guriev/Daniel Treisman, *Spin Dictators: The Changing Face of Tyranny in the 21st Century*, Princeton 2022.

bewusst als „Bewegung“ präsentieren. Nicht alle Bewegungen sind automatisch autoritär, aber aufgrund der antipluralistischen Ausgangsposition sind fast alle populistischen Bewegungen auf einen Anführer zugeschnitten, der, wie gesehen, ein Monopol auf die authentische Repräsentation des Volkes beansprucht. Trumps MAGA-Bewegung ist auch hier das Paradebeispiel: Niemand könnte sagen, wer eigentlich die „Nummer 2“ dieser Bewegung sein soll. Eine solche Figur gibt es schlicht nicht – auch wenn sich Vizepräsident JD Vance nach Kräften abmüht.

Bedenklich ist nun, dass auch Politiker, die gemeinhin nicht als Populisten wahrgenommen werden, immer öfter auf Bewegungen statt auf vermeintlich altmodische und bürokratische Parteien setzen. Man denke etwa an den französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, dessen Bewegung „En Marche“ – mittlerweile in „Renaissance“ umbenannt – das französische Parteiensystem aufgemischt hat, oder an den ehemaligen österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz, der die altbackene ÖVP – eine der ältesten Parteien Europas – kurzerhand in „Liste Sebastian Kurz“ umtaufte, ihre Parteifarbe änderte und sie stramm auf seine politische Linie brachte. Die Sorge, dass jemand, der schon seine eigene Anhängerschaft auf keine sonderlich demokratische Weise behandelt, autoritären Versuchungen nachgeben könnte, sobald er (oder sie) an der Macht ist, ist nicht ganz unberechtigt – auch wenn sie sich im Falle Macrons, bei allen präsidentialen oder gar jupiterhaften Allüren, bisher nicht bestätigt hat. Im Falle von Kurz lässt sich das indes nicht behaupten.⁰⁷

Die Etablierung von Bewegungen, die auf eine Person ausgerichtet sind, wird vom Strukturwandel der Öffentlichkeit erleichtert (ist allerdings keineswegs unvermeidlich). Dem italienischen Rechtspopulisten Silvio Berlusconi etwa gelang es in den 1990er Jahren, mithilfe der Marketingexperten seiner Medienunternehmen eine Retortenpartei zu kreieren, die nicht nur einen Fußballschlachtruf im Namen trug („Forza Italia“), sondern auch in ihren Strukturen einem Fußball-Fanklub glich, der von seinen TV-Sendern gepusht wurde und völlig auf ihn zugeschnitten war. Ohne diese neue Form von *Celebrity Politics* wäre Berlusconis politischer Aufstieg nicht denk-

bar gewesen – ebenso wenig wie Trumps Kandidatur bei den US-Republikanern.

Die Sozialen Medien haben hier allerdings noch ganz andere Möglichkeiten eröffnet: Früher funktionierten im Grunde nur Klientelismus und die Ressourcen einer bürokratischen Massenpartei – ergo das im 19. Jahrhundert von den Sozialdemokraten geschaffene Modell – als Mittel zur Massenmobilisierung. Soziale Medien erlauben nun eine direkte, so gut wie kostenlose Ansprache ans Volk.⁰⁸ Der schon erwähnte Jair Bolsonaro ist ein Paradebeispiel hierfür: Zwar stellten sich ab einem gewissen Zeitpunkt auch brasilianische Unternehmer – vor allem das Agrobusiness – hinter ihn; zu Beginn seiner Kampagne um die Präsidentschaftswahl aber war er ein kompletter Außenseiter, der nicht viel mehr tun konnte, als bei sich zu Hause aufrührerische Videos auf seinem Handy aufzuzeichnen und diese unters Volk zu bringen.

Man sollte sich hier vor technologischem Determinismus hüten – die Sozialen Medien befördern uns nicht unweigerlich in autokratische Zeiten. Zugleich stimmt aber auch, dass eine Mobilisierung, die primär über Social-Media-Plattformen erfolgt, im Zweifelsfall immer radikaler werden muss. Wenn man keinen Parteiapparat hinter sich hat, um die Leute zum Gang an die Urne zu bewegen, bietet es sich an, die apokalyptische Rhetorik immer weiter hochzuregeln. Das endet dann bei den üblichen Bedrohungsszenarien: Uns wird unser Land weggenommen, die andere Seite will uns vernichten und so weiter. Und das alles, um eine affektive, also emotionale Polarisierung zu befördern, bei der es immer um alles oder nichts geht – und in welcher der politische Gegner nur noch als existenzieller Feind wahrgenommen wird.⁰⁹

PARTEIEN UNTER DRUCK II: DIE AMBIVALENTE ROLLE VON BÜRGERRÄTEN

„Lottokratische“ Institutionen wie Bürgerräte, deren Protagonisten nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden, sind in den vergangenen

⁰⁷ Vgl. Paul Lendvai, *Vielgeprüftes Österreich: Ein kritischer Befund zur Zeitenwende*, Wien 2022.

⁰⁸ Vgl. Paul D. Kenny, *Why Populism? Political Strategy from Ancient Greece to the Present*, Cambridge 2023.

⁰⁹ Vgl. Shanto Iyengar et al., *The Origins and Consequences of Affective Polarization in the United States*, in: *Annual Review of Political Science* 22/2019, S. 129–146.

Jahren sehr populär geworden – und das sowohl bei etablierten Politikern als auch bei relativ jungen Parteien wie Cinque Stelle in Italien oder sich selbst als „radikal“ wahrnehmenden Bewegungen wie der „Letzten Generation“ in Deutschland. Ihr Versprechen ist, dass Partizipation von „ganz normalen Bürgerinnen und Bürgern“ die Entfremdung zwischen Volk und Berufspolitik überwinden und zunehmender Polarisierung entgegenwirken könne. Auch würden so mögliche Repräsentationsdefizite vermindert und der Einfluss von Lobbyisten zurückgedrängt.

Die ambitioniertesten Versionen dieser Position richten sich explizit gegen jegliche Rolle von politischen Parteien. Diese werden häufig mit Ungleichheit – Berufspolitikern haben angeblich mehr Einfluss auf Politik und Gesellschaft als alle anderen –, wenn nicht gar gleich mit Korruption und oligarchischen Tendenzen in Verbindung gebracht,¹⁰ wobei nicht immer klar ist, ob man das Grundübel wirklich bei den Parteien sieht oder nicht doch eher in Wahlen. Bei Letzteren läge es jedenfalls näher, zu argumentieren, dass der „Auswahl der Besten“ an der Wahlurne automatisch eine aristokratische Dimension innewohnt und die Finanzierungsbedürfnisse von Wahlkämpfen Korruption erleichtern.¹¹

Das lottokratische Schema ist inzwischen hinlänglich bekannt: Man schafft ein repräsentatives Sample von Bürgerinnen und Bürgern, und das Los entscheidet dann darüber, wer am Beratungs- oder Entscheidungsprozess teilnehmen darf. Jeder hat die exakt gleiche Chance, ausgelost zu werden, also ist, so die Logik, politische Gleichheit in Form von perfekter Chancengleichheit gesichert. In einem deliberativen Forum werden dann Expertinnen und Experten zu einem Thema gehört, anschließend spricht der Bürgerrat Empfehlungen aus. Die ambitionierteren Verfechter der Lottokratie wünschen sich, dass diese Institutionen nicht nur Parlamente beraten oder Empfehlungen für eine Volksabstimmung abgeben, sondern auch gleich selbst entscheiden.

Nun wäre es unfair, der lottokratischen Fangemeinde vorzuwerfen, sie würde einfach alte Ressentiments gegen Parteien und Parlamente bedienen – was die amerikanische Politikwissenschaftlerin Nancy Rosenblum einmal als *anti-*

partyism bezeichnete.¹² Die Zusammensetzung von Parlamenten hat sich in der Tat in Richtung gebildeter und, in manchen Ländern, auch dezidiert wohlhabender Schichten verschoben;¹³ Arbeiterinnen und Arbeiter findet man in Volksversammlungen nur noch selten. Und richtig ist auch, dass Parteien mitunter eine Art Kartell bilden, das die Artikulation vieler Interessen, Ideen und Identitäten erschwert.¹⁴ Nur ist die Frage, ob man angesichts dieser spezifischen Probleme wirklich die Parteiendemokratie durch ein gänzlich anderes System ersetzen sollte. Denn hier besteht ein grundsätzliches Dilemma: Wenn Bürgerräte legitim – also demokratisch inklusiv – ausgestaltet sind, sind sie nicht sonderlich effektiv; und wenn sie effektiv sind, sind sie nicht besonders legitim. Gegen eine letztlich unverbindliche Beratung von Parlamenten durch nichtgewählte Bürgerräte hat wohl kaum jemand grundsätzlich etwas einzuwenden. Nur hat die Erfahrung gezeigt, dass der Input dieser Räte dann selten wirklich ernst genommen wird. Zudem können solche Räte Dynamiken entwickeln, die mit dem Anspruch auf bessere Repräsentation des Volkes und Bürgernähe kaum in Einklang stehen.

Dieser nicht so offensichtliche Kritikpunkt lässt sich an einem Beispiel illustrieren: Der von Emmanuel Macron eingesetzte Bürgerrat *Convention Citoyenne pour le Climat*,¹⁵ der Maßnahmen für eine bessere Klimapolitik erarbeiten sollte, war sehr gut auf seine Aufgabe vorbereitet und wurde umsichtig und professionell beraten und moderiert. Der übliche Verdacht, solche Veranstaltungen würden automatisch von älteren, gebildeten und eloquenten weißen Männern dominiert, bestätigte sich nicht.¹⁶ Doch mussten die für den Rat ausgewählten Bürgerinnen und Bürger auch darüber entscheiden, über welche ihrer Ideen in einem Referendum abgestimmt werden sollte – und welche von Präsident Macron direkt umgesetzt werden sollten, der sich de facto ein

¹⁰ Vgl. Mair (Anm. 2).

¹¹ Vgl. Bernard Manin, *The Principles of Representative Government*, Cambridge 1997.

¹² Vgl. Nancy L. Rosenblum, *On the Side of the Angels: An Appreciation of Parties and Partisanship*, Princeton 2008.

¹³ Mehr als die Hälfte der Mitglieder des amerikanischen Kongresses sind Millionäre.

¹⁴ Vgl. Richard S. Katz/Peter Mair, *Democracy and the Cartelization of Political Parties*, Oxford 2018.

¹⁵ Siehe www.conventioncitoyennepourleclimat.fr.

¹⁶ Vgl. Louis-Gaëtan Giraudet et al., „Co-construction“ in Deliberative Democracy: Lessons from the French Citizens' Convention for Climate, in: *Humanities and Social Sciences Communications* 9/2022, <https://enpc.hal.science/hal-03119539/document>.

Vetorecht vorbehalten hatte. Aus dieser Konstellation resultierte letztlich eine elitäre Dynamik ganz eigener Art: Der Rat schreckte davor zurück, die meisten seiner Vorschläge einem Volk vorzulegen, das eben keine Beratung durch Expertinnen und Experten genossen hatte. Lieber vertraute man auf Präsident Macron, der dann aber in drei wichtigen Fragen sein Vetorecht ausspielte. Zu einem Referendum über eine Verfassungsänderung kam es ebenfalls nicht, weil sich Senat und Nationalversammlung auf keine gemeinsame Formulierung einigen konnten.

Ein solches Beispiel konstituiert nicht gleich einen allgemeinen, schlagenden Einwand gegen Bürgerräte. Es legt aber nahe, dass solche Räte, wenn sie nur beratende Funktion haben, nicht sehr effektiv sind. Könnten sie selbst entscheiden, wäre ihr Handeln wiederum wenig legitim. Das Argument, sie seien repräsentativer als Parlamente, lässt zudem außer Acht, dass die Zusammensetzung von Parlamenten durch einen Prozess zustande kommt, an dem sich alle Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligen können – und zwar als Freie und Gleiche, die zugleich unterschiedliche Aspekte ihrer Identität betonen und einbringen können.

Dass dies in der Praxis oft ganz anders aussieht: geschenkt. Aber es liegt, zumindest theoretisch, an den Einzelnen, ob und wie sie ihre politische Freiheit ausüben – sei es, indem sie von Tür zu Tür gehen und Wahlkampf machen; sei es, indem sie sich intensiv in den Sozialen Medien engagieren oder eben auch an der internen Parteiarbeit. Die Zusammensetzung der Bürgerräte ist hingegen dem Zufall geschuldet, keiner allgemeinen politischen Willensbildung unter allen Bürgerinnen und Bürgern. Natürlich kann der oder die Einzelne versuchen, die Deliberation im Bürgerrat zu beeinflussen – aber einen geregelten Prozess dafür, vergleichbar mit dem streng regulierten Wahlkampf zwischen Parteien mit klar konturierten Programmen, gibt es nicht.

Zudem ist unklar, wie eigentlich jene Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern mit den Ergebnissen eines solchen Prozesses umgehen soll, die sich auf der Verliererseite wiederfindet. Verlierer gibt es bei demokratischen Abstimmungen immer, in der repräsentativen Demokratie aber eröffnet sich beim nächsten Urnengang die Chance, die Mehrheitsverhältnisse zu verändern. Überdies kann man sich mit anderen zusammentun, um die eigenen Ansichten zu verbreiten

und zu stärken – genau dafür sind (auch) politische Parteien da. Was aber könnte man nach einem Bürgerratsentscheid tun, wenn man aufseiten der Verlierer steht? Falls Gruppen gegründet werden, die auf eine Revision der Entscheidung drängen, sind wir wieder dort, wo wir angefangen haben: Die Parteiendemokratie wird unter anderen Vorzeichen noch einmal neu erfunden. Gibt es aber keine Möglichkeiten zur Revision beziehungsweise wäre es unmöglich, durch gemeinsames Reden und Handeln Einfluss auf Entscheidungen auszuüben, dann wäre dies de facto das Ende politischer Freiheit.

Damit ist noch gar nichts über den möglichen Antipluralismus von Bürgerräten gesagt, auf den einige Kritikerinnen und Kritiker hinweisen.¹⁷ Man muss nicht zwingend annehmen, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Bürgerräten selbst davon ausgehen, dass bei ausreichend Expertenberatung und Deliberation am Ende die einzig korrekte Lösung herauskommt, aber einige Verfechter des Modells denken durchaus so. Und je stärker dann auch noch betont wird, das repräsentative Sampling bilde das Volk völlig akkurat ab – ob es wirklich Kriterien für eine unumstrittene Abbildung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Identitäten gibt, sei mal dahingestellt –, desto schwerer wird es fallen, der Entscheidung im Nachhinein zu widersprechen.

Zu guter Letzt sei noch darauf hingewiesen, dass Parteien gegenüber Räten zwei mögliche – allerdings keineswegs garantierte – Vorteile genießen: Sie sind, nachdem sie an der Macht waren, nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern ganz allgemein, sondern auch ihren Mitgliedern rechenschaftspflichtig. Das generiert zumindest einige Anreize für Wohlverhalten – was man von Bürgerinnen und Bürgern, die nur ein einziges Mal in einem Rat tätig werden, vielleicht erwarten, aber nicht voraussetzen kann. Zweitens gibt es zwar zweifellos erhebliche Mängel bei der Finanzierung von Parteien und ihren Schlupflöchern,¹⁸ gleichwohl lässt sich durch gute Parteiengesetzgebung einiges an Transparenz – und, so will man

¹⁷ Vgl. Cristina Lafont/Nadia Urbinati, *The Lottocratic Mentality: Defending Democracy Against Lottocracy*, Oxford 2024.

¹⁸ Die Probleme bei der Finanzierung von Politik in den USA sind hinlänglich bekannt; dass es auch in vielen europäischen Ländern keineswegs zum Besten steht, zeigt z.B. Julia Cagé, *Le prix de la démocratie*, Paris 2018.

hoffen, Wohlverhalten – erreichen. Ob durch Los bestimmte Bürgerinnen und Bürger hingegen wirklich vor Korruption gefeit sind, ist eine völlig offene Frage.¹⁹

WOZU ALSO NOCH PARTEIEN?

Parteien erlauben es Bürgerinnen und Bürgern, auf strukturierte Weise Einfluss auf demokratische Politik zu nehmen. Sie bündeln Interessen und Ideen; sie ermöglichen es auch, bisher nicht beachtete Identitäten in politischen Prozessen sichtbar zu machen. Wenn ihre Finanzierung nachvollziehbar ist, können sich die Bürgerinnen und Bürger zudem ihr eigenes Urteil über den Einfluss des Geldes auf Parteien bilden. Ob innerparteiliche Demokratie die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass man sich in einer Partei engagiert, ist eine schwierige empirische Frage; klar ist jedoch, dass sie idealerweise so etwas wie legitime Opposition *innerhalb* einer Partei generiert – und deshalb auch eine Art Versicherung gegen autoritäre Tendenzen ist. Hätte zum Beispiel Donald Trump die US-Republikaner nicht in einen Personenkult transformiert und jegliche interne Opposition de facto ausgeschaltet, wäre der Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 wohl nicht passiert.

Bleibt die Sorge, dass heute zu viel Instabilität in den Parteiensystemen stecken könnte. In seinem Buch zu den „Krisen der Demokratie“ warnt der Politikwissenschaftler Adam Przeworski vor einem inflationären Gebrauch des Krisenbegriffs – nicht ohne aber darauf hinzuweisen, dass Instabilität in Parteiensystemen tatsächlich ein Anzeichen für die Gefährdung der Demokratie sein kann. Diese habe, so zeigt Przeworski empirisch, seit den neunziger Jahren sehr deutlich zugenommen.²⁰ Gerade in Europa ist eine Fragmentierung der Parteiensysteme kaum zu bestreiten. In der niederländischen Tweede Kammer zum Beispiel sitzen inzwischen fast zwanzig Partei-

en. Dass dies Koalitions- und Regierungsbildungen erschwert, braucht wohl nicht betont zu werden. Gleichzeitig aber bleiben die ideologischen Blöcke relativ stabil.²¹ Viel wurde etwa über den rasanten Aufstieg von Giorgia Melonis Fratelli d'Italia geschrieben – gleichzeitig aber verloren die zum selben Lager gehörenden Lega und Forza Italia bedeutend an Zuspruch. Anders, als es die simple Erzählung von einer vermeintlich unaufhaltsamen rechtspopulistischen Welle suggeriert, ist der rechte Block als Ganzes relativ stabil; pauschal von einem gesamteuropäischen Rechtsruck zu sprechen, wäre jedenfalls nicht richtig.²²

Angesichts der Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie kann man sich ohnehin nicht eine vermeintlich einfachere Welt zurückwünschen. Wie man diese Konfliktlinie begrifflich am besten fasst, ist umstritten: Manche sprechen von „Kommunitaristen gegen Kosmopoliten“ oder „Partikularismus gegen Universalismus“, andere von „Schließung gegen Öffnung“ oder „illiberal gegen liberal“. Ob es wirklich so viele Universalisten im strengen Sinne gibt, wie es diese Unterscheidungen suggerieren, ist eher zweifelhaft. Dass sich aber hier konträre Wert- und Politikvorstellungen gegenüberstehen, kann man wohl schwer bestreiten. Es ist jedoch kein Zeichen von Krise, wenn sich Parteien, auch ganz neue Parteien, diesen Vorstellungen annehmen, sondern im Gegenteil Teil eines legitimen Strukturwandels – so denn diese Parteien weiterhin demokratischen Grundprinzipien, nicht zuletzt dem des Pluralismus, verpflichtet bleiben.

¹⁹ Vgl. Dimitri Landa/Ryan Pevnick, Is Random Selection a Cure for the Ills of Electoral Representation?, in: Journal of Political Philosophy 1/2021, S. 46–72.

²⁰ Vgl. Adam Przeworski, Crises of Democracy, Cambridge 2019.

²¹ Vgl. Simon Bornschier et al., Cleavage Formation in the Twenty-First Century: How Social Identities Shape Voting Behavior in Contexts of Electoral Realignment, Cambridge 2024.

²² Vgl. Salvatore Vassallo/Rinaldo Vignati, Fratelli di Giorgia: Il partito della destra nazionale-conservatrice, Mailand 2023.

JAN-WERNER MÜLLER

lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Princeton, USA. Demnächst erscheint sein Buch über Demokratie und Architektur bei Suhrkamp.

DAS PARTEIENSYSTEM IM ZEICHEN ZUNEHMENDER FRAGMENTIERUNG UND POLARISIERUNG

Uwe Jun

Schon seit längerer Zeit konstatieren Parteienforscher erhebliche Wandlungstendenzen in westeuropäischen Parteiensystemen, von denen auch das deutsche Parteiensystem betroffen ist.⁰¹ Der Parteienwettbewerb ist pluraler, unübersichtlicher und fluider geworden, die relevanten Entwicklungen beschreiben eine Zunahme der zentralen Systemeigenschaften der Fragmentierung, der Segmentierung und der Polarisierung. Dies wiederum hat unmittelbare Auswirkungen auf die Stabilität und Handlungsfähigkeit der Parteiendemokratie.

In dieser Diskontinuität zeigt sich gleichwohl eine gewisse Kontinuität, denn die konstatierten Wandlungsprozesse hin zu einem verfestigten Pluralismus haben sich mit der Bundestagswahl 2025 fortgesetzt. Seit 2009 spricht die Parteienforschung in Deutschland von einem Typenwechsel des deutschen Parteiensystems, und zwar weg von einem System mit Zweiparteiendominanz und hin zu einem pluralistischen.⁰² Nicht nur, dass CDU/CSU und SPD aufgrund zurückgehender Wähleranteile kaum noch Dominanz im Parteienwettbewerb ausstrahlen, die langjährigen Koalitionen von Union und SPD in der Zeit seit 2005 lassen zudem Zweifel daran aufkommen, ob beide Parteigruppierungen noch als Hauptkonkurrenten im Parteiensystem zu betrachten sind, was als Basis eines Parteiensystems mit Zweiparteiendominanz gilt. Der plurale Charakter hat längst die Oberhand gewonnen.

In der Parteienforschung wird zwischen einem moderaten und einem polarisierten Pluralismus unterschieden,⁰³ wobei die Zuordnung zu einem der beiden Subtypen im deutschen Fall nicht eindeutig ist; die Tendenz zeigte zuletzt in Richtung eines polarisierten Pluralismus.⁰⁴ Im Folgenden sollen diese jüngsten Wandlungstendenzen analysiert und ihre Ursachen untersucht werden, bevor ein genauerer Blick auf ihre Auswirkungen auf die Parteiendemokratie geworfen wird.

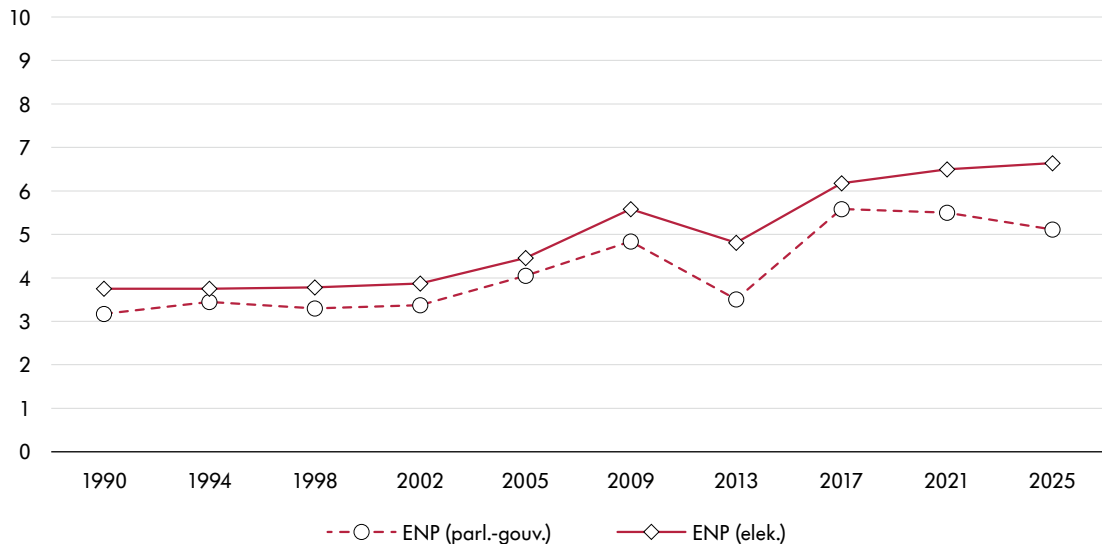
FRAGMENTIERUNG UND SCHLEICHENDER NIEDERGANG DER VOLKSPARTEIEN

Mit Blick auf die Kennzeichnung eines pluralen Parteiensystems sind die zentralen Größen das Format, also die Anzahl der relevanten Parteien, und das Ausmaß der Fragmentierung. Hinzu kommen Segmentierung und Polarisierung.

Die Fragmentierung eines Parteiensystems beschreibt die Anzahl der Parteien und deren jeweilige Größenordnung zueinander und misst damit die effektive Zahl relevanter Parteien. Unterschieden werden kann dabei zwischen der parlamentarisch-gouvernementalen Ebene, also der in Parlament und Regierung vertretenen Parteien, und der elektoralen Ebene, welche die Anteile der Parteien rein auf der Wählerebene bestimmt. Während auf der elektoralen Ebene der Fragmentierungsgrad nach der Bundestagswahl 2025 einen neuen Höchststand verzeichnet, ist er auf parlamentarisch-gouvernementaler Ebene leicht zurückgegangen (*Abbildung 1*), da das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) und die FDP den Einzug in den Deutschen Bundestag verpasst haben, im Falle des BSW nur denkbar knapp. Insgesamt zeigt sich in den vergangenen Jahrzehnten eine deutlich zunehmende Fragmentierung.

Die Hauptursache für diese Entwicklung ist der seit Langem zu beobachtende schleichende elektorale Niedergang der sich als Volksparteien bezeichnenden Kräfte CDU/CSU und SPD, die lange Zeit den Wettbewerb dominierten. Konnten diese drei Parteien in den 1970er Jahren bei Bundestagswahlen noch mehr als 90 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen auf sich vereinen, so sank ihr Anteil bei der jüngsten Bundestagswahl auf den historischen Tiefststand von weniger als 45 Prozent (*Abbildung 2*). Die gesellschaftliche

Abbildung 1: Fragmentierung des deutschen Parteiensystems, 1990–2025



ENP = Effective Number of Parties; parl.-gouv. = parlamentarisch-gouvernemental; elek. = elektoral; ENP bezieht sich auf die relative Größe von Parteien eines Parteiensystems, ein hoher Wert deutet auf ein fragmentiertes Parteiensystem hin.

Quelle: Eigene Darstellung

Verankerung der Union und der Sozialdemokraten hat sich spürbar gelockert, abzulesen auch an den Rückgängen ihrer Mitgliederzahlen, die sich seit der Hochzeit der 1970er Jahre mehr als halbiert haben. Es ist allen drei Parteien zuletzt immer weniger gelungen, expressive Bindungsmotive von potenziellen Mitgliedern und affektive Bedürfnisse der Wähler zu befriedigen.⁰⁵

Die Gründe dafür sind vielfältig: Zunächst zu nennen ist die Erosion der traditionellen Stammwählergruppen, also der kirchengebundenen, insbesondere der katholischen Kirche nahestehenden Wähler (CDU/CSU) beziehungsweise der ge-

werkschaftsnahen Arbeitnehmer (SPD), die schon zahlenmäßig deutliche Rückgänge zu verzeichnen haben und deren Parteibindung zu Union und SPD spürbar abgenommen hat. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse wie die Pluralisierung von Lebensstilen, Individualisierung und Singularisierung haben dem auf die Integration möglichst aller heterogenen gesellschaftlichen Gruppen abzielenden Typus der Volkspartei arg zugesetzt.

Eine Folge dieser gesellschaftlichen Entwicklungen war eine abnehmende Parteibindung und eine zunehmende Volatilität des Wahlverhaltens, was sich in einer größer werdenden Zahl von Wechselwählern ausdrückt und die genannte Fragmentierung des Parteiensystems mit bewirkt hat. Für Wechselwähler spielen Themen- und Kandidatenorientierungen eine entscheidende Rolle: Treten Ambivalenzen in ihrer Wahrnehmung von Themen und Kandidaten auf, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit der Wechselwahl.⁰⁶ Volatilität bemisst sich über die Veränderung der Wahlentscheidung der Wählerschaft bei zwei aufeinander-

01 Vgl. Vincenzo Emanuele/Bruno Marino, Party System Ideological Polarization in Western Europe: Data, Trends, Drivers, and Links with Other Key Party System Properties (1945–2021), in: Political Research Exchange 1/2024, <https://doi.org/10.1080/2474736X.2024.2399095>.

02 Vgl. Oskar Niedermayer, Die Verfestigung des pluralistischen Parteiensystems, in: Uwe Jun/ders. (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2021. Neueste Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland, Wiesbaden 2023, S. 1–40.

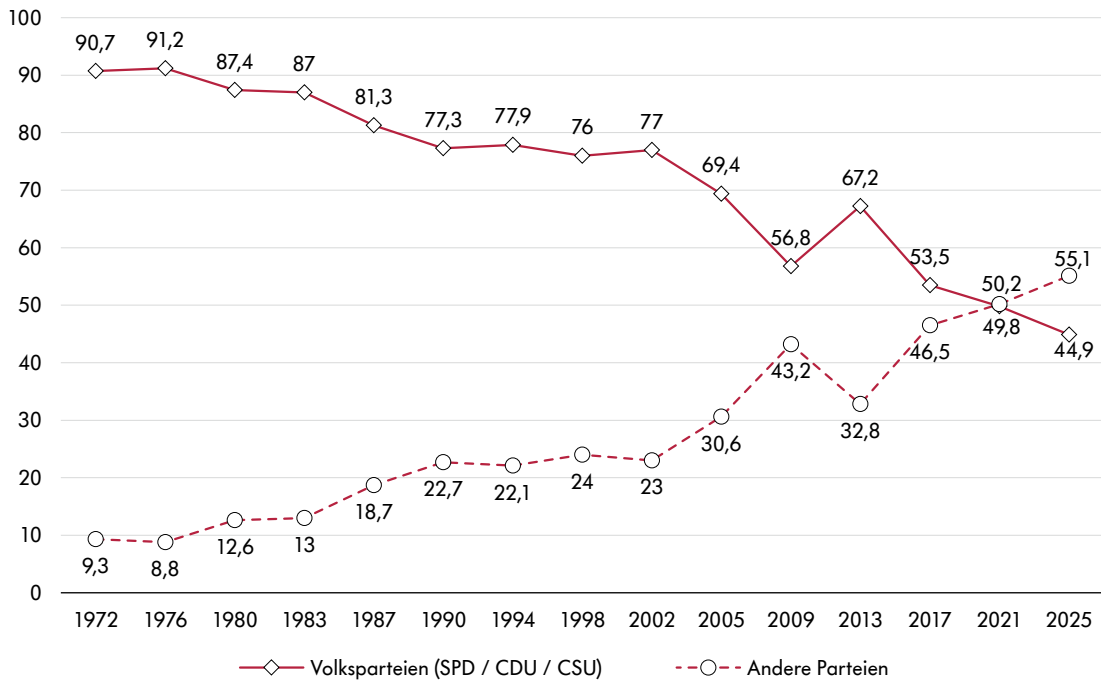
03 Vgl. Giovanni Sartori, Parties and Party Systems, Cambridge 1976.

04 Vgl. dazu schon Aiko Wagner, Typwechsel 2017? Vom moderaten zum polarisierten Pluralismus, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2019, S. 114–129.

05 Siehe dazu auch schon Uwe Jun, Volksparteien Under Pressure: Challenges and Adaptation, in: German Politics 1/2011, S. 200–222.

06 Vgl. Klara Dentler, From Ambivalence to Vote Switching: Investigating the Underlying Mechanisms in Three European Multi-Party Systems, in: Kathrin Ackermann/Heiko Giebler/Martin Elff (Hrsg.), Deutschland und Europa im Umbruch: Einstellungen, Verhalten und Forschungsperspektiven im Kontext der Bundestagswahl 2017 und der Europawahl 2019, Wiesbaden 2023, S. 133–177.

Abbildung 2: Anteil der Volksparteien CDU, CSU und SPD an den Wählerstimmen (in Prozent), 1972–2025



Quelle: Eigene Darstellung

folgenden Wahlen.⁰⁷ Die ansteigende Volatilität in Deutschland (Abbildung 3) ging in den vergangenen Jahrzehnten häufig zulasten von CDU/CSU und SPD: Die genannten gesellschaftlichen Entwicklungen haben es gerade Parteien vom Typus der Volkspartei erschwert, im Wettbewerb zu bestehen. Parteien, die sehr unterschiedliche Milieus und gesellschaftliche Gruppen umspannen, sind schlichtweg weniger gefragt.

Eigene Versäumnisse – wie etwa die von nicht wenigen Wählern als eher gering wahrgenommene Responsivität bei wichtigen politischen Themen wie Migration, Infrastruktur oder Digitalisierung – kommen zu den gesellschaftlichen Entwicklungen hinzu. Solche Themen mit erheblichem gesellschaftlichem Konfliktpotenzial fanden in den Augen vieler Wähler bei CDU/CSU und SPD nicht ausreichend Widerhall, insbesondere im Politikfeld Migration, aber auch in Bezug auf Verteilungsfragen.⁰⁸ Vertrauensver-

luste und Unzufriedenheit insbesondere bei sozial schwächeren Gruppen mit geringer formaler Bildung und unterdurchschnittlichem Einkommen waren die Folge. Politischer Vertrauensverlust und geringere politische Responsivität sind nicht nur, aber vor allem ein Phänomen der unteren Schichten.⁰⁹

Hier schneidet insbesondere die SPD mit Blick auf ihre Responsivität nicht gut ab; ihr Personal wird als von ihren Wählern ideologisch besonders weit entfernt wahrgenommen.¹⁰ Auch bei jungen Wählern kommen SPD und die Unionsparteien nicht gut an: Sie erscheinen ihnen als Organisationen einer älteren Gesellschaft, die Antworten auf Fragen der Zukunft nicht mehr in dem von ihnen gewünschten Maße geben. Entsprechend stimmten nach Daten von Infratest dimap nur 25 Prozent der 18- bis 24-Jährigen bei der jüngsten Bundestagswahl

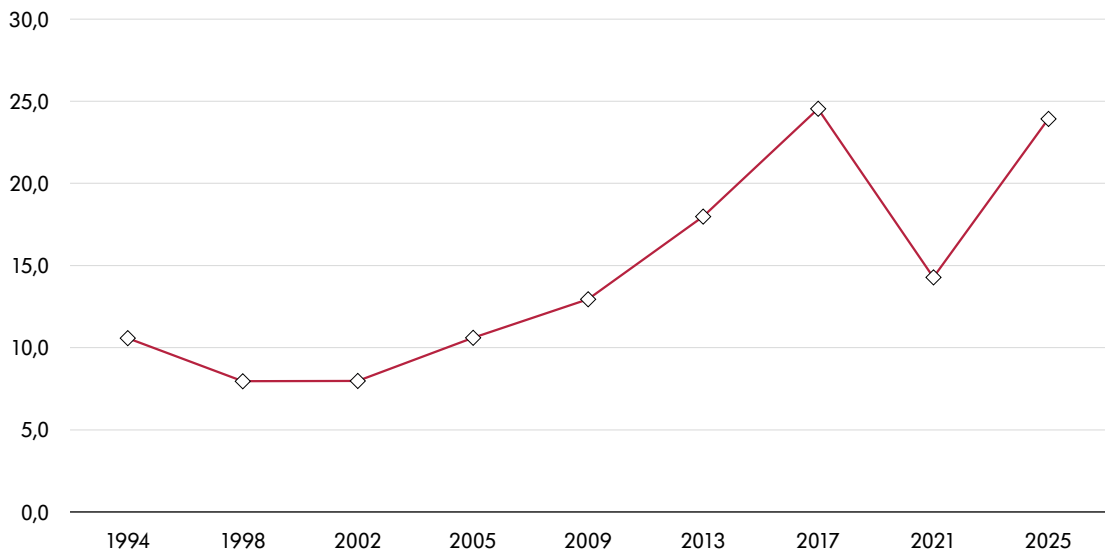
⁰⁷ Vgl. Mogens N. Pedersen, Electoral Volatility in Western Europe, 1948–1977, in: Peter Mair (Hrsg.), *The West European Party System*, Oxford 1990, S. 195–207.

⁰⁸ Siehe dazu mit Belegen Oscar W. Gabriel, Responsivität im polarisierten Pluralismus – Zur Entwicklung der Einstellungskongruenz zwischen Politikern und Wählern auf umstrittenen Politikfeldern, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 2/2023, S. 408–439.

⁰⁹ Vgl. Steffen Mau/Thomas Lux/Linus Westheuser, *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin 2023, S. 419. An anderer Stelle heißt es: „Wut als politisches Gefühl ist damit vor allem in den unteren Schichten und Statusgruppen konzentriert“ (S. 341).

¹⁰ Vgl. Oscar W. Gabriel, Responsivität im polarisierten Pluralismus – Teil 2: Die Rolle der Parteien, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1/2024, S. 171–203.

Abbildung 3: Volatilität des deutschen Parteiensystems, 1994–2025 (Pedersen-Index)



Der Pedersen-Index beschreibt die Wahlvolatilität zwischen Wahlen anhand der Nettowählerwanderung. Hohe Zahlen bedeuten hohe Volatilität.

Quelle: Eigene Darstellung

für CDU/CSU und SPD.¹¹ Und nur 20 Prozent der 16- bis 24-Jährigen (13 Prozent CDU/CSU, 7 Prozent SPD) bringen beiden Parteien größere Sympathie entgegen.¹² Gerade in jüngeren Wählergruppen haben soziokulturelle Themen – wertebasierte Konflikte außerhalb der sozioökonomischen Sphäre – an Relevanz gewonnen, was von Union und SPD aber erst mit deutlicher Verspätung beachtet worden ist. Profitieren konnten davon jene Parteien, die das jeweilige Thema als ihren Markenkern betrachten: beim Thema Migration die AfD, in Fragen der Klimapolitik und der Anerkennung unterschiedlicher Identitäten die Grünen und in jüngster Zeit auch die Linke. Zwar hat sich die CDU unter ihrem Vorsitzenden Friedrich Merz bei ihrer „richtungspolitischen Wende“¹³ wieder stärker wertkonservativen Positionen geöffnet, sie konnte wegen ihrer eigenen langjährigen Regierungszeit aber kaum von Enttäuschungen profitieren, die durch die etablierte Politik hervorgerufen wurden.

Zumindest für die SPD werden Zweifel immer lauter, ob die Selbstbeschreibung als Volkspartei noch angebracht ist. Die Sozialdemokraten werden in einer aktuellen Publikation als „funktionale Regierungspartei“ charakterisiert, die sich von vielen ihrer vormaligen Wähler in der Arbeitnehmerschaft entfremdet und von ihren traditionellen Wählermilieus entfernt habe.¹⁴ Letzteres wird von der SPD offen eingestanden, wenn in Papieren nach der Bundestagswahl davon die Rede ist, dass „nur noch 12 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter uns das Vertrauen geschenkt haben“.¹⁵ Anders als die SPD kann die Union immerhin für sich in Anspruch nehmen, weiterhin die Führungsrolle im Parteienwettbewerb innezuhaben – und diese trotz des Rückgangs an Wähleranteilen in den vergangenen Jahrzehnten nahezu durchgehend verteidigt zu haben. Wenn also von Krisenphänomenen der (einstmaligen?) Volksparteien gesprochen wird, dann ist die SPD zweifellos stärker davon betroffen.¹⁶

¹¹ Vgl. Viola Neu/Sabine Pokorny, *Wahlanalyse der Bundestagswahl am 23. Februar 2025*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2025.

¹² Siehe Universität Trier/InfraTest dimap, *Jugendstudie 2024/25*, Trier 2025.

¹³ Elmar Wiesendahl, *Aufbruch im Rückwärtsgang. Die CDU unter Merz*, in: *Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 1–2/2024, S. 207–212, hier S. 209.

¹⁴ Vgl. Gerd Mielke/Fedor Ruhose, *Auf dünnem Eis. Die SPD in Krisenzeiten*, Frankfurt/M.–New York 2024.

¹⁵ SPD-Parteivorstand, *Verantwortung in schwierigen Zeiten mit Mut zur Erneuerung*, Berlin, 3.3.2025, S. 1.

¹⁶ Die schon vor 25 Jahren von Peter Lösche für die SPD gefundenen Attribute scheinen zeitlos zu sein. Vgl. Peter Lösche, *Verkalkt – verbürgerlicht – professionalisiert. Der bittere Abschied der SPD von der Mitglieder- und Funktionärspartei*,

AUFSTIEG DER HERAUSFORDERER-PARTEIEN

An die Stelle von integrativen Volksparteien treten zunehmend deren Herausforderer – oftmals als Ein- oder Zwei-Themen-Parteien wahrgenommene Organisationen oder Protestparteien, die sich gegen das politische und/oder wirtschaftliche beziehungsweise mediale Establishment stellen und nicht selten populistische Narrative für sich nutzen. Da ein Parteiensystem gesellschaftliche Entwicklungen widerspiegelt, ziehen Pluralisierung und die zunehmende Vielfalt mit partiellem Auseinanderdriften der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen nicht nur Fragmentierung, sondern auch eine Polarisierung des Parteienwettbewerbs nach sich. Die Polarisierung eines Parteiensystems wird anhand der ideologisch-programmatischen Differenzen zwischen den einzelnen Parteien bestimmt,¹⁷ was auch als „ideologisch-programmatische Polarisierung“ bezeichnet werden kann. Schon das Erstarken der PDS (beziehungsweise später der Linkspartei/der Linken) nach 2005 hat diese Form der Polarisierung begünstigt; durch das Aufkommen der AfD seit 2013 wurde sie nochmals verstärkt.

In jüngerer Zeit hat zudem auch die affektive Polarisierung zugenommen. Affektive Polarisierung geht über die ideologisch-programmatische hinaus und meint ein Auseinanderdriften der Parteienhängerschaften, das bis hin zum Freund-Feind-Denken führen kann,¹⁸ in jedem Fall aber zwischenparteiliche Unterschiede gezielt emotional hervorhebt und instrumentalisiert. Nicht selten werden die Gegensätze moralisch aufgeladen, die „Anderen“ werden moralisch diskreditiert. Als „Polarisierungsunternehmer“¹⁹ charakterisierte Parteien versuchen mithilfe von

Affekten und Emotionen, nicht zuletzt auch durch die Nutzung Sozialer Medien, strategisch Ressentiments und Unmut zu erzeugen oder zu verstärken und politische Konflikte zu polarisieren, um damit Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Soziale Medien leben von Emotionen, griffigen Statements und radikalen Zuspitzungen. Von den Mitte-Parteien unterscheiden sich Protestparteien entsprechend durch extremere oder radikalere Positionen, was insbesondere dann auf größeren Widerhall stößt, wenn der Eindruck fehlender Responsivität in Teilen der Gesellschaft bereits vorhanden ist. Solcherlei Unbehagen kann dann von Parteien affektiv polarisiert und in Protesthaltungen kanalisiert werden. Dies gelingt der AfD derzeit am effektivsten. Aber auch die lange Zeit von heftigen innerparteilichen Kontroversen geprägte und nicht zuletzt deshalb um ihre parlamentarische Existenz kämpfende Partei Die Linke konnte im Bundestagswahlkampf 2025 Protesthaltungen für sich nutzen und für den „Kampf gegen rechts“ mobilisieren.²⁰ Gekonnt inszenierte sie sich als Antipode zur AfD und als Kämpferin gegen hohe Mieten und gestiegene Lebenshaltungskosten. Damit erreichte sie in erster Linie junge Menschen mit Abitur, vornehmlich in den Großstädten und stark weiblich geprägt. Die Linke hat im Wahlkampf insbesondere den Grünen erheblich zugesetzt und nicht wenige Wähler von ihnen gewinnen können. Überhaupt hat der Bundestagswahlkampf die wachsende Kluft zwischen den Parteienhängerschaften, insbesondere zwischen den Anhängern von Grünen und Linken einerseits und denen der AfD andererseits, deutlich vor Augen geführt.²¹

Die Grünen haben als etablierter Antipode der AfD in soziokulturellen Fragen mittlerweile eine recht hohe Stammwählerschaft, nicht zuletzt auch aufgrund der hohen Relevanz der Umwelt- und Klimapolitik in den Augen ihrer Wähler. Trotz aller Versuche der programmatischen Flexibilisierung rekrutieren sie ihre Wählerschaft primär aus den großstädtischen, formal sehr gut ausgebildeten Milieus mit entsprechend

in: *Universitas* 8/2000, S. 779–793. Siehe auch Christiane Lemke/Dominic Nyhuis, Introduction, in: *German Politics and Society* 4/2023, S. 1–17 („Possibly the best-studied instance of decline in the German party system is the SPD“, S. 6).

¹⁷ Siehe beispielhaft Marius Minas/Simon Jakobs/Uwe Jun, Die programmatische Seite des Parteienwettbewerbs: Eine Analyse der Wahlprogramme und des Koalitionsvertrags 2021, in: Jun/Niedermayer (Anm. 2), S. 41–75. Dort findet sich auch eine konkrete Verortung der jeweiligen Parteien in beiden Wettbewerbsdimensionen.

¹⁸ Vgl. Andres Reiljan, „Fear and Loathing Across Party Lines“ (Also) in Europe: Affective Polarisation in European Party Systems, in: *European Journal of Political Research* 2/2020, S. 376–396.

¹⁹ Mau/Lux/Westheuser (Anm. 9), S. 375.

²⁰ Vgl. Neu/Pokorny (Anm. 11).

²¹ Vgl. Dominik Hirndorf, Wachsende Unterschiede zwischen Wählerschaften. Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu politischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung zu Klimaschutz, Migration und Sozialstaat, Berlin 2024.

überdurchschnittlichem Haushaltseinkommen.²² Postmaterialistische, progressive Werte spielen für sie eine zentrale Rolle. Während die Grünen in urbanen Räumen hohe Akzeptanz finden, werden sie „auf dem Land mehrheitlich abgelehnt“.²³ Diese Ablehnung hat sich in der Zeit der Ampelkoalition verstärkt und das Wählerpotenzial der Grünen deutlich schrumpfen lassen, da die noch immer wahlentscheidenden Wähler der politischen Mitte die Transformationsgeschwindigkeit der Partei kritisch betrachten und die – nach Ansicht nicht weniger Wähler – wieder stärker ideologiebasierte Politik zu wenig die Bedürfnisse dieser Klientel in den Blick genommen hat.²⁴ Mehr als 60 Prozent aller Wähler ordnen sich weiterhin der politischen Mitte zu, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sie Ideologien eher skeptisch betrachtet und stattdessen eine problemlösungsorientierte und weniger parteigebundene Politik favorisiert.²⁵

Auch in ehemaligen Industriezentren ist die Skepsis gegenüber den Grünen gewachsen. Gerade dort – wie auch in ländlichen Gebieten – punktete zuletzt die AfD, die überdurchschnittliche Ergebnisse mit zunehmender Ländlichkeit erzielt und zuletzt auch in den ökonomisch wenig prosperierenden Regionen Erfolge verbuchen konnte. Dass die AfD zuletzt relativ erfolgreich war, das BSW schnell in die Nähe der Fünf-Prozent-Hürde wuchs und gleichzeitig die Union als größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag nur unterdurchschnittlich von der Unzufriedenheit gegenüber der Ampelkoalition profitieren konnte, verdeutlicht den angesprochenen Vertrauensverlust in die etablierten politischen Parteien.

Der Aufstieg der AfD zur zweitstärksten Partei bei der Bundestagswahl 2025 ist der markanteste Indikator für die Instabilität des deutschen Parteiensystems und seine De-Institutionalisierung.

Wegen ihres Politikansatzes des autoritären Populismus und ihres kulturkämpferischen Auftretens²⁶ sehen Kritiker der AfD zentrale Grundsätze der liberalen Demokratie in Gefahr. Ihr Erfolg kann sowohl kulturell (Betonung nationaler Identität und Forderung nach deutlicher Begrenzung von Migration) wie ökonomisch (Wahrnehmung ökonomischer Missstände sowie subjektiver ökonomischer Deprivation) erklärt werden.²⁷ Gefühle von Ungerechtigkeit, prospektive Verlustangst, steigende Einkommensungleichheit, fehlende gesellschaftliche Anerkennung, das Gefühl, unfair behandelt zu werden, themenbezogene politische Unzufriedenheit, geringe Responsivität, Unzufriedenheit mit dem aktuellen Funktionieren der Demokratie und Skepsis gegenüber Freihandel und Migration – all das sind Erklärungsansätze für den Aufstieg populistischer Parteien in Europa und auch in Deutschland.²⁸ Entscheidend ist dabei das Gefühl relativer Deprivation, das heißt das subjektiv empfundene Gefühl gesellschaftlicher Benachteiligung und individueller Entwertung.²⁹ Besonders in den östlichen Bundesländern sind solcherlei Einstellungen vermehrt anzutreffen: „Eastern Germany is a territory that is both socio-economically less disposed towards electoral participation and strongly marked by the politics of subjective status loss that should fuel the rejection of mainstream political parties and the disposition to vote for populist forces of different kind.“³⁰

Davon konnte auch das BSW profitieren, das nur ein Jahr nach seiner Gründung als Partei fast die Fünf-Prozent-Hürde überwinden konnte. Sein rascher Wahlerfolg verdeutlicht, dass neue

²² Vgl. Zack Blumberg, *Living in a Post-material World? Assessing the Impact of Economic and Non-economic Shifts on the Success of the German Greens*, in: *German Politics* 2024, S. 1–32, <https://doi.org/10.1080/09644008.2024.2347871>.

²³ Dominik Hirndorf, *Stadt, Land, ... Unterschiede? Politische Einstellungen zwischen Großstadt und ländlichem Raum – Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen*, Berlin 2024.

²⁴ Vgl. Renate Köcher, *Warum die Grünen an Ansehen verloren haben*, 21.3.2024, www.faz.net/-19600358.html.

²⁵ Vgl. Helmut Klages, *Expedition zur Mitte. Über die Eigenschaften der Wählerschaft zwischen links und rechts*, Frankfurt/M.–New York 2022.

²⁶ Vgl. Oliver Schmidtke, *Transforming the Centre Right Parties in Germany and the United Kingdom: The Increasing Prominence of Identity Politics and Culture Wars Narratives*, in: *Frontiers in Political Science* 2025 (i.E.).

²⁷ Siehe unter anderem Nicolas Binder, *Wirtschafts- und sozialpolitische Einstellungen und Populismus: Vertikale Konfliktachsen statt ideologischer Konsistenz*, in: *Politische Vierteljahresschrift (PVS)* 2024, S. 505–534, <https://doi.org/10.1007/s11615-023-00513-y>.

²⁸ Siehe für Deutschland die Daten bei Caroline Werkmann/Hans-Jürgen Frieß, *Enttäuschung, Frust und Resignation. Eine qualitative Analyse der Stimmungslage in Deutschland*, Berlin 2024.

²⁹ Vgl. Binder (Anm. 27).

³⁰ Cédric M. Koch/Carlos Meléndez/Cristóbal Rovira Kaltwasser, *Mainstream Voters, Non-Voters and Populist Voters: What Sets Them Apart?*, in: *Political Studies* 3/2023, S. 893–913. Siehe auch Steffen Mau, *Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt*, Berlin 2024.

Herausforderer-Parteien ungleich schneller als in der Vergangenheit ein hohes Maß an Wählergunst erreichen können. Im Bundestagswahlkampf hat die neu gegründete Partei populistische Aspekte der Anti-Establishment-Haltung und der affektiven Polarisierung für sich zu nutzen versucht.³¹ Gründe für den schnellen Wahlerfolg bei den ostdeutschen Landtagswahlen 2024 und der Wahl zum EU-Parlament im gleichen Jahr waren die Popularität der Parteigründerin und -vorsitzenden Sahra Wagenknecht bei ihren Anhängern, die politische Positionierung als sozioökonomisch staatsinterventionistisch, aber soziokulturell traditionell-konservativ und die populistische Grundhaltung.³² Mit dieser Verortung ist das BSW ein Novum im Koordinatensystem des deutschen Parteienwettbewerbs. Seine Wähler kommen hauptsächlich von der Linken und zeichnen sich vor allem durch eine niedrige Demokratiezufriedenheit, ein Eintreten für die Begrenzung von Zuwanderung und hohen Populismus aus.³³ Die migrationskritische Haltung wurde gemeinhin als ein gewichtiger Faktor gesehen, umso überraschender war es, dass ausgerechnet das BSW dieses Thema im Bundestagswahlkampf kaum aufgegriffen hat – was letztlich zum knappen Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde beigetragen haben dürfte.

ERSCHWERTE REGIERUNGSBILDUNG

Die zunehmende Fragmentierung des Parteiensystems erschwert die Regierungsbildung erheblich, was in einer starken Segmentierung seinen

Ausdruck findet. „Segmentierung“ misst den Anteil der politisch machbaren an den rechnerisch möglichen Koalitionen: Ist der errechnete Wert niedrig, ist die Segmentierung hoch (*Abbildung 4*).³⁴ Koalitionsregierungen sind der Regelfall in Deutschland. Seit 2005 sind sogar sogenannte lagerübergreifende Koalitionen häufig anzutreffen, das heißt, dass mindestens eine Partei des rechten bürgerlich-konservativen Lagers mit einer Partei des progressiv-linken Spektrums eine Regierung bildet.

Die FDP als Befürworterin markoliberaler Positionen wiederum musste in der Ampelkoalition mit SPD und Grünen die Erfahrung machen, dass eine von weiten Teilen ihrer eigenen Wählerschaft von Beginn an skeptisch beäugte Koalitionskonstellation mit dazu beitragen kann, die parlamentarische Existenz aufs Spiel zu setzen und letztlich einzubüßen. Ihre strategisch angedachte Rolle als liberales Korrektiv konnte sie aus Sicht ihrer Wählerbasis nicht überzeugend genug ausfüllen, ihre häufig gegensätzlichen Haltungen und Positionen gegenüber Grünen und SPD drückten ihr zudem von Kritikern den – begrifflich etwas unscharfen – Stempel der „Opposition“ auf.

Da die FDP den Einzug in den Bundestag verpasste und die AfD von allen Parteien als nicht koalitionsfähig betrachtet wird, war nach der Bundestagswahl 2025 nur eine einzige politische Konstellation im Bundestag mehrheitsfähig: die nun regierende aus CDU/CSU und SPD. Dies illustriert augenfällig die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Herstellung parlamentarischer Mehrheitskoalitionen. Die gestiegene Segmentierung hat zur Folge, dass es seit 1998 keinen einzigen vollständigen Regierungswechsel in Deutschland mehr gegeben hat. Mindestens eine Regierungspartei der vorherigen Legislaturperiode hat auch in der darauffolgenden regiert. Insbesondere die SPD als funktionale Regierungspartei ist somit – mit Ausnahme der Phase zwischen 2009 und 2013 – seit 1998 dauerhaft mit Regierungsaufgaben betraut. Jedoch ist diese Struktureigenschaft des Parteiensystems nicht unproblematisch, da Alternierungs- und Innovationskapazitäten des Parteiensystems so ihre enge Begrenzung finden und der Wettbewerb im Hin-

31 Siehe zur populistischen Grundhaltung der Partei L. Constantin Wurthmann/J. Philipp Thomeczek, *Umbrüche im Parteiensystem. Eine (neue) populistische Herausforderung?*, Potsdam 2025, S. 17.

32 Vgl. J. Philipp Thomeczek, *Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Left-Wing Authoritarian – and Populist? An Empirical Analysis*, in: PVS 2024, S. 535–552, <https://doi.org/10.1007/s11615-024-00544-z>; Sarah Wagner/L. Constantin Wurthmann/J. Philipp Thomeczek, *Bridging Left and Right? How Sahra Wagenknecht Could Change the German Party Landscape*, in: PVS 2023, S. 621–636, <https://doi.org/10.1007/s11615-023-00481-3>.

33 Vgl. Michael Jankowski, *Das Schließen der Repräsentationslücke? Die Wählerschaft des Bündnis Sahra Wagenknecht – Eine Analyse basierend auf Paneldaten*, in: PVS 2024, <https://doi.org/10.1007/s11615-024-00583-6>; Jochen Roose, *Öfter mal was Neues. Repräsentative Umfrage zu den Wählerinnen und Wählern der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)*, Berlin 2024.

34 Siehe auch Volker Best, *Institutionelle Konsequenzen des Parteiensystemwandels in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 2/2024, S. 426–448.

Abbildung 4: Segmentierung des deutschen Parteiensystems, 1990–2025



Segmentierung misst den Anteil der politisch machbaren an den rechnerisch möglichen Koalitionen. Je niedriger der Index, desto segmentierter ist das Parteiensystem.

Quelle: Eigene Darstellung

blick auf Regierungsbildung nur als partiell offen gelten kann. Anzeichen der Schließung sind unübersehbar.³⁵

Damit trägt auch das Parteiensystem nicht unerheblich dazu bei, dass grundlegende Politikwechsel in Deutschland kaum möglich sind. Konsens und Kompromiss – zumeist lagerübergreifend – werden durch den Föderalismus mit- samt der Mitwirkung des Bundesrates an gesamt- staatlicher Politik ohnehin schon gefordert und gefördert. Die zunehmende Segmentierung ver- stärkt diese Tendenzen, hat aber zuletzt die po- litische Mitte eher geschwächt und die Ränder gestärkt.

BEDROHTE STABILITÄT?

Vom ursprünglichen moderaten Pluralismus mit der Dominanz zweier Volksparteien ist nicht mehr viel übriggeblieben. Die Zweiparteiendominanz scheint gebrochen, CDU/CSU und SPD verlieren beständig an Wählergunst. Im Gegen- satz dazu gewinnen Herausforderer-Parteien an Zuspruch, insbesondere solche, die politischen

Protest, Anti-Establishment-Positionen und ra- dikale Forderungen in den Vordergrund stellen. Diese Anzeichen der Destabilisierung lassen das deutsche Parteiensystem in Richtung eines pola- risierten Pluralismus tendieren.

Es kann deshalb von einem fluiden pluralisti- schen System gesprochen werden, mit eindeuti- gen Tendenzen zur Polarisierung sowie erhöhter Fragmentierung und Segmentierung. Das deut- sche Parteiensystem folgt damit einem Trend, der vielfach in Europa zu beobachten ist und von stei- gender Volatilität begleitet wird. Die erschwer- te Herstellung mehrheitsfähiger Koalitionsre- gierungen und das Fehlen eines vollständigen Regierungswechsels seit 1998 sind bedenkliche Nebenerscheinungen, die – neben der erhebli- chen Zunahme der Polarisierung mit all ihren Aus- und Nebenwirkungen – die Stabilität der li- beralen Parteiendemokratie insgesamt bedrohen.

UWE JUN

ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Instituts für Demokratie- und Parteienforschung an der Universität Trier.

³⁵ Vgl. Fernando Casal Bértoa/Zsolt Enyedi, *Party System Closure. Party Alliances, Government Alternatives, and Democracy in Europe*, Oxford 2021.

ZWISCHEN NOTLÖSUNG UND ZUKUNFTSMODELL

Die unterschätzte Stärke von Minderheitsregierungen

Theres Matthieß

„Natürlich macht eine stabile Mehrheit im Bundestag das Regieren einfacher. (...) Wir sollten aber lernen, auch mal eine Bundesregierung zu haben, die sich nicht auf festgemauerte Mehrheiten stützen kann.“⁰¹

„Ich bin kein Fan von Minderheitsregierungen, weil letztendlich jeder jedem alles verspricht, aber keiner am Ende Verantwortung trägt. Ich bin daher ein absoluter Verfechter von Neuwahlen. Das Land braucht eine nach vorn gerichtete, stabile Führung – und die hat es derzeit nicht.“⁰²

Rund um Bundestagswahlen herum wird regelmäßig über mögliche Koalitionen spekuliert, und auch das Thema „Minderheitsregierung“ rückt dabei immer öfter in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses.⁰³ So war es auch bei den beiden jüngsten Bundestagswahlen. Die eingangs wiedergegebenen Zitate aus dem Bundestagswahlkampf 2021 illustrieren die übliche Bandbreite der Kontroverse: Während der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) in Minderheitsregierungen eine Chance sah, flexibel und abseits festgefügter Mehrheiten Politik zu gestalten, warnte Carsten Schneider, seinerzeit Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion und heutiger Bundesumweltminister, auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der damaligen Minderheitsregierung in Thüringen vor mangelnder Verlässlichkeit und Verantwortungsdiffusion.

Der Blick über Deutschland hinaus zeigt: Rund ein Drittel der Regierungen in Europa und weiteren westlichen Demokratien sind Minderheitsregierungen – sie sind also keineswegs eine Ausnahme- oder reine Krisenerscheinung.⁰⁴ In Ländern wie Dänemark, Schweden und Norwegen sind Minderheitsregierungen sogar häufiger anzutreffen als Mehrheitsregierungen, und

auch in Neuseeland, Spanien oder Kanada kam es in jüngster Zeit öfter zur Bildung solcher Regierungsbündnisse.

Die Forschung zeigt, dass viele Vorurteile gegenüber Minderheitsregierungen nicht gerechtfertigt sind. Zwar gelten sie als weniger stabil, doch hängt dies stark von ihrer konkreten Ausgestaltung ab: Minderheitsregierungen mit verlässlichen Unterstützungspartnern aus der Opposition sind oft genauso stabil wie Mehrheitsregierungen.⁰⁵ Zudem zeigen zahlreiche Studien, dass eine solche Konstellation nicht automatisch zu Blockaden führt, sondern genauso leistungsfähig bei der Verabschiedung von Gesetzen sein kann. Überraschend ist vielleicht, dass Minderheitsregierungen sogar einige Vorteile mit sich bringen können: Im Idealfall beleben sie die parlamentarische Kultur, fördern konsensorientierte Entscheidungen und ermöglichen flexible Mehrheitsbildungen, die häufig die politische Medianposition besser widerspiegeln als Mehrheitsregierungen.⁰⁶

Institutionell wird die Bildung von Minderheitsregierungen besonders durch den „negativen Parlamentarismus“ begünstigt. In Ländern wie Dänemark und Schweden genügt es, wenn keine parlamentarische Mehrheit gegen die Regierung zustande kommt, sodass Regierungen auch ohne gesicherte Mehrheit amtiert werden können.⁰⁷ In Deutschland hingegen ist auf Bundesebene der sogenannte positive Parlamentarismus verankert (Artikel 63 GG), das heißt, der Bundeskanzler benötigt eine absolute (beziehungsweise ab dem dritten Wahlgang relative) Mehrheit im Bundestag, um ins Amt zu kommen. Minderheitsregierungen sind dadurch nicht ausgeschlossen, aber formal deutlich erschwert.⁰⁸ Wenn ein mit relativer Mehrheit im dritten Wahlgang gewählter Kanzler eine glaubwürdige Aussicht auf konstruktive Regierungsarbeit bietet und der Bundespräsident ihn ernennt, genießt er faktisch so-

gar besonderen Schutz, da er nur durch eine absolute Mehrheit per konstruktivem Misstrauensvotum abgelöst werden kann.⁰⁹

Während es auf Bundesebene in Deutschland noch nie eine Minderheitsregierung gab, finden sich auf Länderebene einige Beispiele: das sogenannte Magdeburger Modell in Sachsen-Anhalt (1994–2002, SPD-geführte Minderheitsregierung mit Unterstützung durch die PDS), die Regierung Hannelore Krafts in Nordrhein-Westfalen (2010–2012, rot-grüne Minderheitsregierung), die Thüringer Minderheitsregierungen unter Bodo Ramelow (2020–2024; Linke, SPD und Grüne) und Mario Voigt (seit 2024; CDU, BSW und SPD) sowie die ebenfalls seit 2024 in Sachsen regierende CDU-SPD-Minderheitsregierung unter Michael Kretschmer. Diese Fälle zeigen, dass ein zunehmend fragmentiertes Parteiensystem herkömmliche Mehrheitsbildungen erschwert – vor allem, weil keine Partei mit der AfD koalieren möchte. Es stellt sich daher zunehmend die Frage, ob Minderheitsregierungen künftig auch auf Bundesebene eine realistische Option darstellen könnten – als Alternative zu ungeliebten Mehrparteienkoalitionen wie der Ampel und als flexibleres Modell jenseits eines traditionellen, starren Koalitionsverständnisses.

Wie gut aber regieren Minderheitsregierungen? Und was hält die Wahlbevölkerung von dieser Regierungsform? Unter welchen Umständen unterstützt sie diese Art des Regierens? Diesen Fragen wird im Folgenden näher nachgegangen.

01 Wolfgang Schäuble: Nottfalls Regierung ohne feste Mehrheiten in Erwägung ziehen, 3.7.2021, www.handelsblatt.com/27389084.html.

02 Carsten Schneider beklagt „Unregierbarkeit“ Thüringens, 10.8.2021, www.thueringer-allgemeine.de/podcast/article401931157.

03 Zur Definition: „Eine Minderheitsregierung wird von einer Partei oder einer Koalition von Parteien gebildet, die zusammen weniger als die Hälfte (50 %) plus eines der Abgeordnetenmandate innehaben und somit keine absolute Mehrheit im Parlament besitzen.“ Maria Thürk/Christian Stecker, Flexibel, stabil und effektiv? Zum Stand der Forschung über Minderheitsregierungen, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 3/2023, S. 297–314, hier S. 299.

04 Vgl. ebd.

05 Vgl. Svenja Krauss/Maria Thürk, Stability of Minority Governments and the Role of Support Agreements, in: West European Politics 4/2022, S. 767–792.

06 Vgl. Steffen Ganghof et al., Flexible und inklusive Mehrheiten? Eine Analyse der Gesetzgebung der Minderheitsregierung in NRW, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/2012, S. 887–900.

WIE LEISTUNGSFÄHIG SIND MINDERHEITSREGIERUNGEN?

Sowohl in der öffentlichen als auch in der politikwissenschaftlichen Debatte galten Minderheitsregierungen lange als instabil, funktionsunfähig und als Ausdruck politischer Krise.¹⁰ Doch wie leistungsfähig sind Minderheitsregierungen tatsächlich? Bleiben sie hinter der Wirkungsfähigkeit von Mehrheitsregierungen zurück? Blockieren Oppositionsparteien systematisch die Verabschiedung von Gesetzen? Eine Möglichkeit, die Regierungsleistung zu messen, ist die Analyse der Umsetzung von Wahlversprechen – also jener politischen Vorhaben, mit denen Parteien in den Wahlkampf ziehen und an denen sie sich im Sinne des „Responsible Party Model“ und der „Promissory Representation“ messen lassen müssen.¹¹ Der Grundgedanke ist einfach: Parteien versprechen vor der Wahl bestimmte politische Maßnahmen und Ziele, und Wählerinnen und Wähler erwarten, dass diese Versprechen in Regierungsverantwortung eingelöst werden. Da es in Deutschland Erfahrungen mit Minderheitsregierungen bislang nur auf Länderebene gibt, kann ihre Performanz im Vergleich zu Mehrheitskoalitionen auch nur dort untersucht werden. Am Beispiel der 2010 in Nordrhein-Westfalen gebildeten rot-grünen Minderheitsregierung lassen sich gleichwohl interessante Erkenntnisse gewinnen.¹²

Bei der Frage, ob Minderheitsregierungen Wahlversprechen ebenso gut umsetzen können wie Mehrheitsregierungen, stehen sich zwei theoretische Hypothesen gegenüber: Die erste lautet, dass Minderheitsregierungen dies unter bestimmten Bedingungen ebenso gut gelingt. Entscheidend sei dabei nicht der formale Mehrheitsstatus, son-

07 Vgl. Thürk/Stecker (Anm. 3).

08 Vgl. ebd.; Steffen Ganghof/Christian Stecker, Investiture Rules in Germany: Stacking the Deck Against Minority Governments, in: Bjørn Erik Rasch/Shane Martin/José Antonio Cheibub (Hrsg.), Parliaments and Government Formation: Unpacking Investiture Rules, Oxford 2015, S. 67–85.

09 Vgl. Ganghof/Stecker (Anm. 8).

10 Vgl. Klaus von Beyme, Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa, München 1970; Winfried Steffani, Zukunftsmodell Sachsen-Anhalt? Grundsätzliche Bedenken, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/1997, S. 717–722.

11 Vgl. Jane Mansbridge, Rethinking Representation, in: American Political Science Review 4/2003, S. 515–528.

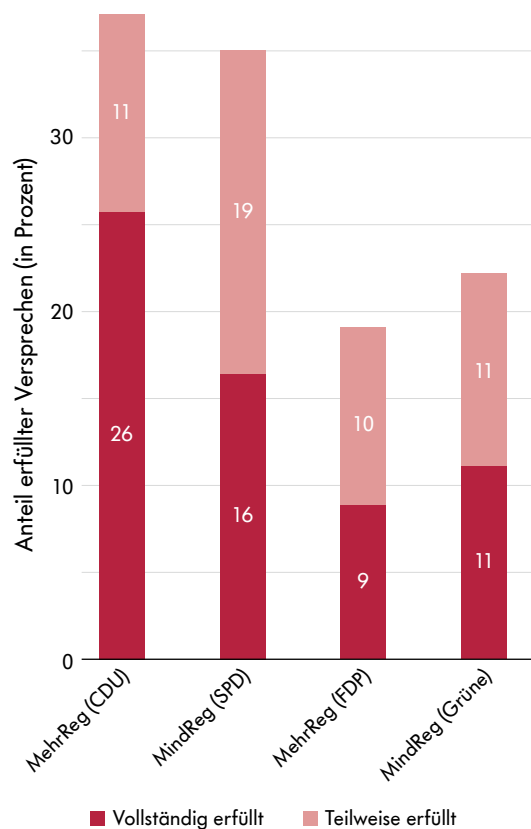
12 Vgl. Theres Matthieß, Equal Performance of Minority and Majority Coalitions? Pledge Fulfilment in the German State of NRW, in: German Politics 1/2019, S. 123–144.

dern die *strategische Verhandlungsposition* im Parlament. Wenn Minderheitsregierungen die ideologische Medianposition einnehmen – also genau in der Mitte des politischen Spektrums positioniert sind – und/oder über starke Agenda-Setting-Rechte verfügen, können sie wechselnde Mehrheiten organisieren und ihre Vorhaben flexibel durchsetzen.¹³ Die entgegenstehende Hypothese formuliert die Erwartung, dass auch bei einer günstigen Ausgangslage *inhaltliche Zugeständnisse* an die Opposition gemacht werden müssen, um Mehrheiten zu sichern. Dies gilt besonders dann, wenn Oppositionsparteien eine geringe Kompromissbereitschaft aufweisen – etwa, weil sie sich gute Chancen auf eine Regierungsbeteiligung in naher Zukunft ausrechnen. In solchen Fällen werden, so die Annahme, selbst zentrale Projekte der Regierung nur in abgeschwächter Form umgesetzt werden können – oder sogar ganz blockiert. Minderheitsregierungen müssten daher häufiger Konzessionen eingehen, was sich negativ auf die Umsetzung von Wahlversprechen auswirken kann.¹⁴

Eine exemplarische empirische Prüfung beider Hypothesen mittels eines Vergleichs der rot-grünen Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen mit ihrer schwarz-gelben Vorgängerregierung unterstützt die erste Hypothese. Untersucht wurden insgesamt 183 Wahlversprechen im Bereich der Bildungspolitik – ein Politikfeld, das in die Gesetzgebungskompetenz der Länder fällt und daher besonders geeignet ist, um Regierungsleistung auf Landesebene zu messen. „Wahlversprechen“ wird dabei definiert als eine überprüfbare, hinreichend konkrete politische Zusage zur Umsetzung eines Ziels oder einer Maßnahme.¹⁵ Analysiert wurde, ob die Wahlversprechen innerhalb von zwei Jahren gesetzlich umgesetzt wurden, und wenn ja, in welchem Umfang – vollständig, teilweise oder gar nicht.¹⁶

Ein zentrales Ergebnis ist, dass beide Regierungskonstellationen innerhalb der ersten beiden

Abbildung 1: Umsetzung von Wahlversprechen nach Partei, NRW 2005/2006 und 2010/2011



MehrReg = Mehrheitsregierung; MindReg = Minderheitsregierung
 Quelle: Theres Matthieß, *Equal Performance of Minority and Majority Coalitions? Pledge Fulfilment in the German State of NRW*, in: *German Politics* 1/2019, S. 123–144.

Jahre ihrer Regierungszeit etwa ein Drittel ihrer Wahlversprechen zumindest teilweise umsetzen konnten (Abbildung 1). Die oft kolportierte Annahme, dass Minderheitsregierungen grundsätzlich weniger leisten, wird durch diese Daten also nicht gestützt. Hinsichtlich der Gesamtquote umgesetzter Versprechen zeigt sich ebenfalls eine weitgehende Parität. Ein genauerer Blick auf die Qualität der Umsetzung offenbart jedoch graduelle Unterschiede: Während die CDU als stärkste Kraft in der Mehrheitsregierung einen größeren Anteil ihrer Versprechen vollständig realisieren konnte, musste sich die SPD in der Minderheitsregierung häufiger mit Teilerfolgen in Form von partiell erfüllten Wahlversprechen begnügen. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Schulstrukturreform: SPD und Grüne wollten die bestehenden Schulformen durch Gemeinschaftsschulen ersetzen. Nachdem ein erster Gesetzesentwurf

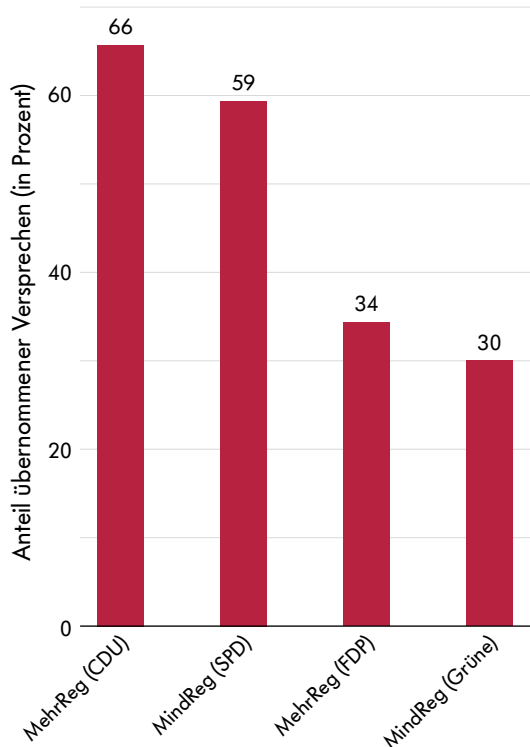
¹³ Vgl. Kaare Strøm, *Minority Government and Majority Rule*, Cambridge 1990; Ganghof et al. (Anm. 6).

¹⁴ Vgl. Steffen Ganghof/Thomas Bräuninger, *Government Status and Legislative Behaviour. Partisan Veto Players in Australia, Denmark, Finland and Germany*, in: *Party Politics* 4/2006, S. 521–539.

¹⁵ Nähere methodische Details zur Erfassung finden sich bei Matthieß (Anm. 12).

¹⁶ Da die Minderheitsregierung in NRW bereits nach zwei Jahren vorzeitig endete, wurde auch der Analysezeitraum der Mehrheitsregierung auf die ersten zwei Jahre der Legislaturperiode beschränkt.

Abbildung 2: Aufnahme von Wahlversprechen in den Koalitionsvertrag, NRW 2005/2006 und 2010/2011



MehrReg = Mehrheitsregierung; MindReg = Minderheitsregierung
 Quelle: Theres Matthieß, *Equal Performance of Minority and Majority Coalitions? Pledge Fulfilment in the German State of NRW*, in: *German Politics* 1/2019, S. 123–144.

scheiterte, wurde gemeinsam mit der CDU ein Kompromiss ausgehandelt – die Einführung der „Sekundarschule“. Dieser Schritt bedeutete zwar eine Reform, blieb aber hinter den ursprünglichen Ambitionen der Regierung zurück. Das Beispiel zeigt, dass Minderheitsregierungen mitunter auf Kompromisse angewiesen sind und eventuelle Gestaltungsansprüche in Verhandlungen mit der Opposition abschwächen müssen.

Die Studie untersuchte nicht nur die gesetzliche Umsetzung von Wahlversprechen, sondern auch, wie eine Regierung sich bereits in den Koalitionsverhandlungen Spielräume sichert (Abbildung 2). In der NRW-Minderheitskoalition stellte sich die besondere Herausforderung, dass sowohl Koalitionspartner als auch Teile der Opposition für die Mehrheitsbeschaffung notwendig waren. Die rot-grüne Minderheitsregierung zeigte sich daher bei den Koalitionsverhandlungen zurückhaltend und nahm deutlich weniger Wahlversprechen in ihren

Koalitionsvertrag auf als die vorherige Mehrheitsregierung. Diese Strategie sicherte Flexibilität im Parlament und signalisierte Offenheit für Kooperation.

Die untersuchte Minderheitsregierung war zwar dem doppelten Druck ausgesetzt, zunächst Einigkeit zwischen den Koalitionspartnern herstellen und anschließend Mehrheiten im Parlament organisieren zu müssen, sie war in zentralen Punkten jedoch strategisch gut positioniert: Die SPD befand sich auf der ideologischen Medianposition im Parlament, und die Regierung verfügte über bedeutende Agenda-Setting-Instrumente. Mit wechselnden Partnern konnten so wiederholt stabile Mehrheiten organisiert werden. Wo diese Partner kompromissbereit waren, gelang die Umsetzung von Politikvorhaben recht gut. Problematisch wurde es, wenn eine strategische Blockadehaltung einsetzte. Ein Beispiel dafür ist das abrupte Ende der Regierung im März 2012: Die Opposition wollte mit einer Teilablehnung des nordrhein-westfälischen Haushalts politischen Druck ausüben, war sich aber offenbar nicht darüber im Klaren, dass dies rechtlich zur Ablehnung des gesamten Haushalts führte. Als ein Kompromiss nicht zustande kam, scheiterte der Haushalt – und Neuwahlen wurden notwendig.

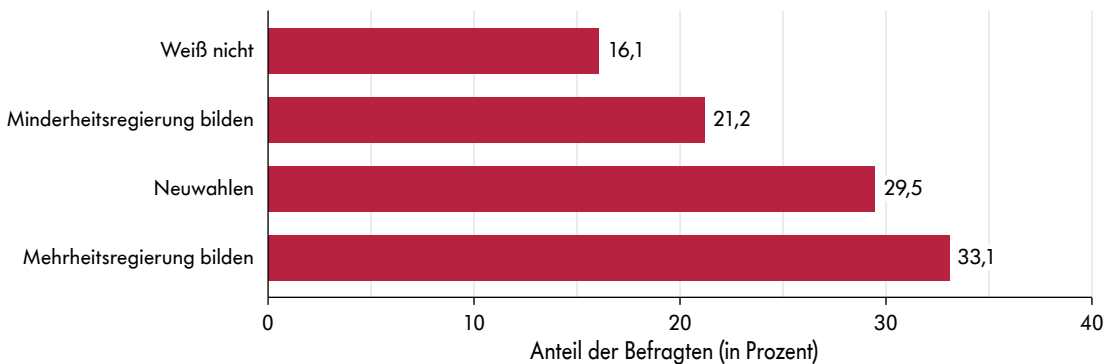
Minderheitsregierungen können also durchaus leistungsfähig sein – zumindest so lange, wie die politische Kultur auf Kooperation ausgelegt ist. Ähnliche Befunde liegen auch aus anderen, ländervergleichenden Studien vor.¹⁷

WAS DENKT DIE BEVÖLKERUNG ÜBER MINDERHEITSREGIERUNGEN?

Neben der tatsächlichen Leistungsfähigkeit stellt sich auch die Frage nach der Legitimität von Minderheitsregierungen aus Sicht der Bevölkerung. Selbst viele umgesetzte Wahlversprechen helfen wenig, wenn große Skepsis in der Öffentlichkeit herrscht. Wie also stehen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu Minderheitsregierungen? Was halten sie von deren möglicher Bildung, und was beeinflusst ihre Einstellungen dazu? Diese Fragen sind gerade im deutschen Kontext relevant, denn auch wenn es bundesweit noch keine Minderheitsregierung gegeben hat, werden sie durch die steigende Fragmentierung und Po-

¹⁷ Vgl. z.B. Robert Thomson et al., *The Fulfillment of Parties' Election Pledges: A Comparative Study on the Impact of Power Sharing*, in: *American Journal of Political Science* 3/2017, S. 527–542.

Abbildung 3: Präferenzen für Regierungsformen (Bundestagswahl 2021)



Quelle: Theres Matthieß/Christian Stecker, What Citizens Think About Minority Governments in Majority Coalition Settings, in: *Parliamentary Affairs* 2/2025, S. 379–400.

larisierung des Parteiensystems zu einer immer wahrscheinlicheren Möglichkeit – und sind in manchen Bundesländern ja bereits Realität.¹⁸

Grundsätzlich kann man annehmen, dass individuelle Einstellungen gegenüber Regierungsformen sowohl normativ als auch instrumentell geprägt sind. Erstens berücksichtigen Bürgerinnen und Bürger demokratische Normen und idealtypische Vorstellungen davon, was „gute“ Regierungsführung ausmacht. Frühere Studien zeigen, dass das Gros der Bürger Mehrheitsregierungen mit weniger Parteien, die viele Sitze im Parlament haben, als stabiler, effektiver und besser für die Demokratie erachtet.¹⁹ Allerdings konnte ebenfalls nachgewiesen werden, dass sich die entsprechenden Einstellungen zwischen Menschen unterscheiden: Wer eher für eine stärkere Machtteilung und Einbindung der Opposition in die Gesetzgebung ist, zeigt sich offener für die Bildung von Minderheitsregierungen.²⁰

Ziel muss es also erstens sein, zu messen, welche demokratischen Werte – etwa Regierungsstabilität, Umsetzung von Wahlversprechen, Kompromisserreichung, Flexibilität bei der Gesetzgebung oder Deliberation – Bürgerinnen und Bürger eher durch Mehrheits- oder durch Minderheitsregie-

rungen realisiert sehen. Denn diese unterschiedlichen normativen Zuschreibungen der Zielerreichung beeinflussen auch die Präferenzen für die Bildung von Minderheitsregierungen. Zweitens kann man annehmen, dass Bürgerinnen und Bürger bei der Meinungsbildung über komplexe politische Sachverhalte auf Orientierungshilfen (sogenannte Cues) angewiesen sind. Diese können etwa von politischen Parteien, den Medien oder auch aus der allgemeinen öffentlichen Debatte stammen.²¹ Insbesondere bei institutionellen Fragen wie der Bewertung von Regierungsformaten – ein Feld, auf dem viele Bürger wenig praktische Erfahrung haben – wirken solche Orientierungshilfen stark. Bürgerinnen und Bürger schließen häufig aus der Mehrheitsmeinung auf die Legitimität und Zweckmäßigkeit einer Option. Wenn sie erfahren, dass eine Mehrheit der Bevölkerung eine Minderheitsregierung bevorzugt, steigt auch ihre eigene Zustimmung zu diesem Regierungsformat. Drittens kann man davon ausgehen, dass Bürgerinnen und Bürger auch strategisch-instrumentell urteilen: Sie bevorzugen also diejenige Regierungsform, von der sie sich Vorteile für ihre bevorzugte Partei versprechen. Diese Vermutung knüpft an Befunde aus Kanada an, die zeigen, dass die Bürger Minderheitsregierungen dann unterstützen, wenn sie erwarten, dass ihre favorisierte Partei dadurch mehr Einfluss auf die Politik nehmen kann.²²

¹⁸ Vgl. zum Folgenden Theres Matthieß/Christian Stecker, What Citizens Think About Minority Governments in Majority Coalition Settings, in: *Parliamentary Affairs* 2/2025, S. 379–400.

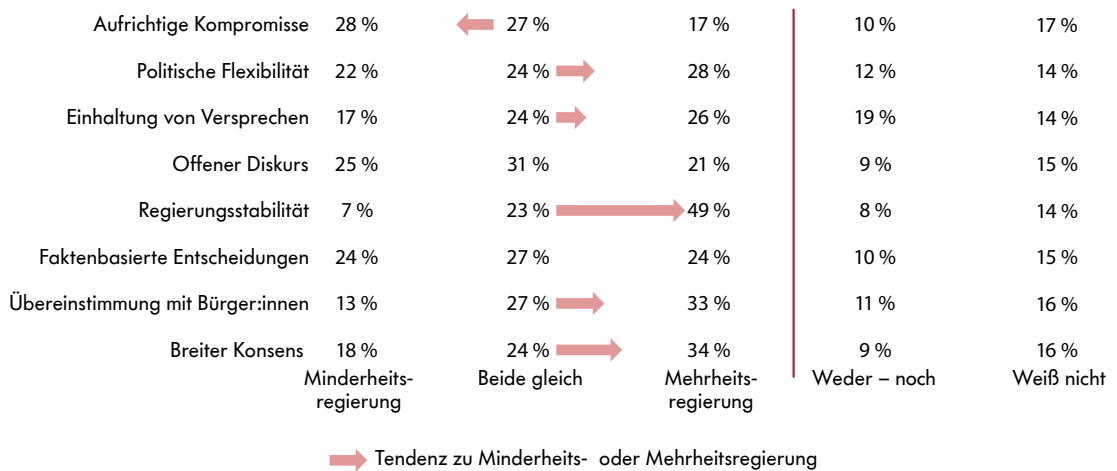
¹⁹ Vgl. André Blais et al., What Kind of Electoral Outcome Do People Think Is Good for Democracy?, in: *Political Studies* 4/2021, S. 1068–1089.

²⁰ Vgl. Yannick Dufresne/Neil Nevitte, Why Do Publics Support Minority Governments? Three Tests, in: *Parliamentary Affairs* 4/2014, S. 825–840.

²¹ Vgl. Vicki G. Morwitz/Carol Pluzinski, Do Polls Reflect Opinions or Do Opinions Reflect Polls? The Impact of Political Polling on Voters' Expectations, Preferences, and Behavior, in: *Journal of Consumer Research* 1/1996, S. 53–67.

²² Vgl. Dufresne/Nevitte (Anm. 20).

Abbildung 4: Regierungsformen und normative Demokratieziele



Die Pfeile zeigen an, welche Regierungsform aus Sicht der relativen Mehrheit der Befragten ein Kriterium eher erfüllt; längere Pfeile stehen für eine größere relative Mehrheit zugunsten einer Regierungsform.

Quelle: Theres Matthieß/Christian Stecker, What Citizens Think About Minority Governments in Majority Coalition Settings, in: Parliamentary Affairs 2/2025, S. 379–400.

Diese Annahmen wurden kurz vor der Bundestagswahl 2021 in einem Online-Survey-Experiment mit 2850 Teilnehmenden getestet.²³ Die Befragten bewerteten zwei hypothetische Szenarien, in denen jeweils eine der damals laut Umfragen größten drei Parteien (CDU/CSU, SPD, Grüne) als Wahlsieger hervorging. Variiert wurden im Experiment drei Faktoren: erstens die siegreiche Partei, zweitens die Informationen über die öffentliche Meinung – ob die Mehrheit eine Minderheits- oder Mehrheitsregierung bevorzugt – und drittens der erwartete politische Einfluss, den entweder die Regierungspartei oder die Opposition unter einer Minderheitsregierung hätten. Das Ziel war, herauszufinden, ob und wie sich diese Informationen auf die Präferenz der Befragten für eine bestimmte Regierungsform auswirken. Zusätzlich wurde erfasst, wie die Befragten die Leistungsfähigkeit von Minderheits- im Vergleich zu Mehrheitsregierungen hinsichtlich verschiedener demokratischer Ziele – zum Beispiel Stabilität, Repräsentation oder Diskursqualität – einschätzen.

Die deskriptiven Ergebnisse zeigen zunächst, dass ein Großteil der Befragten Minderheitsregierungen skeptisch gegenübersteht (Abbildung 3). Nach einem (hypothetischen) knappen Wahlausgang bevorzugten 33 Prozent der Befragten eine Mehrheitskoalition. 30 Prozent wollten Neuwahlen, während nur etwa 21 Prozent eine Minderheitsre-

gierung befürworteten. Insgesamt bevorzugten die Anhängerinnen und Anhänger aller großen Parteien mehrheitlich Mehrheitsregierungen gegenüber Minderheitsregierungen oder Neuwahlen, wobei Grüne- und SPD-Anhänger etwas offener für Minderheitsregierungen ihrer Parteien waren als solche der CDU/CSU. Auffällig ist zudem, dass AfD-Anhänger generell, vor allem aber bei einem Wahlsieg der Grünen, stark zu Neuwahlen tendierten.

Bei der Bewertung der Realisierung normativer Ziele nach Regierungstyp zeigt sich allerdings ein etwas ausgeglicheneres Bild (Abbildung 4). Mehrheitlich wird erwartet, dass Mehrheitsregierungen bessere Leistungen bei Regierungskontinuität, Stabilität und der Erfüllung von Wahlversprechen erbringen. Minderheitsregierungen schneiden hingegen etwas besser beim Erreichen fairer Kompromisse und offener Diskurse ab.

Hinsichtlich der Frage, was genau die Präferenzen für die Regierungsbildung beeinflusst, zeigen die Daten, dass normative Leistungsbewertungen eine zentrale Rolle spielen. Etwa 65 Prozent derjenigen, die Mehrheitsregierungen in allen Leistungsbereichen vorne sehen, bevorzugten diese auch als Regierungsmodell, während 55 Prozent der Befragten, die Minderheitsregierungen besser einschätzten, sich entsprechend für diese aussprechen. Die Wahrscheinlichkeit, eine Minderheitsregierung zu bevorzugen, steigt, wenn den Befragten mitgeteilt wird, dass auch die Mehrheit der Bevölkerung diese Option un-

²³ Vgl. Matthieß/Stecker (Anm. 18).

terstützt. Dieser „Cue-taking“-Effekt fällt zwar moderat aus, ist aber statistisch signifikant. Deutlich ausgeprägter zeigt sich der Einfluss instrumenteller Erwägungen: Die Präferenz für eine Minderheitsregierung hängt maßgeblich davon ab, ob diese der eigenen politischen Position Vorteile verspricht. Befragte bevorzugen eine Minderheitsregierung dann, wenn diese ihrer präferierten Partei politischen Einfluss sichert. Das gilt auch für Anhänger der Opposition – aber nur, wenn die Minderheitsregierung auch dieser Einfluss verschafft.

Minderheitsregierungen treffen in Deutschland also auf eine grundsätzlich skeptische Öffentlichkeit – was in einem System mit einer starken Tradition stabiler Mehrheiten kaum überrascht. Diese Skepsis kann jedoch je nach wahrgenommener demokratischer Leistungsfähigkeit und strategischer Erwartung deutlich variieren. Insbesondere, wenn erwartet wird, dass eine Minderheitsregierung der eigenen bevorzugten Partei mehr Einfluss sichert oder gesellschaftlich breit getragen wird, steigt die Akzeptanz spürbar – was darauf hinweist, dass die Legitimität dieser Regierungsform durch Kommunikation und öffentliche Debatten erhöht werden kann.

MINDERHEITSREGIERUNGEN IN ZEITEN DER FRAGMENTIERUNG

Die eingangs zitierten Positionen von Wolfgang Schäuble und Carsten Schneider bringen die ambivalente Haltung gegenüber Minderheitsregierungen auf den Punkt: Während die einen auf eine flexible Gestaltung der Politik jenseits starrer Mehrheiten hoffen, haben die anderen Sorge vor politischer Verantwortungslosigkeit. Die meist skeptische Sicht ist in Deutschland stark von den negativen Erfahrungen mit instabilen Minderheitsregierungen in der Weimarer Republik geprägt, die seither offenbar kaum eine zeitgemäße Neubewertung erfahren hat.²⁴ Viele der gängigen Vorurteile lassen sich empirisch nicht bestätigen.

Die Analyse der Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen zeigt beispielhaft, dass auch Regierungen ohne eigene Parlamentsmehrheit leistungsfähig sein können. Wichtig ist aber

eine strategisch gute Ausgangsposition: Die SPD als stärkste Partei besetzte seinerzeit die Medianposition im Parlament, und die Koalition konnte ihre Agenda-Setting-Möglichkeiten geschickt nutzen. Bis zum mehr oder weniger versehentlichen Ende der Regierung konnte die Regierung zudem mit kooperationsbereiten Oppositionspartnern stabile Mehrheiten organisieren.

Auch die bevölkerungsbezogene Perspektive relativiert pauschale Skepsis. Zwar bevorzugt ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger traditionell stabile Mehrheitsregierungen. Doch zeigt sich, dass diese Präferenzen durchaus variabel sind: Wenn erwartet wird, dass eine Minderheitsregierung der eigenen Partei nutzt oder gesamtgesellschaftlich unterstützt wird, steigt auch die Akzeptanz. Die Legitimität von Minderheitsregierungen kann also durch kommunikative Strategien und den Nachweis demokratischer Leistungsfähigkeit gestärkt werden.

Gerade angesichts der zunehmenden Fragmentierung des deutschen Parteiensystems und der strategischen Ausgrenzung bestimmter Parteien wie der AfD und teils auch der Linken werden klassische Mehrheitsbildungen immer schwieriger. Minderheitsregierungen könnten hier künftig eine realistische und funktionale Alternative bieten – insbesondere dann, wenn sie nicht nur als „Notlösung“, sondern als bewusst gewähltes Modell verstanden werden. Die konkreten Ausgestaltungsformen sind dabei vielfältig: Von vollständig offenen Modellen mit wechselnden Mehrheiten (über alle oder nur bestimmte Politikfelder hinweg) bis hin zu stabilen Tolerierungsvereinbarungen ist vieles denkbar.

Minderheitsregierungen bergen also Potenziale für unser demokratisches System. Sie können die parlamentarische Kultur beleben, Opposition aufwerten und diskursorientierte Politik fördern. Voraussetzung dafür ist allerdings ein politisches Klima, das auf Kooperation statt auf Konfrontation setzt. Gerade die Erfahrungen mit der Ampelregierung haben gezeigt, dass hier „Luft nach oben“ ist.²⁵ Minderheitsregierungen sind damit kein Allheilmittel – aber sie verdienen mehr als den Ruf, das letzte Mittel in der Not zu sein. Richtig gestaltet, können sie eine Antwort auf die politischen Realitäten einer zunehmend fragmentierten Demokratie sein.

²⁴ Vgl. Thürk/Stecker (Anm. 3), S. 307.

²⁵ Vgl. Robert Vehrkamp/Theres Matthieß, Erfolgreich gescheitert. Schlussbilanz zum Koalitionsvertrag der Ampel 2021–25, Bertelsmann Stiftung, Einwurf 3/2025.

THERES MATTHIEß

ist Juniorprofessorin für Empirische Demokratieforschung an der Georg-August-Universität Göttingen.

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Erziehung

CALL FOR PAPERS

Erziehung ist nie unpolitisch oder gar neutral – sie hat stets weltanschauliche, gesellschaftliche und somit politische Bedeutung und Auswirkungen. Die Frage, wer auf welche Weise und mit welchem Ziel erzieht, stellt sich historisch immer wieder neu und wird kontrovers diskutiert. Ob in der Familie, in der Schule, in der außerschulischen Bildung oder im weiteren politischen Raum – etwa bei der Förderung politischen Verhaltens in Krisenzeiten mittels Anreiz oder Zwang – zeigen Vorstellungen von „richtiger“ Erziehung immer auch, wie das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, von Autorität und Freiheit sowie von Tradition und Wandel in einer bestimmten historischen Situation gesehen wird. Welche Menschenbilder liegen bestimmten Erziehungsstilen zugrunde? Seit wann gibt es überhaupt eine Vorstellung davon, Menschen müssten „erzogen“ werden? Welche gesellschaftlichen und gegebenenfalls politischen Ursachen und Folgen haben unterschiedliche Erziehungsmethoden? Wie haben sich Normen im historischen Wandel entwickelt – auch im internationalen Vergleich? Vor welche Herausforderung wird die offene Gesellschaft angesichts wahrgenommener oder tatsächlicher kultureller Unterschiede gestellt? Und wie wirken sich Erziehungsnormen auf soziale Ungleichheit, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt aus?

Für die im Dezember erscheinende Ausgabe 52/2025 suchen wir Beiträge, die sich aus unterschiedlichen fachwissenschaftlichen Perspektiven mit dem Thema „Erziehung“ auseinandersetzen und das Spannungsfeld von Erziehung und Politik im zeitgeschichtlichen Kontext in den Blick nehmen. Exposés mit einem Umfang von höchstens 4000 Zeichen (ein bis zwei Seiten) können bis zum 1. Juli 2025 per E-Mail an apuz@bpb.de eingereicht werden. Aus den Exposés sollen die zugrunde liegenden Leitfragen und die Struktur des Beitrags klar hervorgehen. Bitte fügen Sie auch einen Kurzlebenslauf bei.

Vor der Auswahl der Autorinnen und Autoren durch die APuZ-Redaktion werden alle eingereichten Exposés anonymisiert. Bewertungskriterien sind Originalität sowie wissenschaftliche Qualität und gesellschaftliche Relevanz. Die ausgewählten Autorinnen und Autoren haben bis zum 27. Oktober 2025 Zeit, ihre Beiträge im Umfang von etwa 27 000 Zeichen (inklusive Leerzeichen und Fußnoten) zu schreiben. Diese werden in der Print- und Online-Ausgabe der APuZ veröffentlicht.

Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften!

Bundeszentrale für politische Bildung
Redaktion „Aus Politik und Zeitgeschichte“
Bundeskanzlerplatz 2
53113 Bonn

apuz@bpb.de
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/>

Kontakt
apuz@bpb.de

ABSCHIED VON DEN ALLERWELTPARTEIEN?

Die Volksparteien der Mitte nach dem Wegfall ihrer Voraussetzungen

Michael Koß

Wenn von Parteien die Rede ist, wird häufig der Eindruck erweckt, diese seien ihres eigenen Glückes Schmied und hätten ihr Schicksal selbst in der Hand.⁰¹ Insbesondere gilt dies für die oft als „Volksparteien“ apostrophierten sozial- und christdemokratischen Parteien Westeuropas. Im Folgenden wird die These vertreten, dass diese „Volksparteien der Mitte“ von strukturellen Voraussetzungen leben, die sie selbst nicht garantieren können. Um reüssieren zu können, bedürfen sie spezifischer Bedingungen, die den politischen Wettbewerb an den Rändern des politischen Spektrums wie Leitplanken begrenzen. Diese Leitplanken ergaben sich bislang aus gesellschaftlichen und internationalen Rahmenbedingungen, die zusehends entfallen – weshalb die Zeit der Volksparteien bis auf Weiteres vorbei zu sein scheint.

Um dies zu verdeutlichen, soll im Folgenden zunächst das ambivalente Konzept der Volkspartei näher erläutert werden, bevor es gilt, deren Aufstieg mit der Existenz ideologischer Leitplanken zu erklären. Im eindimensionalen politischen Wettbewerb der Nachkriegszeit, der vorwiegend um Fragen der Umverteilung kreiste, konnten Parteien jenseits der politischen Mitte durch antikommunistische Invektiven und die Beschwörung der Gefahr einer Aufkündigung des „westlichen Bündnisses“ marginalisiert werden. Das funktioniert heute nicht mehr. Ein neuer Konflikt zwischen universalistischen und partikularistischen Positionen macht den Parteienwettbewerb zudem unübersichtlicher; Parteien an den Rändern des ideologischen Spektrums lassen sich nicht mehr ohne Weiteres ins Abseits schieben. Wichtige Voraussetzungen für den Erfolg der Volksparteien der Mitte sind damit entfallen.⁰²

VOLKSPARTEIEN DER RÄNDER UND DER MITTE

Wem das Konzept der Volkspartei – von seinem Schöpfer Otto Kirchheimer synonym mit den Begriffen „Allerweltpartei“ und *catch-all party* verwandt⁰³ – bislang nur als Verweis auf eine erfolgreiche Partei mit tiefen Wurzeln in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft begegnet ist, den mag es wundern, dass es ursprünglich zur Beschreibung eines Niedergangsszenarios benutzt wurde. Dies sagt viel über die stets hochgradig ambivalente Haltung der – wissenschaftlichen wie nichtwissenschaftlichen – Öffentlichkeit gegenüber Parteien aus: Was heute als Preisgabe ideologischer Prinzipien gilt, kann im Zeitverlauf ohne Weiteres zur wünschenswerten Vielseitigkeit avancieren, spätere Rückwärtsrollen nicht ausgeschlossen. Kirchheimer, der in den 1960er Jahren den Begriff der Volkspartei in die wissenschaftliche Debatte einführte, deutete deren Erfolg in erster Linie als Abkehr von den Parteimitgliedern. Das einzelne Parteimitglied werde Kirchheimer zufolge nur noch als „historisches Überbleibsel angesehen, das das Bild der neu aufgebauten Allerweltpartei in ein falsches Licht setzen kann“.⁰⁴ Im heutigen Jargon formuliert, kritisierte er, dass Volksparteien vornehmlich nach Stimmenmaximierung strebten und dafür auch bereit waren, programmatische Zugeständnisse auf Kosten ihrer zentralen, die Mitglieder bewegenden Forderungen zu machen.

Der enttäuschte Sozialist Kirchheimer hielt es nicht zuletzt deshalb mit den Mitgliedern einer Partei – und weniger mit den elektoralen Strategien von deren Führung –, weil ihm historisch nur Parteien der ideologischen Ränder bekannt waren, die sich auf eine volksparteiartige Strate-

gie der Stimmenmaximierung verlegt hatten: die NSDAP und die Nationale Front der DDR.⁰⁵ Die NSDAP ist denn auch als erste „Volkspartei des Protests“ oder „Volkspartei mit Mittelstandsbauch“ beschrieben worden.⁰⁶ Vor diesem Hintergrund galt es Kirchheimer und den meisten anderen Beobachtern als suspekt, wenn Parteien umstandslos versuchten, sich heterogene Wählerkoalitionen einzuverleiben. Dieser kritische Blick auf Volksparteien blieb in Deutschland bis in die 1980er Jahre hinein dominant. Davon legt auch die Gründung der Grünen als „Antiparteien-Partei“ Zeugnis ab, die sich dezidiert gegen die Idee von – potenziell die gesamte Wählerschaft vertretenden – Volksparteien wandte.⁰⁷

Die Wahrnehmung von Volksparteien hat sich heute grundlegend verändert. Ein auf die politische Mitte hin orientierter zentripetaler Parteienwettbewerb gilt mittlerweile als wünschenswert – und damit auch Volksparteien der Mitte. Auch dies verdeutlicht das Beispiel der Grünen, die spätestens, seitdem sie die SPD 2011 erstmals in Umfragen überholen konnten, laut darüber nachdenken, ob sie selbst auf dem Weg zur Volkspartei sind und vor allem: sein sollten und wollen.⁰⁸ Aus heutiger politikwissenschaftlicher Perspektive stehen *catch-all parties* für eine inklusive Anhängererschaft, die ihrem Selbstverständnis nach nicht nur eine Kernwählerschaft, sondern unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen repräsentieren soll.⁰⁹

Genau das, was Kirchheimer einst kritisierte, gilt heute also als Vorzug.

Was zeichnet diese Volksparteien aus? Häufig wird zur Definition ein gewisses Maß an Wählerzuspruch herangezogen, wahrscheinlich reicht es für den Status als Volkspartei jedoch schon aus, regelmäßig in der Lage zu sein, das relativ beste Wahlergebnis zu erzielen und im Anschluss eine – idealerweise aus nur zwei Parteien bestehende – Koalition zu dominieren.¹⁰ Zusätzlich sollten Volksparteien mindestens in einem Kernwählermilieu dauerhaft die besten Wahlergebnisse erzielen und über ein breites Netz an Vorfeldorganisationen verfügen.¹¹ In diesem Sinne war die NSDAP in der Tat die erste deutsche Volkspartei, der die nationalkonservative DNVP als Steigbügelhalter eine parlamentarische Mehrheit verschaffte. Ob angesichts des Wegfalls der Voraussetzungen für Volksparteien der Mitte diese erneut an den Rand auswandern werden, ist eine offene Frage.

Kirchheimer selbst schwieg sich zu den Ursachen für den Aufstieg der Volksparteien eher aus und betonte lediglich, dass nach dem Zweiten Weltkrieg für die Parteien in Westeuropa die „Anerkennung der politischen Marktgesetze unvermeidlich“¹² wurde, weil Märkten im Zuge des ökonomischen Aufschwungs allerorten eine immer wichtigere Rolle zukam. In diesem Sinne waren Volksparteien in der Tat „eine ganz und gar improvisierte Antwort der alten Gesinnungsgemeinschaften auf die einsetzende Auflösung ihrer Entstehungsbedingungen“¹³ – und eben kein Projekt machversessener Parteiliten. Die von Kirchheimer ins Feld geführten Marktgesetze sind seit dem Ende des Kalten Krieges obsolet geworden, mindestens aber unterliegen sie einem fundamentalen Wandel. Dieser schlägt sich nicht zuletzt in den Wahlergebnissen an den Rändern des politischen Spektrums nieder. Auch deshalb sind Union und SPD seit 2005 immer häufiger dazu gezwungen, miteinander anstatt mit (noch) kleineren Partnern zu koalieren.

01 Am auffälligsten ist dies in der Debatte um sogenannte Kartellparteien, die sich gegen ihre eigenen Anhänger abzuschnitten versuchten. Zur Unhaltbarkeit dieser Annahme vgl. Elmar Wiesendahl, *Parteienforschung. Ein Überblick*, Wiesbaden 2022, S. 127–139.

02 Der vorliegende Text basiert auf Michael Koß, *Demokratie ohne Mehrheit? Die Volksparteien von gestern und der Parlamentarismus von morgen*, München 2021.

03 Vgl. Otto Kirchheimer, *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 1/1965, S. 20–41.

04 Ebd., S. 32.

05 Auf letztere wendete Kirchheimer auch zum ersten Mal den Begriff der *Catch-all-Strategie* an. Vgl. Hubertus Buchstein/Moritz Langfeldt, *Einleitung*, in: dies. (Hrsg.), *Otto Kirchheimer – Gesammelte Schriften 5. Politische Systeme im Nachkriegseuropa*, Baden-Baden 2020, S. 7–176, hier S. 115.

06 Beide Begriffe bei Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler. Die Anhänger der NSDAP 1924–1933*, Frankfurt/M.–New York 2020², S. 413.

07 Vgl. Buchstein/Langfeldt (Anm. 5), S. 136.

08 Die politikwissenschaftliche Literatur ist zu Recht skeptisch. Vgl. Andreas Stifel, *Vom erfolgreichen Scheitern einer Bewegung*, Wiesbaden 2018, S. 317 f.

09 Vgl. Nancy Rosenblum, *On the Side of the Angels. An Appreciation of Parties and Partisanship*, Princeton 2008, S. 356.

10 Vgl. Elmar Wiesendahl, *Volksparteien – Aufstieg, Krise, Zukunft*, Opladen–Farmington Hills 2011, S. 78 f.

11 Vgl. ders. (Anm. 1), S. 123.

12 Kirchheimer (Anm. 3), S. 26 f.

13 Tobias Dürr/Franz Walter, *Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor*, Berlin 2000, S. 226.

IDEOLOGISCHE LEITPLANKEN

Der Niedergang der sozial- und christdemokratischen Volksparteien ist vor allem auf zwei strukturelle Entwicklungen zurückzuführen, die diese Parteien kaum beeinflussen können: die Veränderung gesellschaftlicher Konfliktlinien und die angesprochene Schwierigkeit, die politischen Konkurrenten an den Rändern des ideologischen Spektrums zu marginalisieren.

Als Konfliktlinien bezeichnet man strukturelle gesellschaftliche Auseinandersetzungen, die zur Herausbildung politischer Identitäten beitragen und (auch) von Parteien ausgetragen werden.¹⁴ So verstandene Konflikte determinieren das Parteiensystem nicht, sind aber eine notwendige Bedingung dafür, dass Parteien sich dauerhaft etablieren können – sei es, weil das um die jeweilige Auseinandersetzung herum gewachsene Organisationsgeflecht den Nährboden einer Partei bildet, sei es, weil die Konflikte den gesellschaftlichen Resonanzboden für das strategische Handeln politischer Entrepreneure bereiten. In beiden Fällen sorgen die gesellschaftlichen Konflikte dafür, dass die Wahrnehmung des dominanten politischen Problems aufseiten der Eliten wie der Wählerschaft konvergiert.

Historisch lassen sich für Westeuropa vier solcher Konfliktlinien unterscheiden, von denen jeweils zwei aus nationalen Revolutionen beziehungsweise aus der industriellen Revolution hervorgegangen sind.¹⁵ Bei den erstgenannten handelt es sich um die regionale Konfliktlinie zwischen dominanter und peripherer Kultur sowie um jene zwischen Kirche und säkularem Nationalstaat. Auf die industrielle Revolution gehen der sektorale Konflikt zwischen Agrar- und Industriewirtschaft sowie der sozioökonomische zwischen Arbeit und Kapital zurück. Volksparteien leben davon, dass sie auf allen in einem politischen System virulenten Konfliktlinien *gleichzeitig* und vor allem *widerspruchsfrei* konkurrieren können. Das aber ist nur dann der Fall, wenn der Parteienwettbewerb eindimensional ist, vorhandene Konfliktlinien einander also überla-

gern. Nur in diesem Fall ist die Strategie der Stimmenmaximierung überhaupt so aussichtsreich, dass von Volksparteien gesprochen werden kann. Überkreuzen Konfliktlinien hingegen einander, ist die Anziehungskraft von Parteien auf Wähler strukturell begrenzt. In diesem Fall sind fragmentierte und polarisierte Parteiensysteme kaum vermeidbar.

In Deutschland wurden wegen der verspäteten Nationalstaatsbildung alle vier klassischen Konflikte ab dem späten 19. Jahrhundert gleichzeitig ausgetragen, zusätzlich erschwert durch den multikonfessionellen Charakter des Kernlands der Reformation. Nicht zuletzt deshalb wurde Deutschland so vergleichsweise spät zum Nationalstaat und zur Demokratie. Die deutschen Parteien blieben lange abgekapselt in vier sozialmoralischen Milieus verhaftet: dem protestantisch-liberalen, dem protestantisch-konservativen, dem katholischen und dem organisatorisch am stärksten ausdifferenzierten sozialdemokratischen Milieu.¹⁶ In der formativen Phase des deutschen Parteiensystems konnte fatalerweise jeder soziale oder politische Konflikt angesichts der einander überkreuzenden Konfliktlinien in einen nationalen übersetzt werden, was wiederum der Stigmatisierung und Ausgrenzung sozialer Gruppen Vorschub leistete – und damit auch der Schwächung der Parteien der Mitte.¹⁷ Als „geborene Minoritätsparteien“¹⁸ waren Sozialdemokratie und Zentrum deshalb seinerzeit eher Gegenmodell als Vorläufer der späteren Volksparteien der Bonner Republik.

Wenn Otto Kirchheimer die Zeit der Volksparteien nach dem Zweiten Weltkrieg als „Phase der Entideologisierung“¹⁹ bezeichnete, so wies er damit auf die zunehmende Überlagerung der einander immer weniger überkreuzenden Konfliktlinien. Angesichts des ökonomischen Booms nach dem Zweiten Weltkrieg dominierte fortan die sozioökonomische Konfliktlinie. Die meisten politischen und sozialen Konflikte wur-

¹⁴ Vgl. zum Folgenden Simon Bornschier et al., *Cleavage Formation in the Twenty-First Century*, Cambridge 2024, S. 1–9.

¹⁵ Vgl. Seymour M. Lipset/Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments*, in: dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York 1967, S. 1–64.

¹⁶ Vgl. M. Rainer Lepsius, *Demokratie in Deutschland*, Göttingen 1993, S. 38.

¹⁷ Ein Beispiel ist etwa der „Berliner Antisemitismusstreit“ im Kaiserreich, in dessen Folge die Parteien des völkischen Nationalismus großen Zulauf erhielten. Vgl. Nicolas Berg (Hrsg.), *Der Berliner Antisemitismusstreit*, Berlin 2023, S. 28–39.

¹⁸ Max Weber, *Politik als Beruf*, in: Wolfgang J. Mommsen/Wolfgang Schluchter (Hrsg.), *Max Weber-Studienausgabe 1/17*, Tübingen 1994, S. 70.

¹⁹ Kirchheimer (Anm. 3), S. 29.

den durch Umverteilung lösbar, was eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der *Catch-all*-Strategie der Volksparteien war.

Gleichzeitig entfielen aufgrund der Deutschen Teilung strukturelle Unterschiede zwischen dem vormaligen in der Weimarer Republik vereinten Osten und Westen Deutschlands. Schon vor 1933 hatte es in Ostdeutschland weniger Selbstständige, mehr Wählerzuspruch für die KPD, eine höhere Frauenerwerbsquote und mehr außereheliche Geburten gegeben als im Westen. Die alte Bundesrepublik war sozialstrukturell weniger disparat als die Weimarer Republik – die heute kontrovers diskutierten Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland sind also nicht allein Folge der Wiedervereinigung.²⁰ Zusätzlich eröffnete die Konstellation des Kalten Krieges den entstehenden Volksparteien in Westdeutschland die schon erwähnte Möglichkeit, ihre politischen Konkurrenten am linken wie am rechten Rand des ideologischen Spektrums durch antikommunistische Invektiven und Verweise auf die überragende Bedeutung des westlichen Bündnisses zu marginalisieren. Und zu guter Letzt wirkte auch die Gründung der Bonner Republik strukturell konfliktmindernd:²¹ Durch den Zuschnitt ihrer staatlichen Grenze ergab sich erstmals ein konfessionelles Gleichgewicht zwischen Katholiken und Protestanten.

Nach links ermöglichte es der vorherrschende Antikommunismus den Sozialdemokraten unter Willy Brandt, sich zur ideologischen Mitte hin zu orientieren. Nach rechts konnten Parteien jenseits der Union, die sich in aller Regel dadurch zu profilieren versuchten, dass sie für eine international unabhängigere Rolle Deutschlands eintraten, mit dem Vorwurf belegt werden, sie gefährdeten Deutschlands fragile Souveränität und vor allem seine Verankerung im westlichen Bündnis. Vor diesem Hintergrund war Adenauers „Keine Experimente“ der Erfolgslogos von CDU und SPD. Die Warnung vor kommunistischen Experimenten wie nationalen Allein-

gängen diente dazu, potenzielle politische Führungspersönlichkeiten und Bewegungen davon abzuhalten, sich an den ideologischen Rändern zu engagieren – und zwar unabhängig von den normativen Einstellungen der Wählerschaft.²² Als dies in den 1980er Jahren auf der rechten Seite des politischen Spektrums in Gestalt der Republikaner doch geschah, wirkte sich selbst das Ende des Kalten Krieges noch als ideologische Leitplanke aus: Es war die Wiedervereinigung, die dem Nationalismus der Republikaner die Grundlage entzog, weil sie die Asylpolitik als wichtigstes Thema im Wahljahr 1990 überlagerte, wovon sich die Rechtspopulisten um Franz Schönhuber nicht mehr erholten.²³

EINE NEUE REVOLUTION

Heute sind diese Voraussetzungen für die Volksparteien der Mitte weitgehend entfallen. Aktuell vollzieht sich eine neue Revolution im Sinne der Theorie von den Konfliktlinien. Diese Revolution hat insofern ähnlich weitreichende Folgen wie die nationale und die industrielle, als sie ebenfalls parteibildend wirkt. Kern dieser neuen Revolution sind ökonomische, kulturelle und soziale Veränderungen, die innerhalb des Nationalstaats kaum zu regulieren sind – genannt seien nur die ökonomische Globalisierung, der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft, die Bildungsexpansion, die Digitalisierung, der Klimawandel sowie die Migration. Infolge dieser Umwälzungen schmelzen die traditionellen Milieus der Parteien zusammen. Eine neue Konfliktlinie zwischen Universalismus und Partikularismus ist entstanden,²⁴ die quer zu den bestehenden Konfliktlinien liegt. Die vormaligen Volksparteien sind gewissermaßen gespalten, sie stehen mit je einem Bein auf der einen und der anderen Seite des neuartigen Konflikts: Christdemokraten beispiels-

²⁰ Vgl. Sascha O. Becker/Lukas Mergele/Ludger Woessmann, The Separation and Reunification of Germany: Rethinking a Natural Experiment Interpretation of the Enduring Effects of Communism, in: *Journal of Economic Perspectives* 2/2020, S. 143–171.

²¹ Dies erklärt auch, warum Volksparteien der Mitte in Deutschland eine wichtigere Rolle spielten als in anderen westeuropäischen Staaten. Vgl. Steven B. Wolinetz, The Transformation of Western European Party Systems Revisited, in: *West European Politics* 2/1979, S. 4–28.

²² Zur (Un-)Möglichkeit, normative Einstellungen zu politisieren, siehe Vicente Valentim, *The Normalization of the Radical Right*, Oxford 2024.

²³ Vgl. Moritz Fischer, *Die Republikaner. Die Geschichte einer rechtsextremen Partei 1983–1994*, Göttingen 2024, S. 423–430.

²⁴ Die häufig anzutreffende Beschreibung der neuen Konfliktlinie als eine zwischen grün-alternativ-libertären (GAL) und traditional-autoritär-nationalistischen (TAN) Positionen läuft Gefahr, ökonomische Faktoren zugunsten kultureller auszublenken. „Universalismus vs. Partikularismus“ umfasst dezidiert ökonomische und kulturelle Konflikte. Vgl. Bornschier et al. (Anm. 14), S. 5.

weise unterstützen den globalen Handel, wollen aber gleichzeitig nationale Traditionen erhalten. Sozialdemokraten beschwören die internationale Solidarität, treten für Umverteilung aber nach wie vor bevorzugt im nationalen Kontext ein. Das gibt Raum auf der Linken für fortschrittsoptimistische grüne Parteien (in Deutschland nach ihrem Relaunch im Wahlkampf 2025 auch für die Linkspartei) und für radikale Parteien wie die AfD auf der Rechten, die einer idealisierten (nationalen) Vergangenheit nachtrauern und bei denen reüssieren, die Angst vor dem Verlust ihrer materiellen und/oder kulturellen Privilegien haben. Vollends den Garaus macht den Volksparteien der Mitte aber der Wegfall der ideologischen Leitplanken „Antikommunismus“ und „Beschwörung des westlichen Bündnisses“. Ohne Kommunismus – zumindest in seiner dominanten sowjetischen Prägung – sind antikommunistische Invektiven ebenso schwierig wie ein Festhalten an der Westbindung ohne einen (kohärenten) Westen.

Betrachtet man die beiden vormaligen Volksparteien der Mitte näher, so zeigt sich, dass die Union heute gleichwohl besser dasteht als die SPD. Sie ist traditionell stärker in kulturellen Konflikten aller Art verwurzelt, weshalb ihre Protagonisten sich vergleichsweise umstandslos als progressive christliche Umweltschützer (Markus Söder früher) oder eigentliche Verteidiger der Heimat und ihrer Werte (Markus Söder heute) inszenieren können. Ein Blick auf die vergangenen beiden Bundestagswahlen verdeutlicht aber das Dilemma beider ehemaliger Volksparteien: Bei beiden Wahlen standen Themen im Mittelpunkt, die mit den jeweiligen Enden der neuen Konfliktlinie zwischen Universalismus und Partikularismus verknüpft sind. 2021 war der mit den Grünen assoziierte Klimawandel das wichtigste Thema, 2025 war es die Migration, was vornehmlich der AfD half.²⁵ Dass jeweils wirtschaftliche Themen am zweitwichtigsten waren, unterstreicht die Plausibilität des oben beschriebenen Bildes einander überkreuzender Konfliktlinien.

Eine Analyse der Bertelsmann Stiftung wies jüngst, gestützt auf repräsentative Nachwahlbefragungen, die Gewinne und Verluste von SPD und Union bei den vergangenen beiden Bundestagswahlen am Beispiel von zehn (mit den oben genannten sozialmoralischen Milieus nicht deckungsgleichen) Milieus aus.²⁶ Die SPD verlor in allen analysierten Milieus, dies allerdings umso weniger, je universalistischer die jeweiligen Einstellungen der befragten Personen waren. Anders formuliert entfernte sich die SPD 2025 (noch weiter) von ihrem klassischen Kernklientel der Arbeiter, bei dem sie massiv verlor und mit einem Stimmenanteil von lediglich zwölf Prozent nur noch drittstärkste Kraft hinter der AfD (mit einem Anteil von 36 Prozent) und der Union (mit 23 Prozentpunkten) wurde.²⁷ Die Union wiederum wurde bei der zurückliegenden Bundestagswahl zwar relativer Sieger, konnte jedoch von den 30 (!) Prozentpunkten, die die drei Ampelparteien SPD, Grüne und FDP im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 verloren, nur ein Sechstel für sich verbuchen. Hier zeigen sich sehr eindrücklich die Grenzen der *Catch-all*-Strategie: Während die Union mit einem Stimmenanteil von 36 Prozent (im Vergleich zu 26 Prozentpunkten 2021) erneut stärkste Kraft in ihrem Kernwählersegment der Selbstständigen (wie übrigens auch bei den Beamten) wurde, ging ihr Versuch, der AfD durch dezidiert zuwanderungskritische Positionen Stimmen abzufragen, auf Kosten substanzieller Zugewinne bei vormaligen Grünen-Wählern, die eher zur Linkspartei abwanderten.²⁸

Zugleich sind die Aussichten der Grünen und der AfD – der beiden Hauptprotagonisten der neuen Konfliktlinie –, sich zukünftig als neue Volksparteien der Mitte beziehungsweise des (rechten) Randes positionieren zu können, ebenfalls begrenzt. Die Grünen schrumpften bei der Bundestagswahl 2025 auf das Maß einer Milieupartei und konnten, ähnlich wie die SPD, nur noch in den universalistischen Milieus reüssieren – und hier vor allem in den materiell bessergestellten; in den anderen universalistischen Milieus

25 Vgl. Viola Neu/Sabine Pokorny, Bundestagswahl in Deutschland am 26. September 2021, Berlin 2021, S. 8, www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/wahlanalyse-der-bundestagswahl-in-deutschland-am-26-september-2021-1; dies., Bundestagswahl in Deutschland am 23. Februar 2025, Berlin 2025, S. 8, www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/wahlanalyse-der-bundestagswahl-am-23-februar-2025.

26 Wenn nicht anders ausgewiesen, vgl. zum Folgenden Robert Vehrkamp, Selbstbeschädigung der Mitte. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 in den sozialen Milieus, März 2025, www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSf/Publikationen/GrauePublikationen/EINWURF_01_2025_Selbstbeschädigung_der_Mitte.pdf.

27 Vgl. Neu/Pokorny, Bundestagswahl 2025 (Anm. 25), S. 27.

28 Vgl. ebd.

erzielte die Linkspartei ihre größten Erfolge. Die AfD wiederum gewann vor allem bei denjenigen, die sich vom Abstieg bedroht sehen: Mit einem Stimmenanteil von 34 Prozent errang sie die relative Mehrheit in den modernisierungsskeptischen Milieus. Sie wurde also nicht mehr nur aus Protest gewählt, sondern aus Überzeugung.²⁹ Ebenso wie die Grünen ist die AfD aber nach wie vor weit davon entfernt, Volkspartei zu sein – auch in Ostdeutschland.³⁰ Zum einen reichen ihre Wahlerfolge über ihre partikularistischen Kernmilieus nicht hinaus, zum anderen ist das ideologische Profil der AfD dafür auch zu diffus, insbesondere in ökonomischer Hinsicht: Zwischen der etwa von Alice Weidel propagierten neoliberalen Politik und der ethnisch-deutsch konnotierten Sozialstaatlichkeit, wie sie vom völkischen Flügel der Partei vertreten wird,³¹ herrscht kein produktives Spannungsverhältnis, das eine *Catch-all*-Strategie zuließe. Kompromisse sind zwischen diesen Positionen schlicht nicht möglich.

KEINE VOLKSPARTEIEN, NIRGENDS?

Die „zweite kopernikanische Wende in der Entwicklung der Parteien“,³² in deren Verlauf Stimmenmaximierungsstrategien in der ideologischen Mitte immer wichtiger wurden, ist an ihr Ende gekommen. Mit der Entwicklungsphase politischer Parteien, die wir aktuell erleben, verhält es

sich wie mit Antonio Gramscis Verdikt über das „Interregnum“: Das Alte stirbt, und das Neue kann nicht zur Welt kommen.³³ Vorbei ist jedenfalls die Zeit, in der galt: „Wir regelten unsre Dinge übers Geld.“³⁴ Jenseits der Sondervermögen regeln wir unsere Dinge heute (auch) wieder über Stigmatisierung und Ausgrenzung sozialer Gruppen, und das bedeutet, dass für Volksparteien der Mitte zusehends kein Platz vorhanden ist. Nur dort, wo die Welt noch der alten ähnelt, gibt es auch Volksparteien – in Deutschland ist dies nur noch in Niedersachsen mit seiner klassischen Agrar- und Industrielandschaft der Fall. Hier konnten SPD und CDU ihre Konkurrenten auch bei der Bundestagswahl 2025 noch auf Distanz halten und gewannen nicht nur sämtliche, sondern jeweils exakt gleich viele Wahlkreise.³⁵ Anderswo sind die Voraussetzungen für den Erfolg der Volksparteien entfallen.

Anders als die SPD dürfte die Union zumindest noch die Aussicht haben, ihren Volksparteistatus zu verteidigen. Dazu müsste sie sich auf eine aktualisierte Version der alten Adenauer-Strategie der Westbindung verlegen, die heute auf eine – wie damals auch die Sicherheitspolitik umfassende – Europäisierung hinausliefe.³⁶ Dass sich die CDU in der neuen Bundesregierung erstmals seit 1966 das Außenministerium gesichert hat, kann als vorsichtiger Hinweis darauf gelesen werden, dass der neue Bundeskanzler Friedrich Merz eine solche Agenda verfolgt. Einer alternativen Strategie neigt vermutlich Unionsfraktionschef Jens Spahn zu. Diese läuft auf eine Annäherung an die AfD hinaus – und birgt die Gefahr einer DNVP-artigen Selbstverzweigung des rechten Lagers. Vom „Ende der Mitte“³⁷ zu reden, erscheint insofern verfrüht, denn ein zentripetaler Parteienwettbewerb ist weiterhin möglich. Die Nachricht vom Tod der Volksparteien ist jedoch, frei nach Mark Twain, nicht gänzlich übertrieben.

²⁹ Vgl. ebd., S. 9.

³⁰ Vgl. Manès Weisskircher, Die AfD als neue Volkspartei des Ostens?, in: Knut Bergmann (Hrsg.), „Mehr Fortschritt wagen“? Parteien, Personen, Milieus und Modernisierung: Regieren in Zeiten der Ampelkoalition, Bielefeld 2022, S. 317–334.

³¹ Vgl. Benedikt Kaiser, Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts, Schnellroda 2020.

³² Wiesendahl (Anm. 1), S. 147.

³³ Vgl. Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Bd. 3, Hamburg 1991, S. 354.

³⁴ So der Musiker und Schriftsteller Peter Licht in seinem „Lied vom Ende des Kapitalismus“.

³⁵ Vgl. Michael Koß, Das letzte Parteiensystem der alten Bundesrepublik. Niedersachsen als Nachzügler, in: Anna-Sophie Heinze/Uwe Jun/Torsten Oppeland (Hrsg.), Regionale Vielfalt? Neue Trends subnationaler Parteiensysteme in Deutschland, Wiesbaden 2025, S. 307–328.

³⁶ Einen ähnlichen Vorschlag hatte angesichts der Corona-Krise bereits Jürgen Habermas unterbreitet. Vgl. ders., 30 Jahre danach: Die zweite Chance, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2020, S. 41–56.

³⁷ Vgl. Maximilian Steinbeis/Florian Meinel, Das Ende der Mitte, 7.2.2025, <https://verfassungsblog.de/das-ende-der-mitte>.

MICHAEL KOß

ist Professor für das Politische System der Bundesrepublik Deutschland und der EU an der Leuphana Universität Lüneburg.

ESSAY

VON DER PARTEIEN- ZUR PLATTFORMDEMOKRATIE

Verheißungen und Gefahren der digitalen Demokratie

Marina Münkler

Seit ihren Anfängen in der antiken Polis gilt die Demokratie als die prekärste Form politischer Herrschaft. Die Herrschaft des Volkes ist nämlich so voraussetzungsreich, dass Demokratien in der Geschichte häufig gescheitert sind und es einflussreichen Gruppen oder Einzelnen immer wieder gelungen ist, die Macht an sich zu reißen. Es ist insofern nicht verwunderlich, dass die berühmteste moderne Definition der Demokratie auf dem Schlachtfeld eines Bürgerkriegs vorgetragen worden ist, auf dem Tausende für den Grundsatz gestorben waren, dass alle Menschen gleich geboren seien. Eingeleitet wurde sie mit den Worten, dieses Schlachtfeld sei der Test darauf, ob eine demokratisch verfasste Nation lange überdauern könne. Am Ende seiner nur zweieinhalb Minuten dauernden Rede in Gettysburg am 19. November 1863 verlieh Abraham Lincoln seiner Hoffnung Ausdruck, dass die im Bürgerkrieg zerrissene amerikanische Nation an diesem Ort neu geboren werde – und die Herrschaft „of the people, by the people, for the people“ nicht von der Erde verschwinde.

Wie die Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk organisiert und praktiziert werden kann, um von Dauer zu sein und nicht wieder zu verschwinden, ist eine der drängendsten Grundfragen der Demokratie geblieben. Da das Modell der Volksversammlung nur in kleinräumigen Stadtstaaten praktikabel ist – und schon in der attischen Demokratie dadurch eingeschränkt war, dass viele davon ausgeschlossen waren –, besteht das grundlegende Problem der Demokratie darin, wie die Stimmen der einzelnen Bürger so repräsentiert werden können, dass ihnen zumindest Gehör verschafft werden kann. Wie kann der Wille des Volkes, der ja kein einheitlicher Wille ist, so organisiert werden, dass unterschiedliche Vorstellungen und Interessen zum Ausdruck

gebracht und verfolgt werden können? Und wie kann verhindert werden, dass sich bestimmte Interessengruppen uneingeschränkt durchsetzen und die Ansprüche anderer auf Verfolgung ihrer Ideale und Interessen negieren?

PARTEIENDEMOKRATIE – EIN RÜCKBLICK

Die Antwort auf diese Fragen war seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Gründung von Parteien, die dazu dienen sollten, den Willen Einzelner in einer politischen Organisation zu bündeln, um ihn so in den politischen Prozess der Aushandlung und Durchsetzung von Interessen einzubringen. Daraus entwickelte sich die Parteiendemokratie, in der den Parteien die Aufgabe zufällt, als Intermediäre zwischen Bürgern und Staat zu dienen. Freilich hat sich auch innerhalb der Parteien stets das Problem der Willensbildung gestellt. Wenn Parteien Delegationsinstrumente des politischen Willens Einzelner sind, erhebt sich die Frage, wie die Delegation innerhalb der Partei geregelt werden kann und geordnet werden muss, um möglichst vielen Partizipation zu ermöglichen. Über diese Partizipationsmöglichkeiten hat sich schon der Begründer der Parteiensoziologie, Robert Michels, vernichtend geäußert: In den Parteien herrsche das „eiserne Gesetz der Oligarchie“.⁰¹ Damit eine Partei die von ihr gebündelten Interessen verfolgen kann, sei es unausweichlich, dass sich in ihr Führungskräfte durchsetzen, die über Erfahrung und taktisches Geschick verfügen. Nicht die Mitglieder, sondern die Parteielite bestimme deshalb die politischen Entscheidungen der Partei.

Ohne sich direkt auf ihn zu beziehen, ist die neuere Parteienforschung Michels darin zumeist gefolgt.⁰² Insgesamt geht die Forschung davon

aus, dass am Ende des 19. Jahrhunderts auf die Kader- und Elitenparteien die Massenparteien gefolgt sind, die bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts dominiert haben. Auf sie folgten die Volksparteien der 1950er und 1960er Jahre, die Otto Kirchheimer als „Catch-all-Parteien“ bezeichnet hat.⁰³ In diesen Volksparteien sind ideologische Festlegungen drastisch reduziert worden, weil nicht mehr die Parteimitglieder, sondern die Wähler im Mittelpunkt des Interesses gestanden haben. Damit haben kurzfristige taktische Überlegungen im Hinblick auf die nächste Wahl die Oberhand gewonnen; Professionalisierung und die Bedeutung der Parteilite haben noch einmal zugenommen. Auf die Volksparteien folgten dann schließlich professionalisierte Wähler- oder Kartellparteien, in denen sich die Eigeninteressen der Parteilite bezüglich Karriere, Status und Reputation noch stärker von den Zielen und Interessen der Parteien und ihren ideologischen Bindungen lösten.⁰⁴

Mit dem Konzept der Mediendemokratie (oder „Mediokratie“) ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine weitere Entwicklung der Parteien beschrieben worden, die sich dadurch auszeichnet, dass nicht mehr die Parteilite die Partei beherrsche, sondern die Medien bestimmten, wer die Parteilite bilde. Das habe zu einer Theatralisierung der Politik geführt und zu ihrer Kolonisierung durch die Medien, die nunmehr bestimmten, wer sich in der Politik durchsetzen könne. Insbesondere das Leitmedium Fernsehen habe

mit seinen Talkshows wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Parteiendemokratie in eine Mediendemokratie verwandelt habe. Der Politikwissenschaftler Thomas Meyer hat dies als die „kopernikanische Wende der Politik“ bezeichnet, weil sich damit die Beobachtungsperspektive umgekehrt habe: Hätten früher die Medien die Parteien und die Parteilite beobachtet, um kritisch über sie zu berichten, so beobachteten in der Mediendemokratie die Parteiliten die Medien, um zu lernen, wie sie sich medial präsentieren müssten. Die Parteien würden so als Zentren der Willensbildung zunehmend marginalisiert.⁰⁵

DAS GROßE VERSPRECHEN DES INTERNETS

Für die Kritiker der Parteien- wie der Mediendemokratie schien das Internet mit seinen kommunikativen Möglichkeiten eine neue Tür der Demokratisierung aufzustoßen. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde von vielen die „Verheißung Internet“ begrüßt und die Erwartung formuliert, dass aus der *One-to-Many*-Struktur der massenmedialen Kommunikation eine Kultur der *Many-to-Many*-Kommunikation werden könne.⁰⁶ Nicht nur die Defizite der Parteiendemokratie mit ihrem unerfüllten Versprechen der Partizipation, sondern auch die Probleme der Mediendemokratie schienen auf diese Weise überwindbar zu sein, weil sich nun alle in den Diskurs einbringen konnten. Mit dem Internet schienen horizontale Kommunikation und Vernetzung schlagartig in greifbare Nähe gerückt zu sein. Der neue Begriff der „Schwarmdemokratie“ war Ausdruck der Hoffnung, dass sich Wissen im Schwarm egalitär verbreiten und Bürgerinnen und Bürger sich direkt vernetzen könnten – und sich so eine „emergente Kollektivität in Form menschlicher Schwarmbildung entfalten“ könnte.⁰⁷

Tatsächlich war es nie leichter, sich Informationen zu beschaffen, mit anderen über große Ent-

01 Vgl. Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Leipzig 1911, S. 350, zusammenfassend S. 383–391.

02 Vgl. Jens Borchert, Michels' Parteiensoziologie und das prekäre Gleichheitsversprechen der Demokratie, in: Harald Bluhm/Skadi Krause (Hrsg.), Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens. Oligarchien und Eliten – die Kehrseiten moderner Demokratien, Wiesbaden 2012, S. 264–277.

03 Vgl. Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS) 1/1965, S. 20–41.

04 Zum Begriff der Kartellpartei vgl. Angelo Panebianco, Political Parties. Organization and Power, Cambridge 1988; Richard S. Katz/Peter Mair, Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics 1/1995, S. 5–28; dies., The Cartel Party Thesis: A Restatement, in: Perspectives on Politics 4/2009, S. 753–766; Friedbert Rüb, Michels und die neuere Parteientheorie – die politischen Parteien und die Krise der Demokratie, in: Bluhm/Krause (Anm. 2), S. 241–263, hier S. 254. Kritik an diesem Konzept findet sich etwa bei Ludger Helms, Die „Kartellparteien“-These und ihre Kritiker, in: PVS 4/2001, S. 698–708.

05 Vgl. Thomas Meyer, Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt/M. 2001; für eine Kurzzusammenfassung des Konzepts vgl. ders., Mediokratie. Auf dem Weg in eine andere Demokratie?, in: APuZ 15–16/2002, S. 7–14.

Siehe auch Andreas Dörner, Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt/M. 2001.

06 Vgl. Meyer 2001 (Anm. 5), S. 177.

07 Jens Kersten, Schwarmdemokratie. Der digitale Wandel des liberalen Verfassungsstaats, Tübingen 2017, S. VII.

fernungen hinweg und auch ohne persönliche Bekanntschaft zu kommunizieren, Fragen zu stellen und unmittelbar Antworten darauf zu erhalten oder Wissen aus den unterschiedlichsten Gebieten zu erlangen. Zugleich war es auch noch nie so einfach, Informationen zu verbreiten, Wissen zu teilen, Produkte anzubieten oder seine Meinungen kundzutun. Die Internetnutzer werden deshalb auch nicht mehr einfach nur als Nutzer (*users*) beziehungsweise als Konsumenten (*consumers*) bezeichnet, sondern als Prosumenten (*prosumers*). Denn sie nutzen nicht nur Plattformen, um Informationen, Produkte und Meinungen zu konsumieren, sondern sie produzieren sie auch selbst. Das alles führte zu der Erwartung, dass sich bei einer immer besseren Zugänglichkeit von Wissen Gesellschaften immer weiter demokratisieren würden. Die Beteiligung vieler an der gesellschaftlichen und politischen Kommunikation, so meinte man, werde zu einer zunehmend rationaleren Kommunikation führen – und der demokratische Diskurs sich damit in immer weiteren Teilen der Bevölkerung vertiefen.

POSTFAKTISCHE GESELLSCHAFT, FILTERBLASEN UND ECHOKAMMERN

Diese Hoffnung ist längst verflogen. Stattdessen ist in den vergangenen Jahren immer deutlicher geworden, dass rationalere Kommunikation keineswegs der Haupteffekt der stärkeren Zugänglichkeit von Wissen in der durch das Internet geprägten Wissensgesellschaft ist. Vielmehr hat sich hinter deren Rücken ein Umgang mit Informationen entwickelt, der die Wissensgesellschaft ad absurdum zu führen scheint. Der Gegenbegriff zur „Wissensgesellschaft“ ist deshalb der Begriff der „postfaktischen Gesellschaft“. Die Redaktion des Oxford English Dictionary, des umfangreichsten Wörterbuchs der englischen Sprache, hat das Wort *post-truth* (postfaktisch) im November 2016 zum „internationalen Wort des Jahres“ gewählt. In der Begründung für die Wahl hieß es: Angetrieben vom Aufstieg der Sozialen Medien als Nachrichtenquelle und einem wachsenden Misstrauen gegenüber Fakten, die vom sogenannten Establishment angeboten würden, habe sich ein Phänomen herausgebildet, das – entgegen der Annahme, die immer leichter verfügbaren Informationen würden das faktische Wissen erheblich vermehren – tatsächlich auf eine Reduktion des

Wissens hinauslaufe, und zwar nicht grundsätzlich auf eine Reduktion des verfügbaren Wissens, sondern auf eine Reduktion des tatsächlich nachgefragten und erworbenen Wissens.⁰⁸

Der amerikanische Internetaktivist Eli Pariser hat dafür in seinem gleichnamigen Buch das mittlerweile zum Topos gewordene Wort „Filter Bubble“ (Filterblase) geprägt.⁰⁹ Nach Parisers Analyse entstehen Filterblasen, weil Plattformen mithilfe von Algorithmen berechnen, welche Informationen der Benutzer auffinden möchte – basierend auf den verfügbaren Informationen über den Benutzer, etwa seinen Standort, seine Suchhistorie oder sein Klickverhalten. Entscheidend für die Macht von Algorithmen sind die ihnen zugrundeliegenden Daten, die jeder Nutzer produziert, sowie die Schnittstellen, mittels derer weitere Anbieter digitaler Dienstleistungen auf die vorhandenen Daten zugreifen können.¹⁰ Daten sind die eigentliche Währung der digitalen Plattformen, in der die Nutzer bezahlen. Sie bilden die Grundlage ihres Geschäftsmodells, das kaum rechtlichen Regelungen unterliegt und in erster Linie durch die Nutzungsvereinbarungen geregelt wird.¹¹

Werbung lässt sich aufgrund der von Google, Facebook und anderen verwendeten Algorithmen, die auf einem immer genaueren Nutzerprofil basieren, im Internet sehr viel gewinnbringender platzieren. Das dürfte anfangs der Hauptgrund für den Einsatz von Algorithmen gewesen sein: Je mehr ein Unternehmen, das mit dem Verkauf von Nutzerdaten sein Geld verdient, über den Nutzer weiß, desto gewinnbringender kann es diese Daten vermarkten. Die amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerin Shoshana Zuboff spricht deshalb von *surveillance capitalism* (Überwachungskapitalismus).¹² Der fatale Nebeneffekt dieser Form der Überwachung besteht nach Pa-

⁰⁸ Vgl. „Post-truth“ Declared Word of the Year by Oxford Dictionaries, 16. 11. 2016, www.bbc.com/news/uk-37995600.

⁰⁹ Vgl. Eli Pariser, *Filter Bubble*. Wie wir im Internet entmündigt werden, München 2012.

¹⁰ Vgl. Ralph Schroeder, *Social Theory After the Internet: Media, Technology, and Globalization*, London 2018.

¹¹ Vgl. José van Dijck/Thomas Poell/Martijn de Waal, *The Platform Society. Public Values in a Connected World*, Oxford 2018, S. 9. Besonders auf die Praktiken des Datensammelns konzentriert sich Bruce Schneier, *Data and Goliath: The Hidden Battles to Collect Your Data and Control Your World*, New York 2015.

¹² Vgl. Shoshana Zuboff, *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*, Frankfurt/M.–New York 2018.

riser darin, dass zahlreiche Menschen heute in Filterblasen leben. Die Theorie der Filterblase ist freilich nicht unumstritten. So hat etwa der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen zu zeigen versucht, dass Nutzer von Internetplattformen durchaus auch gegenteilige Meinungen zur Kenntnis nehmen. Pörksen hat aber ebenfalls darauf hingewiesen, dass diese Kenntnisnahme häufig nicht neutral ist. Man nimmt eine andere Meinung nicht mehr interessiert wahr, sondern empört sich – und begibt sich auf die Webseite, auf der sie verbreitet wird, um sie zu dislikern, abzuwerten und die Person, von der sie stammt, herabzusetzen. Pörksen spricht deshalb nicht von Filterblasen, sondern von „Filter-Clash“.¹³ In der digitalen Öffentlichkeit trafen ungebremsst Parallelöffentlichkeiten aufeinander, die sich feindselig gegenüberstünden. Dadurch entstehe die „große Gereiztheit“. Die Nachrichtenfilter der Internetplattformen spielen dabei offenkundig eine zentrale Rolle.

Algorithmen produzieren die erwünschten Ergebnisse für denjenigen, der den Algorithmus programmiert. Diese erwünschten Ergebnisse können mit den Wünschen der Nutzer übereinstimmen, vorwiegend aber dienen sie dem Interesse der Plattformbetreiber und ihrer zahlenden Kunden, mit den Daten der Nutzer Geld zu verdienen. Die Trennung in zwei Arten von Nutzern – ausschließlich mit ihren Daten zahlende und mit Geld zahlende Nutzer, die sich als primäre und sekundäre Nutzer unterscheiden lassen – führt zu einer fundamentalen Spaltung: So sortiert Googles Suchmaschinenalgorithmus die Suchergebnisse keineswegs in erster Linie nach dem, was den Nutzer interessiert, sondern nach dem, was die zahlende Kundschaft als Ergebnis prioritär präsentiert haben möchte. Facebooks Newsfeed-Algorithmus bestimmt die Relevanz von Nachrichten nach den Onlineaktivitäten von „Freunden“, wobei die „Freunde von Freunden“, also erneut die zahlenden Kunden, die Richtung vorgeben. Damit werden die Ergebnisse von Suchanfragen nicht von den Interessen der primären Nutzer bestimmt, sondern von den Interessen der sekundären Nutzer, auf die hin die Algorithmen programmiert werden.

Für die allermeisten Nutzer sind die so vorgegebenen Sortierkriterien undurchschaubar. Der

amerikanische Rechtswissenschaftler Frank Pasquale spricht deshalb davon, dass das Internet eine „Black Box Society“ produziert habe.¹⁴ Weil die Nutzer die Plattformen scheinbar kostenlos nutzen können, tatsächlich aber mit ihren Daten bezahlen, ist es den großen Onlineplattformen Google (Youtube), Meta (Facebook, Instagram), Tiktok oder Amazon möglich, die Bedürfnisse, Wünsche und Interessen ihrer Nutzer aus deren Suchverläufen, ihren Aufmerksamkeitsspannen, ihren Kommunikationsgewohnheiten und ihren Kaufinteressen genau zu analysieren, um auf ihren Plattformen gezielte Werbung für im Prinzip jeden individuellen Nutzer schalten zu können. Dass sich damit nicht nur Produkt-, sondern auch Wahlpräferenzen ergründen und anschließend entsprechend steuern lassen, zeigte spätestens der Fall von Cambridge Analytica (CA), ein Datenanalyseunternehmen, das Donald Trumps Kampagne im Präsidentschaftswahlkampf 2016 möglicherweise mit zum Sieg verhalf. Die Daten dafür hatte CA von Facebook bekommen – ob tatsächlich unfreiwillig, wie Meta-CEO Mark Zuckerberg behauptete, als die Sache aufflog, oder weil Facebook die Daten an Cambridge Analytica verkauft hat, sei dahingestellt. CA jedenfalls konnte damit Facebook-User sehr genau adressieren: Die radikalen Anhänger Trumps bekamen radikale Posts und Bilder eines aggressiven Trump zu sehen, die eher Moderaten oder Unentschiedenen „vernünftiger“ Äußerungen zu ökonomischen Themen und Bilder der sympathisch wirkenden Ivanka Trump. Nicht nur dieses Beispiel macht deutlich, dass Algorithmen eminent politisch sind.¹⁵

Weniger auf Algorithmen als auf die Neigungen von Menschen setzt dagegen der von dem amerikanischen Rechtswissenschaftler und Politikberater Cass Sunstein geprägte Begriff der Echokammer (*echo chamber*).¹⁶ Er beschreibt damit das Phänomen, dass viele Menschen in sozialen Netzwerken dazu neigen, sich mit Gleichgesinnten zu umgeben und sich dabei gegenseitig

¹³ Vgl. Bernhard Pörksen, *Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung*, München 2018, bes. S. 213–218.

¹⁴ Vgl. Frank Pasquale, *The Black Box Society: The Secret Algorithms That Control Money and Information*, Cambridge, MA 2015.

¹⁵ Vgl. Sabine Müller-Mall, *Freiheit und Kalkül. Die Politik der Algorithmen*, Stuttgart 2020. In eine ähnliche Richtung gehend: Alexander Bogner, *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*, Stuttgart 2021.

¹⁶ Vgl. Cass R. Sunstein, *#Republic: Divided Democracy in the Age of Social Media*, Princeton 2017, bes. S. 5–13 u. S. 114–118.

in der eigenen Position zu verstärken. Das geschieht durchaus auch im realen Leben und ist insofern kein Spezifikum der Kommunikation im Netz. Man freundet sich eher mit Gleichgesinnten an als mit Menschen, die völlig andere Auffassungen haben. Aber im realen Leben kann man seine Sozialkontakte deutlich schlechter steuern; man trifft zwangsläufig auch mit Menschen zusammen, die andere Meinungen vertreten. Online vernetzt man sich dagegen sehr viel leichter und schneller mit Menschen, deren Überzeugungen man teilt – indem man sich in deren „Follower“ verwandelt und dadurch mit zahlreichen anderen Internetnutzern und Seiten in Kontakt kommt, in denen sich gleiche Meinungen bündeln. Dadurch entsteht eine fatale Dynamik: Befeuert durch die Echokammer verbreiten sich die innerhalb einer Gruppe konsensfähigen Inhalte und die ihnen zugeordneten verstärkenden Kommentare in den sozialen Netzwerken wie ein Lauffeuer. Wer den Konsens der Gruppe am besten trifft, wird „geteilt“ und „gelikt“.

In der virtuellen Welt ereignet sich damit das, was die Medienhistorikerin Anja Breljak *social heating* nennt: „Debatten und Protestaktionen geraten schneller in die Öffentlichkeit denn je, gerade dann, wenn sie provozieren. Zugespitzte Titel, schockierende Bilder, Falschnachrichten werden, je mehr Empörung oder Anteilnahme sie auslösen, je schneller sie geteilt und wiedergegeben werden, umso weitläufiger durch die Knoten des Netzes katapultiert. Protestaktionen, je erschreckender, skandalisierbarer, schriller oder überraschender sie sind, finden umso mehr Aufmerksamkeit.“¹⁷ Auf der anderen Seite findet in realen Sozialbeziehungen nicht selten ein *social cooling* statt, je mehr Menschen sich auf Plattformen mit Gleichgesinnten vernetzen. Gewöhnt an Zustimmung innerhalb einer Empörungsgemeinschaft, stört man sich zunehmend an denjenigen, die einem in der realen Welt widersprechen oder verlangen, man solle sich in seinen Äußerungen mäßigen.

Auch dieses Phänomen hat sich nicht ohne Algorithmen und kommunikative Affordanzen, also eine durch das Bereitstellen bestimmter

kommunikativer Möglichkeiten geschaffene Optionsstruktur, entwickelt. So hat die Einführung von fünf Emojis durch Facebook im Jahr 2016 – Herz, lachendes Gesicht, erstauntes Gesicht mit aufgerissenem Mund, trauriges Gesicht mit heruntergezogenen Mundwinkeln und wütendes Gesicht mit zusammengezogenen Augenbrauen, verkniffenem Mund und rotem Kopf – extrem steuernd in die Kommunikation eingegriffen.¹⁸ Emojis sind sehr viel geeigneter, eine Echokammer zu produzieren, weil sie nicht ein begründbares Urteil, sondern eine Emotion symbolisieren. Nach Untersuchungen von politischen Kommentaren auf Facebook-Seiten sind die am häufigsten verwendeten Emojis der Lach- und der Wutbutton. Wie der Datenanalyst Josef Holnburger in einer Untersuchung der Reaktionen auf die Mitteilungen deutscher Parteien auf deren Facebook-Seiten gezeigt hat, war seinerzeit die häufigste Reaktion auf AfD-Meldungen der Wutbutton.¹⁹ Damit bildeten sich nicht nur Meinungs- oder Überzeugungsgemeinschaften, sondern *emotionale* Gemeinschaften, die als Empörungsgemeinschaften funktionieren und daraus das Recht ableiten, andere zu schmähen und herabzusetzen. Hatespeech kann sich so einigermmaßen ungehemmt verbreiten.

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIGITALE TROLLE

Die entscheidende Voraussetzung dieser kommunikativen Transformationen war der Artikel 230 des US-amerikanischen Communications Decency Act von 1996, der die Internetplattformen von der Verantwortung für die verbreiteten Inhalte entband, indem er festlegte, dass diese nicht als Urheber oder Herausgeber dieser Inhalte anzusehen seien. Onlineunternehmen wie Facebook, Google oder Twitter mussten also nicht eingreifen, um Hassrede auf ihren Plattformen zu verhindern, außer bei klaren Verstößen gegen das Strafrecht. Sie durften aber moderierend eingreifen, ohne dass damit eine erweiterte Verantwortung für die Inhalte einhergegangen wäre. Ausschlaggebend war das *First Amendment* der

¹⁷ Vgl. Anja Breljak, Die Zeit der Datenmaschinen. Zum Zusammenhang von Affekt, Wissen und Kontrolle im Digitalen, in: Rainer Mühlfeld/dies./Jan Slaby (Hrsg.), Affekt – Macht – Netz. Auf dem Weg zu einer Sozialtheorie der Digitalen Gesellschaft, Bielefeld 2019, S. 37–54, hier S. 51.

¹⁸ Jenseits der Facebook-Buttons können in Kommentaren auf Internetseiten zahlreiche weitere Emojis eingesetzt werden.

¹⁹ Vgl. Josef Holnburger, Rechte Wutwelt. Emojis in den Facebookkommentaren deutscher Parteien, 11.8.2017, <https://x.com/holnburger/status/895925856559931392>.

amerikanischen Verfassung, das jedem Einzelnen das Recht auf freie Meinungsäußerung zugesteht. Dieses Individualrecht wurde in Artikel 230 auch auf die Plattformen bezogen und gewährte ihnen damit vollständige Freiheit, in Kommunikationen einzugreifen – oder eben auch nicht. Onlineplattformen gelten seitdem weder als klassische Medien, die Verantwortung für die auf ihren Seiten stattfindende Kommunikation übernehmen müssen, noch als Telekommunikationsanbieter, die zur Neutralität verpflichtet wären. Dieses unter US-Präsident Bill Clinton verabschiedete Gesetz öffnete die Büchse der Pandora: Seitdem steht es Onlineplattformen frei, jegliche Art von Inhalt zuzulassen oder Inhalte ohne Angabe von Gründen einzuschränken. Die Moderationsmöglichkeiten, die ihnen das Gesetz gibt, haben die Plattformen nur zeitweise – und freilich nur in geringem Umfang – genutzt. Zugleich sind diese Eingriffe zum Schutz vor den übelsten Auswüchsen von Diskriminierung und Schmähung demokratietheoretisch nicht unproblematisch, denn sie delegieren an private Plattformen, was eigentlich Aufgabe des demokratischen Rechtsstaats sein müsste. Seit der Wiederwahl von Donald Trump sind aber selbst diese seltenen Eingriffe passé: Plattformbetreiber wie Mark Zuckerberg haben unmittelbar nach Trumps Wahl erklärt, keine weiteren „Einschränkungen der Meinungsfreiheit“ zuzulassen, also keine Einschränkung von Hatespeech mehr vorzunehmen.

Ein weiteres Problem ist durch sogenannte Social Bots entstanden. Diese ersetzen inzwischen zunehmend leibhaftige Trolle und machen im Sinne ihrer Auftraggeber Stimmung. Social Bots sind ebenfalls von Algorithmen gesteuerte Programme, die vortäuschen, echte Personen mit Wissen, Meinungen und Emotionen zu sein. Das gelingt ihnen durch die Nachahmung menschlicher Kommunikation. Diese Nachahmung wird dadurch begünstigt, dass sich die Kommunikation auf den Internetplattformen deutlich vereinfacht hat: Durch die Begrenzung von Zeichenzahlen auf Plattformen wie Twitter/X oder die Nutzung von Emojis und leicht nachahmbaren Parolen gelingt es schon mit einfachen Bots, menschliche Meinungsäußerungen täuschend echt nachzubilden. Sie sorgen durch tausendfach variierte Kommentare, vor allem aber durch Likes, Shares und Emojis dafür, dass ihre Botschaften im Netz mithilfe der Algorithmen verbreitet werden.

Der Politikwissenschaftler und IT-Experte Simon Hegelich führte schon 2016 bei einer Klausurtagung der österreichischen Verleger vor, wie einfach das geht: 10 000 Twitter-Konten waren damals für 499 Dollar zu haben. Diese mit Roboterintelligenz auszustatten, kostete ebenfalls so gut wie nichts. Schon damals schätzte Hegelich, dass rund ein Drittel aller Twitter-„Nutzer“ Social Bots waren – mit steigender Tendenz.²⁰ Facebook hat im selben Jahr die Zahl der Bot-Accounts weltweit mit rund 15 Millionen veranschlagt – was zweifellos deutlich untertrieben war. Mittlerweile ist deren Steuerung so intelligent, dass sie nicht mehr sofort auffallen; vor wenigen Jahren konnte man sie mitunter noch an den russischen Internetadressen der „Fans“ mancher Politiker erkennen. Mittlerweile sind die Tarnungen sehr viel professioneller, und es ist nur ein wenig teurer geworden, sich echt erscheinende Bots zu kaufen. Fraglos sind damit die sozialen Netzwerke zum idealen Nährboden für jedwede Propaganda geworden, zumal der Einsatz der Roboter für die Betreiber risikolos und schwer nachweisbar ist.

Die vormalige „Anwesenheitskommunikation“ hat sich also in die „Abwesenheitskommunikation“ der Onlineplattformen verlagert, die allgemein als Soziale Medien bezeichnet werden. Diese Begriffsprägung diente einmal dazu, sie begrifflich von den Informationsmedien zu trennen und zu betonen, dass es sich um Orte der vorwiegend privaten Kommunikation handele, die eine stabile Vernetzung mit abwesenden Freunden oder Familienmitgliedern ermögliche. Tatsächlich handelt es sich aber um Plattformen, die zu einer Vermischung von privater und öffentlicher, von persönlicher und politischer, von informationeller und emotional geprägter Kommunikation geführt haben. Diese Vermischung wird von den Algorithmen der Internetgiganten und von Social Bots vorangetrieben, die Kommunikation in hohem Maße steuern. Sie wird aber auch von dem Bedürfnis nach Gemeinschaftsbildung und Übereinstimmung vorangetrieben, die zu Echokammern führt. Die scheinbare Unmittelbarkeit der Kommunikation ist in Wirklichkeit über alle Maßen vermittelt.

Diese Vermittlung von Kommunikation bei scheinbarer Unvermitteltheit hat den demokrati-

²⁰ Vgl. Simon Hegelich, *Invasion der Meinungsroboter*, Konrad Adenauer Stiftung, Analysen & Argumente 221, September 2016.

schen Diskurs völlig verändert. Nicht mehr Austausch, sondern Ablehnung, Wut und Empörung beherrschen die Kommunikation. Die *Many-to-Many*-Kommunikation hat den demokratischen Diskurs damit nicht befördert, sondern sie gefährdet ihn, weil im Hintergrund dieser Kommunikation die Plattformen in vielfältiger Weise steuernd eingreifen. Aus der Schwarmdemokratie ist so unter der Hand eine Plattformdemokratie geworden. Die mit dem Internet verbundenen Hoffnungen haben sich in einen kommunikativen Albtraum verwandelt, der die auf sachliche Kommunikation und den ungefilterten Austausch von Meinungen angewiesene Demokratie grundlegend gefährdet.

WIE DEMOKRATIEN GEFÄHRDET WERDEN

Nun könnte man meinen, dass diese Gefährdungen der Demokratie überwindbar sind. Kann man nicht beobachten, dass Demokratien trotz allem stabil sind? Ist nicht Donald Trump nach seiner ersten Präsidentschaft trotz seiner aggressiven Follower wieder abgewählt worden? Hat das damalige Twitter ihn und andere nicht wegen ihrer Hetzreden und nachweislichen Lügen von der Nutzung der Plattform ausgeschlossen und gesperrt? Gelingt es nicht zahlreichen Oppositionellen auf der ganzen Welt, mithilfe des Internets Informationen zu verbreiten, die der Propaganda autokratischer Regierungen widersprechen? Das alles ist zweifellos richtig. Aber für die Destabilisierung von Demokratien bedarf es auf den Internetplattformen, wie der Einsatz von Social Bots verdeutlicht, einer relativ geringen Zahl von gezielt handelnden Akteuren, die sich als „Scheinriesen“ präsentieren können. Die Plattformen können zahlenden Nutzern eine Reichweite für propagandistische Kampagnen zur Verfügung stellen, die in der medialen Konstellation vor dem Internet nicht zu erlangen gewesen wäre. Und sie können dafür sorgen, dass die Kampagnen so perfekt auf die einzelnen Nutzer zugeschnitten werden, dass ihre Wirksamkeit um ein vielfaches höher ist. Donald Trump ist zwar abgewählt worden, aber er hat seine Wahlniederlage nie anerkannt – und dann unter Nutzung seines selbstgegründeten und euphemistisch benannten Netzwerks Truth Social eine gespaltene Nation hinterlassen, um seine Wiederwahl vorzubereiten.

Auch in Europa sind Demokratien in den vergangenen Jahren zunehmend unter Druck geraten, besonders deutlich in Polen und Ungarn, wo Parteien mit Mehrheiten gewählt worden sind, die auf Empörung, Ablehnung und Ausgrenzung setzen und den demokratischen Rechtsstaat untergraben, wo immer es ihnen möglich ist. Auch wenn in Polen zwischenzeitlich ein bemerkenswerter Turnaround gelungen war, ist mit dem Ausgang der jüngsten Präsidentschaftswahl schon wieder fraglich, ob dieser Erfolg von Dauer sein wird. In Rumänien hat bei der dortigen Präsidentschaftswahl im Dezember 2024 mit Călin Georgescu ein rechtsextremer Kandidat im ersten Wahlgang die relative Mehrheit der Stimmen gewinnen können, der bis dahin völlig unbekannt war und seinen Wahlkampf vorwiegend auf Onlineplattformen betrieben hat. Nach der Annullierung der Wahl durch das rumänische Verfassungsgericht wegen des Verdachts der massiven Wahlbeeinflussung durch Russland erhielt bei der Neuwahl Anfang Mai mit George Simion zwar ein bekannterer Kandidat die meisten Stimmen, aber auch er ist ein Rechtsextremist, der seinen Wahlkampf vorwiegend auf das Internet ausgerichtet hat. Auch wenn er in der Stichwahl knapp unterlag, weil alle anderen Parteien schließlich den unabhängigen Kandidaten Nicușor Dan unterstützten, zeigt Simions Erfolg doch, welche Effekte sich mit Online-Wahlkämpfen erzielen lassen. Der Vorgang sollte allen liberalen Demokraten eine Warnung sein: In der Plattformdemokratie bedarf es keiner Zwangsmittel, um die von interessierten Kreisen erwünschten Ergebnisse zu erzielen. Die Steuerung der *Many-to-Many*-Kommunikation durch Filterblasen und Echokammern bedient diese Interessen sehr viel effektiver.

MARINA MÜNKLER

ist Professorin für ältere und frühneuzeitliche deutsche Literatur und Kultur an der Technischen Universität Dresden.

Der APuZ-Podcast

Ein Thema, 30 Minuten, jeden 1. Mittwoch im Monat



Im Podcast »Aus Politik und Zeitgeschichte« suchen wir Antworten aus unterschiedlichen Perspektiven – von Historikerinnen, Politikwissenschaftlern und Soziologen, Wirtschaftsexpertinnen und Juristen, aber auch Weltraumforschern, Stadtplanerinnen und Literaten.

In jeder Folge geht es 30 Minuten lang um ein komplexes Thema – mit Hintergründen und Einblicken, wissenschaftlich fundiert, kontrovers und überraschend. Moderiert von Sarah Zerback.

bpb.de/apuz-podcast

und überall, wo Sie Podcasts hören.

DIE MISCHUNG MACHT'S!

Bürgerwünsche zur Reform der Parteiendemokratie

*André Bächtiger · Seraphine Arnold · Franziska Maier · Anja Rieker ·
Vanessa Schwaiger · Eva-Maria Trüdinger*

Gibt es eine Zukunft für die Parteiendemokratie und das damit verbundene repräsentative System? Angesichts aktueller Disruptionen, insbesondere mit Beginn der zweiten Amtszeit von US-Präsident Donald Trump, hat diese Frage neue Brisanz gewonnen. Nicht nur findet in einigen Ländern eine Aushöhlung demokratischer Normen und Institutionen statt, sondern es zeigt sich in vielen Systemen auch eine wachsende Unzufriedenheit der Bürger*innen mit den Leistungen von Parteien und repräsentativen Institutionen.

Ein möglicher Grund für diese Entwicklungen ist die von vielen Menschen geteilte Annahme, dass die Parteiendemokratie nicht in der Lage ist, existenzielle Krisen wie den Klimawandel zu bewältigen oder wirtschaftliche Ungleichheiten zu beseitigen. Die aktuelle Jugendstudie Baden-Württemberg etwa zeigt sogar eine gestiegene Offenheit der Jugendlichen gegenüber autoritären Führungsstilen: Erklärten 2022 noch 30 Prozent der Befragten ihre Sympathie für ein „durchsetzungsfähiges Staatsoberhaupt“, sind es in der jüngsten Befragung von 2024 bereits 41 Prozent.⁰¹ Aber nicht nur starke und durchsetzungsfähige Führungspersonen sind offenbar beliebt, in vielen Demokratien gibt es zugleich einen starken und andauernden Wunsch nach mehr Bürger*innenbeteiligung. In Deutschland stimmen zum Beispiel 87 Prozent der befragten Erwachsenen der Aussage zu, Volksabstimmungen seien ein notwendiger Bestandteil der Demokratie.⁰² Gleichzeitig ist das repräsentative Modell nicht so unbeliebt, wie man angesichts dieser Zahlen vielleicht vermuten könnte: Knapp 85 Prozent der befragten Bürger*innen sahen es 2020 als essenzielles Element einer Demokratie an, dass Menschen ihre Volksvertreter in freien Wahlen wählen.⁰³

Welches Regierungssystem wünschen sich Bürger*innen nun also im 21. Jahrhundert? Konventionelle Umfragen können diese Frage nur be-

dingt beantworten, da viele Befragte offenkundig mehrere institutionelle Optionen gleichzeitig als wichtig erachten. Dies macht es schwierig, aus solchen Ergebnissen konzise Schlussfolgerungen zu ziehen: Einerseits könnten sie ein Hinweis darauf sein, dass Bürger*innen schlicht überfragt sind und keine klar ausgebildeten Präferenzen haben. Andererseits könnten sie aber auch darauf hindeuten, dass Bürger*innen „gemischte“ Regierungssysteme wünschen, in denen repräsentative, direktdemokratische (zum Beispiel Volksabstimmungen), lottokratische (Entscheidungen durch zufällig ausgewählte Bürger*innen), expertokratische (Entscheidungen durch Expert*innen) und Elemente exekutiver Steuerung (etwa durch ein durchsetzungsfähiges Staatsoberhaupt) kombiniert werden. Wir zeigen im Folgenden, dass genau dies der Fall ist.⁰⁴

„Gemischte“ Regierungssysteme, die verschiedene Elemente gleichberechtigt kombinieren, gab es historisch schon im alten Athen, aktuell gibt es sie beispielsweise in der Schweiz, wo direktdemokratische und repräsentative Elemente eng miteinander verschränkt sind. Solche gemischten Systeme sind nicht nur bei den Bürger*innen beliebt, sie können auch intelligentes Regieren befördern und die Zufriedenheit mit der Demokratie steigern.

INSTITUTIONELLE REFORMEN

Das Nachdenken über demokratische Designs und Reformen ist bis heute stark „modellbasiert“: Viele Reformvorschläge zur Verbesserung aktueller Demokratien beziehen sich lediglich auf *ein* institutionelles Modell. So wird zum Beispiel über Reformmaßnahmen häufig ausschließlich im Rahmen der repräsentativen Demokratie nachgedacht, etwa, wenn in Deutschland über die Zusammenlegung von Wahlkreisen oder die Amtszeitbegrenzung für Abgeordnete diskutiert

wird. Auf der anderen Seite der Diskussion stehen Befürworter*innen von Bürgerbeteiligungsmodellen, denen die vollständige Ersetzung repräsentativer Institutionen vorschwebt, weil diese aus ihrer Sicht bei der Bewältigung existenzieller Krisen wie dem Klimawandel versagen. Claudia Chwalisz etwa, die Begründerin von DemocracyNext, einer Organisation, die sich weltweit für Bürgerräte einsetzt, sähe repräsentative Institutionen gerne gänzlich durch lottokratische ersetzt.⁰⁵ Allerdings entsprechen solche modellbasierten Reformvorschläge nicht zwangsläufig den Wünschen der Bürger*innen. Mit Blick auf Bürgerräte als mögliche Alternative zu repräsentativen Institutionen zeigen etwa aktuelle Studien,⁰⁶ dass diese zwar vielfach als attraktive Innovation wahrgenommen werden, die Bürger*innen es aber klar ablehnen, dass solche Bürgerräte verbindliche Entscheidungen treffen. Mehr Wissen über oder Erfahrung mit Bürgerräten führt bei den Befragten zwar zu einer größeren Offenheit gegenüber den Befugnissen von Bürgerräten, aber auch dann präferieren sie nicht eindeutig mehr Machtbefugnisse für diese. Auch das deutet darauf hin, dass viele Bürger*innen nicht einfach das eine vorhandene Modell demokratischen Regierens durch ein anderes ersetzen wollen. Vielmehr könnte sich dahinter ein Wunsch nach gemischten Modellen verbergen.

Dieser Wunsch wird plausibel, wenn man „problemorientiert“ über institutionelle Designs nachdenkt. Problemorientiertes Denken fragt zu-

nächst danach, welche Probleme demokratische Institutionen und Praktiken mit sich bringen – und welche demokratischen Prinzipien durch Reformen verwirklicht oder besser zur Geltung gebracht werden sollen. Das erlaubt im Anschluss eine zielgerichtete Auswahl geeigneter Institutionen.⁰⁷ Da Bürger*innen in der Regel verschiedene Dinge problematisieren und unterschiedliche Prinzipien verwirklicht sehen wollen, scheinen solche gemischten Modelle besonders geeignet für Reformüberlegungen. Tatsächlich gibt es kein institutionelles Modell von Demokratie, das in der Lage wäre, alle Probleme gleichzeitig zu lösen oder alle gewünschten Prinzipien gleichermaßen zu gewährleisten. Genauso wenig gibt es Demokratiemodelle ohne jegliche institutionelle Schwäche.

Wir haben 2023 im Rahmen eines Forschungsprojekts Bürger*innen in Deutschland gefragt, was aus ihrer Sicht die wichtigsten Probleme der deutschen Demokratie sind.⁰⁸ Es zeigt sich, dass die Menschen in der Tat multiple Probleme sehen: Jeweils knapp über 30 Prozent der Befragten sind beispielsweise der Meinung, dass Abgeordnete zu wenig fachliche Kompetenzen hätten, die Politik zu langsam sei und Interessenverbände zu viel Einfluss auf die Politik ausüben. Ebenfalls fast 30 Prozent beklagen, dass Politiker*innen die Interessen der Bürger*innen zu wenig berücksichtigten. Unterschiede zeigen sich auch bei den wichtigsten demokratischen Prinzipien, die präferiert werden: Neben grundlegenden demokratischen Werten wie Meinungsfreiheit und Gerechtigkeit werden zum Beispiel auch Aspekte institutioneller Entscheidungsfindung wie Kompetenz und Transparenz als wichtig angesehen.

Weder das repräsentative noch das lottokratische noch das direktdemokratische Modell kann die genannten Probleme und Prinzipien im Alleingang lösen beziehungsweise realisieren. Im repräsentativen Modell beispielsweise müssen sich Abgeordnete mit einer Vielzahl von politischen Themen beschäftigen, was mit der von Bürger*innen gewünschten starken Fachkom-

01 Vgl. Jugendstudie Baden-Württemberg 2024, Stuttgart 2025, https://km.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-km/intern/PDF/Dateien/Jugend/Jugendpolitik/Jugendstudie-BW-2024_Endbericht.pdf.

02 Vgl. GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, ALLBUScompact 2018, GESIS Datenarchiv, Köln 2019, ZA5271, <https://doi.org/10.4232/1.13273>.

03 Vgl. die Daten des World Values Survey für Deutschland, Wave 7 (2017–2022), www.worldvaluessurvey.org/WVSDocumentationWV7.jsp.

04 Dieser Beitrag wurde unterstützt durch den European Research Council (ERC), Projekt-Nummer 101054111.

05 Siehe www.demnext.org.

06 Vgl. Saskia Goldberg/André Bächtiger, Catching the „Deliberative Wave“? How (Disaffected) Citizens Assess Deliberative Citizen Forums, in: British Journal of Political Science 1/2023, S. 239–247; Saskia Goldberg/Marina Lindell/André Bächtiger, Empowered Minipublics for Democratic Renewal? Evidence from Three Conjoint Experiments in the United States, Ireland, and Finland, in: American Political Science Review 2024, S. 1–18, <https://doi.org/10.1017/S0003055424001163>.

07 Vgl. Mark E. Warren, A Problem-Based Approach to Democratic Theory, in: American Political Science Review 1/2017, S. 39–53; Michael Saward, Democratic Design, Oxford 2021.

08 Vgl. André Bächtiger et al., Democratic Preferences in Germany and the US. Pre-Registered Survey, 2023, <https://osf.io/xwnuk>.

petenz nur schwer zu vereinen ist. Expertokratische Gremien könnten diese Fachkompetenz beisteuern, haben aber den gewichtigen Nachteil, dass ein Abwahlmodus fehlt, wenn sie aus Sicht der Bürger*innen schlechte Arbeit leisten. Lottokratische Bürgerräte wiederum können Gemeinwohlinteressen befördern und etwa den Einfluss von Interessenverbänden zurückdrängen,⁰⁹ doch da durch das Losverfahren nur eine sehr kleine Gruppe von Bürger*innen zur Entscheidungsfindung ausgewählt wird, wird die Idee der Teilhabe *aller* Bürger*innen unterminiert – die aber entscheidend für das Gefühl ist, tatsächlich an den Entscheidungen partizipieren zu können und beteiligt zu sein. Direkte Teilhabe wiederum kann über direktdemokratische Instrumente wie Volksabstimmungen ermöglicht werden, birgt aber die Gefahr, unreflektierte Meinungsbildung zu befördern.

Problembasiertes Denken lenkt den Blick weg von der Suche nach einem einzigen perfekten institutionellen Modell, das alle Herausforderungen löst und all unsere demokratischen Werte in sich vereint. Stattdessen rückt die Frage nach der optimalen Kombination verschiedener Praktiken und Institutionen in den Vordergrund. Damit einher geht ein erweitertes Verständnis demokratischer Systeme: Diese werden nicht mehr über einzelne Institutionen wie Wahlen definiert, sondern über das Zusammenspiel vielfältiger Praktiken wie Wählen, Deliberation oder auch Protest und Mobilisierung.¹⁰ Die politische Philosophin Alice el-Wakil veranschaulicht dieses Verständnis mit dem Bild eines „blended drink“, der „two or more different types of the same product“ kombiniert – so wie ein Blended Whisky.¹¹ Ziel institutionellen Designs und demokratischer Reformen ist es aus dieser Sicht, kreative und für den jeweiligen Kontext passende Kombinationen verschiedener demokratischer Elemente zu entwickeln.¹²

Die empirische Forschung zu institutionellen Präferenzen war lange Zeit ebenfalls einem modellbasierten Denken verhaftet. Sie ging davon

aus, dass Menschen entweder Politiker*innen, Bürger*innen, Expert*innen oder ein durchsetzungsfähiges Staatsoberhaupt als zentrale Entscheidungsträger bevorzugen.¹³ Gleichzeitige Präferenzen für unterschiedliche Entscheidungsträger wurden als einander ausschließend angesehen und als inkonsistente Präferenzen taxiert. Wenn wir problembasiertes Designen ernst nehmen, müssen wir den Blick aber gerade auf diese gemischten Präferenzen richten. Das erfordert von der Politikwissenschaft auch methodische Innovationen in der Messung dieser Präferenzen.

WAS SAGT DIE EMPIRIE?

Die empirische Forschung zu Demokratiepräferenzen deutet darauf hin, dass Bürger*innen tatsächlich gemischte Demokratiemodelle bevorzugen. Ein Deliberationsexperiment¹⁴ mit deutschen Bürger*innen aus dem Jahr 2016 etwa hat gezeigt, dass die Mehrheit der Beteiligten ein gemischtes Modell aus repräsentativen, deliberativen und direktdemokratischen Elementen bevorzugt.¹⁵ Dieser Wunsch zeigt sich auch in zahlreichen Folgestudien: So ergab ein Conjoint-Experiment¹⁶ im Rahmen der Jugendstudie Baden-Württemberg 2022, dass Jugendliche das Parlament einem Bürgerrat und einem durchsetzungsfähigen Staatsschef als zentrale demokratische Institution vorziehen. Gleichzeitig wünschen sich viele jedoch, dass die parlamentarischen Entscheidungen

09 Vgl. Samuel Bagg, *Sortition as Anti-Corruption: Popular Oversight Against Elite Capture*, in: *American Journal of Political Science* 1/2024, S. 93–105.

10 Vgl. Warren (Anm. 7).

11 Vgl. Alice el-Wakil, *Government with the People. The Value of Facultative Referendums in Democratic Systems*, Dissertation, Universität Zürich 2020.

12 Vgl. Saward (Anm. 7).

13 Vgl. Åsa Bengtsson/Henrik Christensen, *Ideals and Actions: Do Citizens' Patterns of Political Participation Correspond to Their Conceptions of Democracy?*, in: *Government and Opposition* 2/2016, S. 234–260; Sergiu Gherghina/Brigitte Geissel, *Linking Democratic Preferences and Political Participation: Evidence from Germany*, in: *Political Studies* 1/2017, S. 24–42.

14 In einem Deliberationsexperiment erhalten Teilnehmende Informationen zu einer Fragestellung und wägen diese dann über Pro- und Contra-Argumente ab, was eine wohlüberlegte Meinungsäußerung garantiert.

15 Vgl. Saskia Goldberg/Dominik Wyss/André Bächtiger, *Deliberating or Thinking (Twice) About Democratic Preferences: What German Citizens Want from Democracy*, in: *Political Studies* 2/2020, S. 311–331; siehe auch Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Vielfältige Demokratie. Kernergebnisse der Studie „Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden“*, Gütersloh 2014, www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Vielfaeltige_Demokratie.pdf.

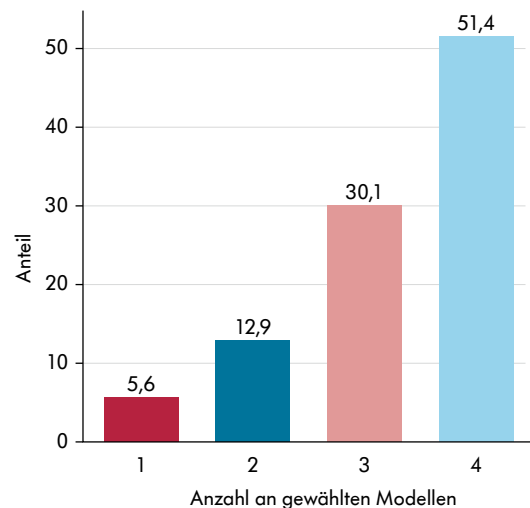
16 In Conjoint-Experimenten müssen die Befragten verschiedene Szenarien mit zufällig zusammengesetzten Merkmalen (zum Beispiel von demokratischen Institutionen) bewerten.

mit direktdemokratischen Referenden verknüpft und Expert*innen während des Prozesses eingebunden werden.¹⁷ Ein weiteres Conjoint-Experiment mit Erwachsenen in Deutschland und den USA kommt zu ähnlichen Ergebnissen und zeigt einen generellen Wunsch nach der Einbindung unterschiedlicher Akteure in den demokratischen Entscheidungsprozess.¹⁸ Diese bisherigen Experimente untersuchen allerdings weniger die „Gesamtgestaltung“ von demokratischen Systemen, sondern vielmehr, wie politische Entscheidungsprozesse in verschiedenen Politikbereichen – zum Beispiel der Migrations- oder der Sozialpolitik – ausgestaltet werden sollten, um Unterstützung zu erhalten.

Eine effektive Methode zur Erfassung komplexer Modellpräferenzen sind sogenannte *Constant-Sum-Fragen*. Dabei verteilen die Befragten eine festgelegte Anzahl von Punkten auf verschiedene Optionen. Dies zwingt sie, Prioritäten zu setzen und die relative Bedeutung von Alternativen abzuwägen. Im Gegensatz zu klassischen Ratingskalen, bei denen die Befragten auf einer Skala angeben, inwieweit sie bestimmte Akteure in politischen Entscheidungen unterstützen oder ablehnen, ermöglicht die Constant-Sum-Methode eine differenziertere Analyse von komplexen Präferenzen. Sie erfasst nicht nur die bevorzugten Optionen, sondern auch die Intensität der Unterstützung für ein Modell im Vergleich zu anderen Modellen. Eine aktuelle Studie aus Großbritannien zeigt zum Beispiel auf Basis einer Constant-Sum-Frage, dass eine deutliche Mehrheit der Bürger*innen – knapp 70 Prozent – Entscheidungsprozesse mit mehreren Akteuren bevorzugt.¹⁹

Im Rahmen unseres DDME-Projekts („Designing Democracy on Mars and Earth“)²⁰ haben wir

Abbildung 1: Häufigkeit kombinierter Demokratie-modelle (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung

eine Constant-Sum-Frage genutzt, bei der die Befragten 100 Punkte zwischen verschiedenen Regierungsmodellen – repräsentativ, „partizipatorisch“ (direktdemokratisch und/oder lottokratisch), expertokratisch und exekutiv (durchsetzungsfähiges Staatsoberhaupt) – verteilen konnten. Hierdurch konnten sie entweder verschiedene Modelle kombinieren oder auch all ihre Punkte für ein einziges Regierungsmodell vergeben. Die Ergebnisse basieren auf einem Pretest im Rahmen einer Onlineumfrage mit 319 Befragten im Januar 2024.²¹ *Abbildung 1* zeigt, wie die Beteiligten das deutsche System reformieren würden: Eine überwältigende Mehrheit der Teilnehmenden bevorzugt gemischte Modelle. Mehr als die Hälfte der Befragten kombiniert alle vier Modelle, und insgesamt über 80 Prozent integrieren mindestens drei Modelle. Lediglich etwa 6 Prozent präferieren ein einzelnes Demokratiemodell. Unter den Befragten, die mindestens zwei Modelle kombinieren, erhält das repräsentative Modell in der typischen Verteilung (Geometrisches Mittel)²² den größten Anteil mit rund 23 Prozent, dicht gefolgt vom ex-

17 Vgl. Vanessa Schwaiger/André Bächtiger, „Stick to the Status Quo“? A Conjoint Experiment with German Adolescents on Democratic Designs, in: *European Journal of Political Research* 2/2025, S. 851–863.

18 Vgl. Eva-Maria Trüdinger et al., *Good News for Democracy: Citizens Do Not Want Strong Leaders, but Rather Inclusive Representative Institutions with Checks and Balances*, unveröff. Manuskript, 2024.

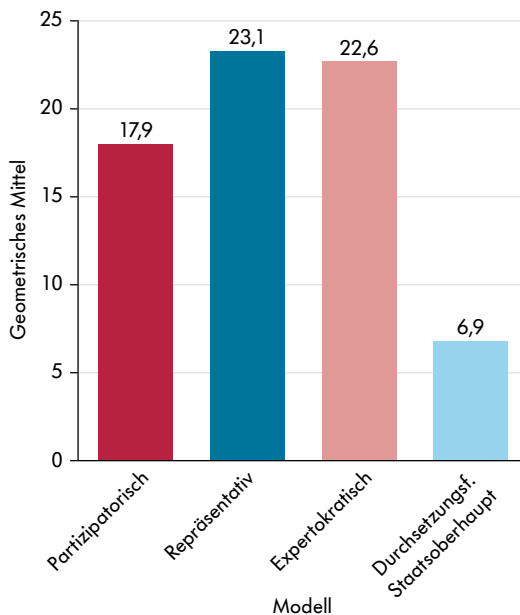
19 Vgl. Tessa Haesevoets et al., *Who Do People Prefer to Be in Charge? An In-Depth Analysis of UK Citizens' Preferences for Politicians, Citizens, Experts, and/or Artificial Intelligence in Policymaking*, in: *Political Studies* 2025, <https://doi.org/10.1177/00323217251323406>.

20 Siehe www.sowi.uni-stuttgart.de/en/departments/pt/research/ddme.

21 Die Ergebnisse sind replizierbar in einer großen Quotenstichprobe für Deutschland. Vgl. Vanessa Schwaiger et al., *Reimagining Governance on Mars and Earth: What Citizens Want from Governance in the 21st Century*, unveröff. Manuskript, 2025.

22 Das geometrische Mittel ist ein Durchschnittsmaß für Verhältnisdaten. Es berücksichtigt – im Gegensatz zum arithmetischen Mittel – proportionale Veränderungen.

Abbildung 2: Typische Zuweisung von politischer Entscheidungsgewalt (in Prozent)



Die Abbildung zeigt, wie viel politische Entscheidungsgewalt den vier Regierungsmodellen im Durchschnitt zugewiesen wird – dem repräsentativen Modell zum Beispiel 23,1 Prozent (geometrisches Mittel).

Quelle: Eigene Darstellung

pertokratischen Modell (Abbildung 2). Das partizipatorische Modell kommt auf etwa 18 Prozent, während einem durchsetzungsfähigen Staatsoberhaupt rund 7 Prozent der Entscheidungsgewalt zugewiesen wird. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die meisten Befragten eine Kombination verschiedener Modelle bevorzugen, wobei dem repräsentativen Modell über alle Kombinationen hinweg der größte Anteil an Entscheidungsgewalt zugesprochen wird.

Darüber hinaus haben wir die Beteiligten gefragt, wie sie sich die Verteilung von Entscheidungsgewalt auf dem „Mars“ vorstellen. Mit dem Szenario einer Demokratie auf dem Mars wollten wir herausfinden, wie weit die Beteiligten gehen würden, wenn sie ein politisches System von Grund auf neu, das heißt losgelöst von Pfadabhängigkeiten, bestehenden Problemen und institutionellen Zwängen wie etwa verfassungsrechtlichen Hindernissen, entwerfen könnten. In diesem hypothetischen Mars-Szenario tendieren die Befragten in Deutschland noch stärker in Richtung gemischter Systeme: Die Beteiligten „dezentrieren“ das repräsentative Modell noch

etwas deutlicher und wünschen sich eine stärkere Einbeziehung expertokratischer und partizipatorischer Elemente in den Entscheidungsprozess.²³

Ein berechtigter Einwand ist, dass die Beteiligten solche gemischten Modelle auch deshalb wählen könnten, weil ihre institutionellen Präferenzen unklar ausgeprägt sind. Unsere Ergebnisse deuten jedoch darauf hin, dass dies zu kurz greift. Nicht nur wurden die Beteiligten in unseren Umfrageexperimenten mit den Vor- und Nachteilen der verschiedenen Modelle vertraut gemacht (die sie auch bewerten mussten), Nachanalysen zeigen auch, dass der Wunsch nach gemischten Modellen tatsächlich reflektierte Haltungen widerspiegelt. Zwei Zitate von Befragten aus Deutschland aus der Online-Befragung vom Januar 2024 illustrieren, warum sie ein gemischtes Modell beziehungsweise einen bestimmten Mix gewählt haben:

„Die gewählten Politiker sind diejenigen, die federführend sind. Bei Themen, die die Kompetenzen der Politiker überschreite[n], sollte ein Expertenrat hinzugezogen werden. Bei Themen, die den Großteil der Bevölkerung stark beeinflussen, sollte die Stimmung des Volkes abgefragt werden, um die beste Lösung zu finden.“

„Ich vertraue der Wissenschaft am meisten, da sie faktenbasiert, objektiv und hoffentlich möglichst unabhängig und weitsichtig entscheidet. Für gewisse Fragen braucht es aber vielleicht auch mehr (...) Herz, deshalb habe ich der Partizipation durch Bürger noch einen recht hohen Anteil eingeräumt; gelegentlich wird Deutschland auf internationalen Konferenzen etc. auch repräsentative Vertreter brauchen, die den Politslang können, daher ist in meinem Modell auch dieser Anteil noch vertreten.“

KONSEQUENZEN FÜR INSTITUTIONELLE REFORMEN

Wenn es tatsächlich so ist, dass Bürger*innen aus guten Gründen gemischte Regierungsmodelle präferieren, was bedeutet dies für konkrete demokratische Reformen? Geht es um die Verknüpfung direktdemokratischer und repräsentativer Institutionen, wird in der politikwissenschaftlichen Literatur häufig auf die Schweiz verwiesen. Sie gilt als Beispiel einer „halbdirekten Demokratie“ – ein System, in dem beide Elementen

²³ Vgl. Schwaiger et al. (Anm. 21).

te zusammenwirken, ohne dass sich eindeutig bestimmen lässt, welches dominiert.

Geht es um die Verknüpfung von repräsentativen Systemen und Lottokratie, schlägt der politische Philosoph Arash Abizadeh ein „hybrides“ Zweikammersystem vor: Eine „parteiliche Kammer“ (gewählt) und eine „lottokratische Kammer“ (gelost) sollen zusammenwirken und sich gegenseitig ergänzen.²⁴ Die parteiliche Kammer bringt Themen ein, strukturiert die Debatte und ist durch Wahlen rechenschaftspflichtig. Die lottokratische Kammer stärkt die Deliberation und gibt den (potenziell) gemeinsamen Interessen der Bürger*innen mehr Gewicht. Einen ähnlichen Gedanken verfolgen die Politikwissenschaftler*innen Patrizia Nanz und Claus Leggewie mit der „Konsultativen“ – einer vierten Gewalt neben Legislative, Exekutive und Judikative, bestehend aus ausgelosten Bürger*innen.²⁵

Was wie eine Utopie wirken mag, ist bereits an einigen Orten institutionelle Realität: In Ostbelgien und Paris etwa wurde das repräsentative System durch ständige (und verstetigte) Bürgerversammlungen ergänzt. In Paris kann die lottokratische Bürgerversammlung sogar formal Gesetzentwürfe einbringen – und nicht nur, wie in Ostbelgien, Empfehlungen aussprechen.

Daneben existieren auch Mischformen zwischen repräsentativem und expertokratischem Modell. Beispiele sind etwa Politiker*innen mit Fachexpertise oder Personen, die aufgrund ihrer Expertise in ein politisches Amt berufen werden. Darüber hinaus gibt es Gremien wie Sachverständigen- und Ethikräte, die bereits jetzt Regierungen beratend unterstützen. Deren Machtbefugnisse könnten stärker institutionalisiert werden, zum Beispiel durch konkrete Vorschlags- oder Abstimmungsrechte.

Aber wie gut sind diese gemischten Systeme? Um die Metapher des Blended Whisky noch einmal aufzugreifen: Sind Blends tatsächlich besser als Single Malts? Einige Whisky-Expert*innen vertreten die Ansicht, dass Single Malts eine überlegene Qualität bieten – andere wiederum betonen, dass auch Blends hervorragend schmecken

können.²⁶ Entscheidend ist wohl letztlich die Zusammensetzung der Mischung – ein Punkt, auf den wir zurückkommen werden.

STÄRKEN UND SCHWÄCHEN GEMISCHTER SYSTEME

Eine grundsätzliche Stärke gemischter Systeme liegt darin, dass es mit ihnen leichter fällt, politische Probleme zu bearbeiten. Für den politischen Philosophen Josiah Ober beispielsweise beschreibt die Demokratie im antiken Athen ein optimales Regierungssystem: In einem Bürgerrat wie dem „Rat der 500“ werden Themen auf Grundlage von Expert*inneninput intensiv diskutiert, bevor die Ergebnisse direktdemokratisch abgestimmt werden. Aus Obers Sicht führte dieses gemischte Verfahren im Durchschnitt zu „intelligenten“ Entscheidungen.²⁷ Der theoretische Kontrast dazu sind Systeme, die entweder ausschließlich auf (vermeintlich unfehlbare) Expertise oder ganz und gar auf direktdemokratische Entscheidungen setzen.

Gemischte Modelle haben noch weitere Vorteile: Sie verteilen politische Verantwortung auf mehrere Akteure und Institutionen und machen das politische System damit weniger abhängig von der Leistung einzelner Spitzenpolitiker*innen – was ein inhärentes Defizit vieler bestehender repräsentativer Demokratien ist. Zudem kann ein gemischtes Modell – insbesondere, wenn es inklusive repräsentative Institutionen mit direkter Bürger*innenbeteiligung verbindet – zu einer höheren allgemeinen Demokratiezufriedenheit führen. Und es kann ausgleichend auf die Zufriedenheit von Wahlgewinner*innen und Wahlverlierer*innen wirken.²⁸

Nachteile von gemischten Systemen sind ihre Komplexität und potenzielle Intransparenz.

²⁶ Vgl. Kristiane Sherry, *Better Together: The Joy, Elegance and Expressiveness of Blended Scotch Whisky*, 6. 11. 2024, <https://cluboenologique.com/report/blended-scotch-whisky>. Wir danken Felix Heidenreich für den ironischen Hinweis, dass Blends weder bei Whiskys noch bei institutionellen Arrangements gut sein müssen.

²⁷ Vgl. Josiah Ober, *Democracy's Wisdom: An Aristotelian Middle Way for Collective Judgment*, in: *American Political Science Review* 1/2013, S. 104–122.

²⁸ Vgl. Julian Bernauer/Adrian Vatter, *Can't Get No Satisfaction with the Westminster Model? Winners, Losers and the Effects of Consensual and Direct Democratic Institutions on Satisfaction with Democracy*, in: *European Journal of Political Research* 4/2011, S. 435–468.

²⁴ Vgl. Arash Abizadeh, *Representation, Bicameralism, Political Equality, and Sortition: Reconstituting the Second Chamber as a Randomly Selected Assembly*, in: *Perspectives on Politics* 3/2021, S. 791–806.

²⁵ Vgl. Patrizia Nanz/Claus Leggewie, *Die Konsultative*, Berlin 2018.

Wenn multiple Entscheidungsträger*innen Politik ausarbeiten, kann es für Bürger*innen schwierig sein, politische Verantwortung zuzuordnen. Gleichzeitig können gemischte Systeme Probleme mit sich bringen, wenn sie eine ausgeprägt aktive Rolle der Bürger*innen voraussetzen, denn der Wunsch nach mehr direkter Demokratie geht nicht zwangsläufig mit entsprechender Teilnahme an direktdemokratischen Abstimmungen einher.²⁹ Auch dies wird am Beispiel der Stadt Paris deutlich, wo die Beteiligung an solchen Abstimmungen wiederholt deutlich unter 10 Prozent lag.³⁰ Solch geringe Beteiligungsquoten können zu Repräsentationslücken und -defiziten führen – insbesondere dann, wenn sich bestimmte Bevölkerungsgruppen systematisch seltener beteiligen und ihre politischen Anliegen dadurch weniger Gehör finden. Ob solche Repräsentationslücken auch zu einem wahrgenommenen Mangel an Akzeptanz führen, ist eine offene Frage. Es ist zumindest möglich, dass Menschen, die nicht an einer Abstimmung teilgenommen haben, das Ergebnis dennoch eher zu akzeptieren bereit sind – eben deshalb, weil es eine direktdemokratische Abstimmung gab.³¹

Die entscheidende Herausforderung liegt in der konkreten institutionellen Gestaltung gemischter Systeme. Anders gesagt: Wie beim Blended Whisky kommt es auch bei politischen Systemen auf die richtige Mischung an. Als Illustration lohnt sich ein Blick auf das Zusammenspiel von direktdemokratischen und repräsentativen Institutionen in der Schweiz und in Kalifornien. Es zeigt sich, dass die Elemente von Mischsystemen aufeinander abgestimmt sein müssen, damit sie gut miteinander harmonisieren. Ansonsten kann eine „Entkopplung“ von repräsentativen und direktdemokratischen Institutionen Politik „irrational“ machen. So wurde beispielsweise 1978 bei einer Volksabstimmung

in Kalifornien eine Initiative der Republikanischen Partei („Proposition 13“) angenommen, die festschrieb, dass Steuererhöhungen nur mit einer Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern des kalifornischen Parlaments beschlossen werden können. Diese hohe Hürde für Steuererhöhungen führte nicht nur zu schmerzlichen Kürzungen in anderen wichtigen Politikbereichen wie dem Gesundheitswesen, sondern schränkte auch die Handlungsfreiheit des Parlaments massiv ein.³² Im Gegensatz dazu hat der repräsentative Teil des politischen Systems in der Schweiz die Möglichkeit, direkte Demokratie „mitzusteuern“, indem etwa Gegenvorschläge zu Volksinitiativen formuliert werden. Dadurch kann Politik als Ganze aufeinander abgestimmt werden, und direktdemokratische und repräsentative Akteure werden in die Lage versetzt, miteinander konsistente Ziele zu verfolgen.³³

Festzuhalten bleibt, dass Bürger*innen die Parteiendemokratie und das repräsentative System nicht einfach abschaffen wollen. Hier ist die Datenlage sehr klar. Die Menschen in Deutschland wollen dieses System aber stärker bürger*innenzentriert und mit mehr Expertise ausgestalten. Viele politische Systeme – inklusive das der EU – sind schon seit Längerem auf dem Weg zu einer „vielfältigeren“ Demokratie,³⁴ in der insbesondere Bürger*innenbeteiligung höher gewichtet wird. In der Tat wird die Idee eines institutionalisierten Bürgerrats in einigen europäischen Städten, etwa in Madrid oder in Turku/Åbo in Finnland, bereits umgesetzt. Aus verfassungsrechtlichen Gründen bleibt dies in Deutschland schwierig, sollten solche Bürgerräte mehr als nur eine beratende Funktion haben.³⁵ Wie unsere Forschungsergebnisse zum „Mars“ nahelegen, werden einige zusätzliche konsulta-

29 Vgl. Eva-Maria Trüdinger/André Bächtiger, Attitudes vs. Actions? Direct-Democratic Preferences and Participation of Populist Citizens, in: *West European Politics* 1/2023, S. 241–254.

30 Siehe z.B. Paris Residents Vote in Favour of Making 500 More Streets Pedestrian, 23.3.2025, www.reuters.com/world/europe/paris-residents-vote-favour-making-500-more-streets-pedestrian-2025-03-23/; Pariser stimmen für Leihroller-Verbot, 3.4.2023, www.tagesschau.de/ausland/europa/paris-e-scooter-verbot-101.html.

31 Vgl. Hannah Werner/Sofie Marien, Process vs. Outcome? How to Evaluate the Effects of Participatory Processes on Legitimacy Perceptions, in: *British Journal of Political Science* 1/2022, S. 429–436.

32 Vgl. Aleksandra Kulezsa, Direkte Demokratie in Kalifornien, in: Wolfgang Merkel/Claudia Ritz (Hrsg.), *Die Legitimität direkter Demokratie. Wie demokratisch sind Volksabstimmungen?*, Wiesbaden 2017, S. 155–176.

33 Vgl. Christopher H. Achen/Larry M. Bartels, *Democracy for Realists: Why Elections Do Not Produce Responsive Government*, Princeton 2016.

34 Vgl. Bertelsmann Stiftung (Anm. 15).

35 Vgl. Arne Pautsch, Institutionalisierte Deliberation: Das „Ostbelgien-Modell“ als rechtliche Blaupause, 15.5.2025, https://verfassungsblog.de/buergerraeete_demokratie_belgien.

36 Vgl. Eri Bertsou/Daniele Caramani, People Haven't Had Enough of Experts: Technocratic Attitudes Among Citizens in Nine European Democracies, in: *American Journal of Political Science* 1/2022, S. 5–23.

tive Bürgerräte den Bürger*innen nicht genügen. Auch die Idee einer stärkeren Einbindung von Expert*innen in den Entscheidungsprozess könnte neu überdacht werden.³⁶ Insgesamt, so unsere Botschaft auch für politisch verantwortliche Akteure, besteht ein deutlicher Wunsch nach einer gleichberechtigteren institutionellen Kooperation von partizipatorischen, expertokratischen und repräsentativen Elementen in zukünftigen Demokratien.

ANDRÉ BÄCHTIGER

ist Professor für Politische Theorie und Empirische Demokratieforschung an der Universität Stuttgart und leitet aktuell das ERC-Advanced-Grant-Projekt „Designing Democracy on Mars and Earth (DDME)“. Er forscht zu deliberativer Demokratie und der Zukunft demokratischen Regierens.

SERAPHINE ARNOLD

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im DDME-Projekt und Doktorandin an der Universität Stuttgart. Sie forscht zu politischen Wirkungen von lottokratischen Bürgerforen.

FRANZISKA MAIER

ist Postdoktorandin im DDME-Projekt an der Universität Stuttgart. Sie forscht zu Citizenship, Deliberation und kosmopolitischen Einstellungen von Bürger*innen.

ANJA RIEKER

ist Doktorandin im DDME-Projekt an der Universität Stuttgart. Sie forscht zu neuen Methoden der Messung von Demokratiepräferenzen.

VANESSA SCHWAIGER

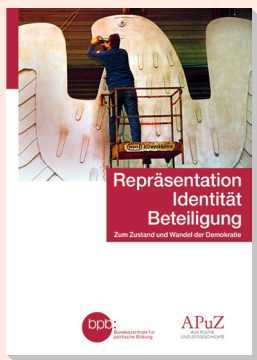
ist Doktorandin im DDME-Projekt an der Universität Stuttgart. Sie forscht zu den demokratischen Einstellungen von unterrepräsentierten Menschen und Jugendlichen.

EVA-MARIA TRÜDINGER

ist Privatdozentin an der Universität Stuttgart. Sie forscht zu Fragen des politischen Vertrauens, zu Demokratieeinstellungen und zum Föderalismus im SNF/DFG-Lead-Agency-Projekt „Attitudes toward Federalism in Germany and Switzerland (Attfed)“.

APuZ EDITION

Zum Wieder- und Weiterlesen



2022
Bestell-Nr. 10871



2022
Bestell-Nr. 10799



2021
Bestell-Nr. 10751



2021
Bestell-Nr. 10714

Hier bestellen
oder kostenfrei herunterladen



ESSAY

PARTEIENVERDROSSENHEIT – UND WAS DAGEGEN HELFEN KÖNNTE

Liane Bednarz

„Die da oben“, die „abgehobenen Politeliten“, im schlimmsten Fall sogar: „diese Volksverräter“ – Sprachbilder wie diese haben sich längst in signifikanten Teilen der Bevölkerung verfestigt. Die AfD befeuert dieses Narrativ seit ihren Anfängen mit einer Daueragitation gegen „Altparteien“, „Systemparteien“ oder „Kartellparteien“. Zugleich inszeniert sie sich als einzig wahre Stimme des Volkes – und ist, als nunmehr zweitstärkste Bundestagsfraktion, durchaus erfolgreich damit.

Diese Stimmungsmache ist gefährlich. Sie ist deshalb gefährlich, weil mit ihr die gelegentliche Parteien- beziehungsweise Politikverdrossenheit – für die es mitunter durchaus gute Gründe gibt, um die es im Folgenden gehen soll – immer häufiger in ein grundlegendes Ressentiment gegen das liberale demokratische System umschlägt. Statt dieses wertzuschätzen, suchen inzwischen zu viele Menschen Halt bei Parteien mit autoritären Phantasien.

PERFEKTE STAATSFORM FÜR DEN UNPERFEKTEN MENSCHEN

Die geschilderte Entwicklung ist fatal, weil die liberale Demokratie – und nicht der Autoritarismus – die perfekte Staatsform für den unperfekten Menschen ist. Denn nur sie verfügt über solide eingebaute Kontroll- und Korrekturmechanismen. Diese gewährleisten jedem und jeder ein Leben in Freiheit und ohne Repression. Und sie sorgen dafür, dass Politiker Fehler, die sie gemacht haben und die von Zeit zu Zeit völlig zu Recht zu Verdross führen, nicht einfach ignorieren können, sondern für sie geradestehen müssen.

Die Kontrolle fehlerhaften oder gar missbräuchlichen politischen Handelns vollzieht sich, samt ihrer Reparaturmöglichkeiten, vor allem auf drei Ebenen: Erstens verhindert die für die liberale Demokratie konstitutive Gewaltenteilung aus Exekutive, Legislative und Judikative ein autoritäres Durchregieren. Vor allem der Justiz, die Ge-

setze und Regierungs- oder Verwaltungshandeln einer gerichtlichen Kontrolle unterziehen kann, kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Es ist daher kein Zufall, dass autoritäre Regierungen darum bemüht sind, die unabhängige Justiz massiv zu schwächen und auf Linie zu bringen.

Zweitens gewährt die liberale Demokratie freie, gleiche und geheime Wahlen und, das ist im Kontext der Parteienverdrossenheit wichtig, die Chancengleichheit der Parteien bei diesen Wahlen. Wer unzufrieden mit einer Regierung oder den sie tragenden Parteien ist – die er zuvor vielleicht selbst gewählt hat –, kann bei der nächsten Wahl sein Kreuz gegebenenfalls bei einer anderen Partei machen. Der regelmäßige Machtwechsel durch Abwahl ist gewissermaßen die DNA der liberalen Demokratie – und ihr effizientester Kontrollmechanismus. Wer verdrossen von „seiner“ oder „ihrer“ Partei ist, kann sich umorientieren und im Idealfall sogar zur Katharsis der abgewählten Partei beitragen. Wird aber aus Verdrossenheit mit dem eigenen parteipolitischen Lager eine generelle Politik- und Demokratieverdrossenheit – und wendet man sich in der Folge autoritären Parteien zu, die mit Demokratie wenig anfangen können, oder wählt möglicherweise gar nicht mehr –, funktioniert dieser Mechanismus nicht mehr. Parteien- und Politikverdrossenheit rechtzeitig entgegenzuwirken, müsste deshalb auch im Eigeninteresse jeder demokratischen Partei liegen.

Interessant ist, dass unter bestimmten Umständen den Parteien- und Politikverdrossenheit auch ihre guten Seiten haben kann. Unter den Bedingungen noch nicht verfestigter autoritärer Strukturen beispielsweise kann eine stetig größer werdende Unzufriedenheit und Verdrossenheit zum Umdenken führen. In Polen hat vor allem der Unmut urbaner Milieus und junger Leute mit der PiS-Regierung 2023 zu deren Abwahl geführt – aller Kontrolle der staatlichen Medien und der Gerichte zum Trotz. Allerdings konnte der PiS-nahe Kandidat

Karol Nawrocki jünger die Präsidentschaftswahl für sich entscheiden. In Ungarn liegt die Partei von Oppositionsführer Péter Magyar in Umfragen derzeit vor Viktor Orbán, dessen Fidesz-Partei die kommenden Parlamentswahlen tatsächlich verlieren könnte. In autoritären Staaten und Demokratien mit autoritären Tendenzen kann Verdrossenheit mit herrschenden Parteien also mitunter ein Treiber für Veränderung zum Besseren sein.

Der dritte zentrale Kontroll- und Reparaturmechanismus der liberalen Demokratie hat mit der Presse- beziehungsweise generell der Meinungsfreiheit zu tun. Eine kritische Öffentlichkeit ist nicht nur hilfreich bei der allgemeinen Bewertung von Regierungstätigkeit und gegebenenfalls der Abwahl von Regierungsparteien, sondern sie hilft auch dabei, parteiiche Fehlentscheidungen oder individuelle Grenzüberschreitungen von Politikern – zum Beispiel im Rahmen von Korruption und Machtmissbrauch – aufzudecken. Medien und Öffentlichkeit konstituieren eine inoffizielle vierte Säule der Gewaltenteilung. Anders als in Diktaturen werden Informanten und Hinweisgeber nicht verfolgt, vergiftet oder ins Exil getrieben, sondern ihre Hinweise werden in der Regel ernst genommen und öffentlich debattiert – was zur Behebung von Missständen beiträgt und im Idealfall Verdrossenheit entgegenwirken kann. Natürlich gelingt das auch in Demokratien nicht immer, aber das liberaldemokratische System eröffnet zumindest die Möglichkeit zur Selbstreinigung.

AUSLÖSER FÜR PARTEIENVERDROSSENHEIT

Die erwähnten Kontroll- und Reparaturmechanismen der liberalen Demokratie haben gleichwohl nicht verhindern können, dass sich auch hierzulande Parteien- und Politikverdrossenheit immer mehr ausbreiten. Auch wenn Verdrossenheit immer zur liberalen Demokratie dazugehört, ist doch auffällig, wie sehr er in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zum „geflügelten Wort“ geworden ist. Grund genug, sich genauer anzusehen, was Parteien für Menschen anziehend macht – und was die Bürger von den Parteien mitunter entfremdet. Ein Erklärungsversuch in sechs Schritten.

Zu hohe Erwartungen: Politik ist keine „Serviceleistung“

Um mit einem kritischen Blick auf die partei- verdrossenen Wähler selbst anzufangen: Nicht

nur Politikerinnen und Politiker haben ihren Anteil an Parteien- und Politikverdrossenheit. Viele Bürger betrachten Politik zunehmend als eine Art Serviceleistung, die ihnen persönliches Lebensglück ermöglichen und absichern soll – ähnlich einem Konsumgut, das man durch das Setzen des Kreuzes in der Wahlkabine bestellt und geliefert bekommt. Mit einer derartigen Geisteshaltung ist Politikverdrossenheit fast zwangsläufig vorprogrammiert.

Der frühere CDU-Innenminister Thomas de Maizière brachte diese Problematik kürzlich in einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ treffend auf den Punkt: „Der Staat“, so de Maizière, „ist kein Pizzaservice“.⁰¹ De Maizière ist – gemeinsam mit dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, dem ehemaligen SPD-Kanzlerkandidaten und Finanzminister Peer Steinbrück sowie der Medienmanagerin Julia Jäkel – Initiator der überparteilichen „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“, die sich für eine Staatsreform einsetzt, mit der die „Effizienz und Bürgernähe der deutschen Verwaltung durch umfassende Reformen“ gestärkt werden soll.⁰² So soll etwa durch „Erleichterungen bei Nachweis- und Berichtspflichten, dafür schärferen Sanktionen bei Fehlverhalten [eine] Vertrauens- statt Misstrauenskultur“ geschaffen werden.⁰³ Auf die Frage, ob es eine gute Idee sei, wie derzeit häufig aus der CDU zu hören, den Staat zum „Lieferrn“ aufzufordern, hat de Maizière eine klare Antwort:

„Das halte ich für ganz falsch. Der Staat ist kein Pizzaservice. (...) Der Staat muss effektiv sein, er muss schnell sein, präzise, und er muss verlässlich sein. Er muss stark sein. (...) Wenn ich ein Kind bekomme und gebe die Daten meines neugeborenen Kinds dem Standesamt, dann kann der Staat durch Verknüpfung von Daten dafür sorgen, dass ich Kindergeld bekomme oder vielleicht zusätzliches Wohngeld, ohne weitere Anträge stellen zu müssen. Das müsste eine Serviceleistung des Staates sein.“

⁰¹ Tina Hildebrandt/Mariam Lau, „Der Staat ist kein Pizzaservice.“ Interview mit Thomas de Maizière, 13.4.2025, www.zeit.de/2025/15/thomas-de-maiziere-staatsreform-cdu-buendnis.

⁰² Vgl. Hertie Stiftung, Initiative für einen handlungsfähigen Staat – Reformen für eine starke Demokratie, www.ghst.de/initiative-fuer-einen-handlungsfahigen-staat.

⁰³ Vgl. Initiative für einen handlungsfähigen Staat, Der Staat kann mehr Vertrauen wagen, Pressemitteilung, 12.3.2025.

tes sein. Von mir aus ‚liefert‘ er da. Mich stört aber an dem Begriff, dass er ein falsches Bild vom Verhältnis zwischen Staat und Bürger zeichnet. Generell kann der Staat nicht die Erfüllung privater Bedürfnisse befriedigen wie Glück, Sicherheit im Sinne von Selbstsicherheit, Erziehung, Vorbild, Allgemeinbildung. Er kann sie fördern, aber das sind Dinge, die Bürger ohne Staat hinbekommen können und müssen – was sie auch stärker macht.“

Was soll man sagen? De Maizière hat Recht! Es ist in der Tat nicht Aufgabe des Staates, individuelle Glücksvorstellungen wahr werden zu lassen. Er muss effektive Rahmenbedingungen für ein funktionierendes Gemeinwesen bereitstellen. Aber nicht mehr. Ein Staat ist kein Nikolaus, der den Bürgern vollgepackte Stiefel mit Geschenken vor die Tür stellt oder – um in de Maizières Bild zu bleiben – ein Lieferservice, der die Pizza mit dem gewünschten Belag nach Hause liefert. Das Pizzaservice-Bild ist auch deshalb gut gewählt, weil die Geschmäcker bekanntlich verschieden sind. Der eine bevorzugt Funghi, die nächste Prosciutto und der nächste Tonno. Anders als der auf Pizza spezialisierte Lieferservice kann der Staat ein derart individuelles Angebot nicht gewährleisten. Es genügt, wenn er den Teig und die Tomatensoße und damit die Basiszutaten zur Verfügung stellt. Belegen müssen wir die Pizza schon selber.

Die liberale Demokratie hält keine Glücksversprechen für die Menschen bereit – ein solches Versprechen müsste scheitern. Aber sie schafft die Chancen und Voraussetzungen für jeden und jede, unabhängig von Herkunft, Religion, Ethnie oder Geschlecht nach dem je eigenen Glück zu streben. So formulierten es schon die Gründerväter der USA. Jede individuelle Erwartungshaltung, die darüber hinausgeht, führt nahezu zwangsläufig zu Enttäuschung, Parteien- und Politikverdruss – und im schlimmsten Fall zu einem generellen Ressentiment gegenüber der liberalen Demokratie.

Und noch eines sei vorausgeschickt, bevor es um die Rolle der Parteien und der Politiker geht: Politik ist ein hartes Geschäft, insbesondere auf der Landes- und erst recht auf der Bundesebene. Die Mär von „den faulen Politikern“ ist genau das: ein Märchen. Der herausfordernde Arbeitsalltag beginnt mit dem ständigen Pendeln zwischen Wahlkreis und Parlamentssitz, setzt sich fort mit vielen langen Sitzungen im Plenum

und in Ausschüssen und geht über die sorgfältige Lektüre unzähliger Vorlagen und Akten zu allen möglichen Themen und der Fokussierung auf eigene Spezialthemen bis hin zum intensiven Austausch mit Akteuren der Zivilgesellschaft und des vopolitischen Raums. Selten enden die Arbeitstage vor 22 Uhr. Hinzu kommt die ständige – und, wie gesehen, ja auch erwünschte – Beobachtung durch die kritische Öffentlichkeit und die Medien, verbunden mit der Unsicherheit, ob man bei den nächsten Wahlen wiedergewählt wird oder sich ein anderes Betätigungsfeld suchen muss. Bei Ministern und parlamentarischen Staatssekretärinnen und -sekretären potenziert sich all das noch. Mit anderen Worten: Es ist ein Knochenjob, aber mit deutlich weniger Gehalt als dem eines Vorstandsmitglieds eines großen Konzerns mit vergleichbarer Arbeitsbelastung.

Bruch von Wahlversprechen und Vernachlässigung der Partei-DNA

Doch natürlich sind nicht nur selektive Fehlperzeptionen auf der Wählerseite für Verdrossenheit verantwortlich. Viele der Malaisen sind hausgemacht.

Zu den wichtigsten Faktoren für die Entstehung von Parteien- und Politikverdrossenheit zählen zweifellos der Bruch zentraler Wahlversprechen und das Abrücken von Prinzipien, die für eine Partei prägend sind. Dies ist deshalb so zentral, weil damit der Verlust von Vertrauen und Glaubwürdigkeit verbunden ist. Wenn beispielsweise nach der jüngsten Bundestagswahl CDU/CSU gemeinsam mit der SPD und den Grünen – und noch vor Konstituierung des neuen Bundestages – eine Lockerung der Schuldenbremse für Mittel der Landesverteidigung und ein 500-Milliarden-Sondervermögen für Infrastruktur beschließen, dann ist das keine Petitesse. Damit keine Missverständnisse aufkommen: In der Sache ist beides richtig, auch und gerade, weil die Verteidigung der liberalen Demokratie gegen den Aggressor Russland immens wichtig geworden ist. Aber als Kanzlerkandidat hatte Friedrich Merz eine Reform der Schuldenbremse lange kategorisch ausgeschlossen. Auch wenn er sich im November 2024 eine kleine Hintertür offengelassen hatte, waren seine Aussagen noch zwei Tage nach der gewonnenen Bundestagswahl unmissverständlich: „Es ist in der naheliegenden Zukunft ausgeschlossen, dass wir die Schuldenbremse reformie-

ren.⁰⁴ Entsprechend heftig fielen die Reaktionen aus: „Wählertäuschung“ und „Wahlbetrug“ lauteten die Vorwürfe. 73 Prozent der Befragten fanden laut ZDF-Politbarometer vom 21. März 2025 den Vorwurf der Wählertäuschung berechtigt.⁰⁵ Selbst 44 Prozent der Anhänger von CDU/CSU sahen das so. Auch innerhalb der Unions-Bundestagsfraktion gab es kritische Stimmen – man habe der Bevölkerung im Wahlkampf schließlich etwas anderes erzählt.⁰⁶ Die in der Sache richtige Entscheidung hat dem Politikverdross also erheblich Vorschub geleistet.

Gewiss, der Eklat zwischen US-Präsident Donald Trump und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj Ende Februar 2025 im Weißen Haus dürfte entscheidend zu Merz' Sinneswandel beigetragen und ihn zu der (richtigen) Einsicht bewogen haben, dass Europa und damit auch Deutschland die eigene Verteidigungsfähigkeit massiv forcieren muss. Nur hätte er genau das den Wählern offen und ehrlich erklären müssen. Bürgerinnen und Bürger haben großes Verständnis für die Notwendigkeit von Politikänderungen – nur wollen sie die Gründe dafür auch nachvollziehen können.

Das Problem der Merz'schen Kehrtwende war also nicht die Wende an sich, sehr wohl aber deren defizitäre Kommunikation. Sie wog besonders schwer, weil die Union erst Ende Januar 2025 zwei Entschließungsanträge zur Migrationspolitik in den Bundestag eingebracht und dabei die absehbare Zustimmung der AfD zu einem der beiden in Kauf genommen hatte, obwohl Merz dies noch im November 2024 dezidiert ausgeschlossen hatte.⁰⁷ Zwar gab es auch für dieses Vorgehen gute Gründe, weil die Bevölkerung sich nach den Anschlägen von Aschaffenburg, Mag-

deburg und Solingen gerade von den Unionsparteien einen strengeren Law-and-Order-Kurs erhoffte. Doch auch hier war Merz' Kommunikationsstrategie mindestens naiv, wenn nicht diletantisch – auch und gerade im Hinblick auf das sensible Thema der Aufrechterhaltung der „Brandmauer“ zur AfD. Wie auch immer man inhaltlich zu all dem steht: Glaubwürdigkeit ist die härteste Währung in der Politik. Ist sie erst einmal beschädigt, wird es schwer, sie wiederherzustellen. Ihr Verlust trägt massiv zur Parteien- und Politikverdrossenheit bei.

Auch die DNA einer Partei, ihr Wesenskern, kann so sehr beschädigt werden, dass die Wähler ihr Vertrauen in sie verlieren. Die SPD hat diese schmerzliche Erfahrung zu Beginn der 2000er Jahre mit der Einführung der Hartz-Reformen machen müssen. Man kann dieses Konzept und die sich daran anschließende Reformgesetzgebung, wie die Verfasserin dieses Textes, durchaus für richtig halten. Dass beides der SPD als Partei aber massiv geschadet hat, steht außer Frage – und das auch mit langfristigen Folgen: Der Versuch einer späten Korrektur mithilfe des Bürgergeldes führte zu Fehlanreizen bei der Arbeitsaufnahme, was wiederum die hart arbeitende SPD-Stammklientel – Stichwort Lohnabstandsgebot – vor allem in den unteren Lohnklassen erzürnte. Gleichzeitig zettelte die AfD eine Neiddebatte an, weil auch manche Flüchtlinge Bürgergeld bekamen. So wurde aus einer gut gemeinten, aber überschießenden Korrektur ein Bumerang für die SPD. Verloren gegangenes Vertrauen konnte nicht wiederhergestellt werden.⁰⁸

Die CDU wiederum verriet mit dem Eintritt in die Thüringer „Brombeer-Koalition“ im Dezember 2024 – und damit in eine Regierung, der auch das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) angehört – ebenfalls einen zentralen Baustein ihrer DNA. Mit dem entschiedenen Ausspruch „Wir wählen die Freiheit“ verpasste Konrad Adenauer einst der CDU und dann der gesamten alten Bundesrepublik eine strikte Westbindung. Eine Koalition mit dem BSW, dessen Gründerin und Führungsfigur Wagenknecht im Kontext des russischen Angriffskrieges ge-

04 Hat Merz mit dem Sondervermögen die Wähler getäuscht?, 17.3.2025, www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/merz-schuldenbremse-kein-wahlbetrug-100.html.

05 Vgl. Dominik Rzepka, Das Glaubwürdigkeitsproblem von CDU-Chef Merz, 21.3.2025, www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/merz-cdu-kritik-kanzler-schuldenbremse-waehlerbetrug-waehlertauschung-100.html.

06 Vgl. Torben Ostermann, Kalt erwischt von Merz' Milliarden-schulden, 7.3.2025, www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/merz-milliardenschulden-union-100.html; ders., Milliarden da, Glaubwürdigkeit beschädigt, 18.3.2025, www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/finanzpaket-bundestag-abstimmung-100.html.

07 Vgl. Evelin Ruhnow, Merz und die Brandmauer – eine Geschichte in Zitaten, 31.1.2025, www.spiegel.de/a-52810f3c-6fbf-4668-82bf-22792883333f.

08 Vgl. Rasmus Buchsteiner et al., Die SPD wollte sich von Hartz IV befreien. Und erfand fatalerweise das Bürgergeld, 20.7.2024, www.spiegel.de/a-7f468c79-2936-4677-aab5-6852984fbb6e.

gen die Ukraine mit der Übernahme russischer Narrative und Putin-Appeasement auffiel, ist mit dem Prinzip der Westbindung schlichtweg unvereinbar.⁰⁹ Auch hier gilt: Über den richtigen Ausweg aus dem Krieg in der Ukraine darf man streiten. Für die CDU aber kann die Westbindung nicht zur Disposition stehen, ohne dass sie ihren Wesenskern aufgibt. Deshalb bleibt die Brombeer-Koalition ebenso ein Ärgernis wie die Positionierung des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer in der Russland-Frage. Beides führt unter Unionsanhängern völlig zu Recht zu Verdruss.

Fehlerhafte Fehlerkultur

Ähnlich, wie bei Friedrich Merz die schlechte Kommunikation inhaltlicher und strategischer Neupositionierungen zu einem Glaubwürdigkeitsverlust geführt hat, nährt auch bei Fehlern oder Fehlverhalten von Politikern oftmals nicht der Fehler an sich Politikverdrossenheit, sondern der Umgang damit. In der Verlagsankündigung des differenziert argumentierenden Buchs „Die Fehlbaren“ von Helene Bubrowski (2023)¹⁰ heißt es treffend: „Vertuschen. Abstreiten. Aussitzen. Salamataktik: So gehen Politiker*innen mit politischen Fehlentscheidungen und persönlichen Fehlritten um. Neuerdings werden Fehler auch offensiv benannt, aber erst, wenn sie publik sind und die Kritik massiv wird. So entwickelt nicht der Fehler selbst, sondern der Umgang damit politische Sprengkraft. Die Folgen sind Politikverdrossenheit und Misstrauen.“ Andreas Scheuer, Annalena Baerbock, Karl-Theodor zu Guttenberg, Frank-Walter Steinmeier und Philipp Amthor gehören zu jenen Politikerinnen und Politikern, die sich Bubrowski im Positiven wie im Negativen näher angesehen hat.

Besonders fatal ist es, wenn Politiker, statt echte Selbstkritik zu zeigen, eine Opferhaltung einnehmen und versuchen, die Wähler hinteres Licht zu führen. In jüngster Zeit fiel hier beispielsweise die fachlich reichlich desinteressiert wirkende Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht auf, die – nach kleinen und grö-

ßeren Verfehlungen – über eine längere Zeit hinweg zum Rücktritt bewegt werden musste, bevor sie nach Intervention des Bundeskanzlers aus dem Amt schied. Der „Spiegel“ kommentierte: „Bei sich selbst suchte sie die Schuld für ihren Abgang eher nicht. Stattdessen bei einer angeblich kampagnenwütigen Presse und mit einiger Sicherheit auch bei so manchem Parteifreund, der sie am Ende fallen ließ.“¹¹ Auch so stärkt man Parteien- und Politikverdrossenheit. An der Popularität ihres Amtsnachfolgers Boris Pistorius lässt sich hingegen studieren, wie sehr sich Bürger und Wähler nach Kompetenz und Bodenhaftung sehnen – und dass sie diese durch entsprechend hohe Zustimmungswerte auch durchaus honorieren.

Destruktiver statt konstruktiver Streit

Konstruktiver, auch heftig ausgetragener Streit ist etwas, von dem Politik lebt. Er ist Ausweis eines funktionierenden und lebendigen Pluralismus, der wiederum essenziell für eine liberale Demokratie ist. Auch innerhalb von Koalitionen ist Streit nicht per se etwas Schlechtes. Gerade wenn, wie in der neuen schwarz-roten Koalition, politisch sehr unterschiedliche Lager aufeinandertreffen, müssen die Regierungspartner den Spagat schaffen, zugleich als verlässliche Koalitionäre und Anwälte ihrer Wählerklientel wahrgenommen zu werden.

Gelingt dies, kann Parteienverdrossenheit sogar entgegengewirkt werden. Denn dann merken die Bürger, dass es möglich ist, aus unterschiedlichen, manchmal sogar diametral entgegengesetzten Positionen heraus Kompromisse entstehen zu lassen, die alle Beteiligten konstruktiv mittragen können. Wenn es hingegen schlecht läuft und der Dauerstreit zur Tagesordnung wird, kippt das Ganze in die Destruktivität – die gescheiterte „Ampel“ steht allen noch als Menetekel vor Augen. Vollends aus dem Ruder läuft es, wenn ein Bundeskanzler eine Koalition nicht austariert, sondern der Streiterei, zumindest nach außen, nahezu freien Lauf lässt. Die jüngsten Wahlergebnisse gerade der Ampel-Parteien haben eindrucksvoll bewiesen, wie groß der Verdruss ihrer ehemaligen Wähler darüber gewesen ist.

⁰⁹ Vgl. Liane Bednarz, „Wir wählen die Freiheit“. Wie die CDU sich jetzt gegen die russlandhörige AfD abgrenzen muss, 7.3.2023, <https://starke-meinungen.de/blog/2023/03/07/wir-waehlen-die-freiheit>.

¹⁰ Vgl. Helene Bubrowski, *Die Fehlbaren. Politiker zwischen Hochmut, Lüge und Unerbittlichkeit*, München 2023.

¹¹ „Ich schreibe an meinem Buch ‚Auf Stöckelschuhen durch Absurdistan‘“, 7.9.2024, www.spiegel.de/a-ceda9c30-dc8d-4b05-822b-636d13b9cccf.

One-Man/Woman-Show und Fehlen innerparteilicher Teilhabe

Parteien brauchen, besonders auf Bundesebene, medial präsente Köpfe, die die gesamte Bandbreite der Gesellschaft repräsentieren und hinsichtlich Geschlecht, Alter, sexueller Identität und Migrationsgeschichte unterschiedliche Wählermilieus ansprechen. Auf eine einzige Person zugeschnittene Parteien sind in Demokratien selten langfristig erfolgreich – früher oder später ereilt sie der Verdruss der Wähler.

Eine als „One-Man“- oder „One-Woman“-Show aufgestellte Partei wirkt heutzutage wenig anziehend. Das Scheitern von FDP und BSW bei der jüngsten Bundestagswahl dürfte auch damit zu tun gehabt haben. Christian Lindner und Sahra Wagenknecht hatten ihre Parteien so sehr auf sich ausgerichtet, dass kaum jemand anderes neben ihnen leuchten konnte. Bei der FDP waren höchstens noch Marie-Agnes Strack-Zimmermann oder Wolfgang Kubicki medial sichtbar. Der FDP-Bundestagswahlkampf war vollkommen auf Christian Lindner zugeschnitten, was das Handelsblatt zu dem spöttischen Kommentar anregte, die zentrale Wahlkampf-Botschaft der Liberalen laute zwar, dass sich „alles ändern lässt“ – dies aber nicht für die Frage gelte, „wessen Gesicht die FDP auf ihre Plakate druckt“.¹²

Bei Wagenknecht ging die Ausrichtung ihrer Partei auf sie selbst sogar so weit, dass Probleme mit innerparteilicher Teilhabe sichtbar wurden. Jedenfalls berichteten immer mehr Medien über Frustrationen in den Landesverbänden des BSW. Man ärgerte sich dort über Wagenknechts Bestrebungen, innerparteilich „durchzuregieren“ – bis hin zu der Entscheidung, wer als Mitglied aufgenommen wird und wer nicht. Als sich insbesondere die selbstbewusste Thüringer Co-Landesvorsitzende Katja Wolf – vom MDR als „die Unverwüstliche“ geadelt¹³ – zunehmend gegen Wagenknechts Strenge zur Wehr setzte, endete der Höhenflug der Partei. Bei den vorangegangenen Landtagswahlen 2024 hatte die Ausrichtung auf die Gründerin der Partei zwar noch große Wahlerfolge eingebracht; langfristig zahlt sich ein

solches Vorgehen aber offenkundig weder innerparteilich noch elektoral aus.

Charisma, Bürgernähe und „Tiktokisierung“ der Politik

Der mit Wagenknechts Strömungsabriss einhergehende Steilflug der schon totgeglaubten Linkspartei zeigt demgegenüber, wie eine gestrauchelte Partei es mit einer charismatischen Person wie Heidi Reichinnek als Co-Spitzenkandidatin schaffen kann, binnen kurzer Zeit wie Phoenix aus der Asche wiederaufzusteigen und erneut anziehend zu wirken statt Verdruss zu verbreiten. Anfang Januar 2025 wurde die Linkspartei in der Wählergunst noch bei 4 Prozent taxiert – bei der Bundestagswahl fuhr sie dann satte 8,8 Prozent ein.

Schaut man sich ganz generell an, welche Politiker beliebt sind, dann sind es in der Regel solche, die ernsthafte Inhalte mit Pep und Charisma und vor allem mit Authentizität verbinden. Besonders bei jungen Menschen findet jemand wie Reichinnek, mit Rosa-Luxemburg-Tattoo auf dem linken Unterarm und offenem, authentischen Auftreten, großen Anklang. Freilich trägt Erfolg, der primär auf Charisma beruht, die Gefahr in sich, sich als schöne Verpackung mit problematischem Inhalt zu entpuppen. Ob vielen der Jungwähler der Linken bewusst ist, dass Reichinnek den Kapitalismus „stürzen“ will¹⁴ und Waffenlieferungen an die gebeutelte Ukraine mit der weltfremden Begründung ablehnt, die EU solle „Friedensmacht“ werden,¹⁵ sei jedenfalls mal dahingestellt. Ob sich vor diesem Hintergrund linke Neuwähler wieder verdrossen von ihr abwenden werden, bleibt abzuwarten.

Kurzum: Coolness ist nicht alles. Auch gilt es, den schmalen Grat zwischen Selbstironie und Lächerlichkeit der eigenen Person zu wahren. Instagram-Reels wie #söderisst beispielsweise, in denen der bayerische Ministerpräsident meist Berge von Fleisch zu sich nimmt, sind hierfür ein gutes Beispiel. Gerade im heimatverbundenen Bayern schafft Markus Söder so Nähe zu seiner Wählerschaft, muss aber zugleich aufpassen, es nicht zu übertreiben. Das vielleicht bekannteste Negativ-

¹² Josefine Fokuhl/Jan Hildebrand, Die FDP setzt bei ihrer Wahlkampagne alles auf Lindner, 10.12.2024, www.handelsblatt.com/100093850.html.

¹³ Andreas Kehrer, Katja Wolf, die Unverwüstliche, 27.4.2025, www.mdr.de/nachrichten/thueringen/bsw-katja-wolf-sahra-wagenknecht-parteitag-100.html.

¹⁴ „Radikal sein“: Reichinnek will „Kapitalismus stürzen“, 5.5.2025, www.n-tv.de/25744556.html.

¹⁵ Vgl. Marc Röhl, Linke nennt Russland „Aggressor“ – will der Ukraine aber keine Waffen liefern, 2.3.2025, www.spiegel.de/a-6dee6127-0d7d-4c71-b777-cdecae6de3ed.

beispiel dieser Art war die „Spaßpartei“-Kampagne der FDP unter Guido Westerwelle, der sich und seine Partei mit dem „Guidomobil“ und den gelben Schuhsohlen mit der Aufschrift „18 Prozent“ ohne Not der Lächerlichkeit preisgab und unter traditionellen FDP-Wählern vor allem Verdross und Genervtheit erzeugte.

Gefährlich wird es, wenn der völkische Rechtsradikalismus die Coolness von Social Media für sich zu nutzen versucht. Der elektorale Erfolg der AfD beispielsweise wäre ohne deren Präsenz auf entsprechenden Plattformen, deren Algorithmen sie genau verstanden hat, wohl nicht erklärbar. In Sachsen zum Beispiel hat die Partei bei Weitem die meisten Social-Media-Follower auf Tiktok, Instagram oder Facebook,¹⁶ mitunter ist gar von einer „Tiktok-Armee der AfD“ die Rede.¹⁷ Das wohl bekannteste Tiktok-Video stammt von dem umstrittenen und flamboyanten AfD-Bundestagsabgeordneten Maximilian Krah („Echte Männer sind rechts“).¹⁸ Er erklärt darin, wie man als Mann mit rechter Gesinnung vermeintlich schneller eine Freundin findet. Klingt plump – und ist es auch. Aber hinsichtlich der hervorgerufenen Resonanz war das Video extrem erfolgreich.

Mit anderen Worten: Die etablierten Parteien und ihre Repräsentanten müssen in den Sozialen Medien dringend besser werden und es schaffen, seriöse Inhalte mit mehr Pep zu verkaufen. Nur so lässt sich der düsteren Emotionalisierung, wie sie etwa von der AfD ausgeht, etwas entgegensetzen. Als langweilig wahrgenommen zu werden, ist das Schlimmste, was im Netz passieren kann – und eine zunehmende Politikverdrossenheit der eigenen jüngeren Anhängerschaft ist damit vorprogrammiert.

WARUM MAN SICH (TROTZDEM) ENGAGIEREN SOLLTE

Das bisher Aufgezeigte mag davon abhalten, sich selbst in Parteien zu engagieren. Und doch ist die Politik zwingend darauf angewiesen, dass Bürger

genau dies tun. Ohne aktives Engagement gibt es kein demokratisches Gemeinwesen. Das gilt sowohl für ehrenamtliches Engagement im kommunalpolitischen Bereich als auch auf der Ebene des Berufspolitikertums, das sich typischerweise aus Menschen rekrutiert, die irgendwann einmal auf ehrenamtlicher Ebene in ihrer Stadt oder Gemeinde angefangen haben, sich aktiv in die Politik einzumischen. Freie und demokratische Parteien in einem pluralistischen Staat wie Deutschland folgen einem demokratischen Bottom-up-Ansatz: Sie geben prinzipiell jedem Bürger die gleiche Chance, an der politischen Willensbildung mitzuwirken und diese – entsprechende Wahlerfolge vorausgesetzt – mitzuprägen.

Einfach ist das allerdings nicht. Delegiertenplätze sind ebenso wie Abgeordnetenmandate oder Ämter begrenzt. Die berühmt-berüchtigte „Ochsentour“ ist ebenso real wie das sprichwörtliche innerparteiliche Hauen und Stechen um die besten Positionen. Was also müssten gerade die etablierten Parteien verbessern? Nun, sie müssten Talente und keine Parteisoldaten fördern; Sitzfleisch darf nicht vor Talent gehen. Es ist widersinnig, sich einerseits Spitzenpolitiker zu wünschen, die ihr ganzes bisheriges Berufsleben außerhalb der Politik verbracht haben, andererseits aber bei jeder Gelegenheit zu erwarten, dass jemand bei allen möglichen Parteiveranstaltungen dauerpräsent ist, wenn er oder sie in der Partei „etwas werden“ will. Diese Erwartungshaltung schafft nur Frust auf allen Seiten. Wer sich in einer Partei engagieren will, sollte die Gelegenheit dazu auch dann erhalten, wenn er zugleich andere berufliche Lebenswege wählt und für die Ochsentour keine Zeit hat. Insofern ist es ein gutes Signal, dass es mit dem neuen Digitalminister Karsten Wildberger nun einen echten Quereinsteiger in der Bundesregierung gibt. Auch so kann man möglicherweise Parteien- und Politikverdrossenheit entgegenwirken.

¹⁶ Vgl. Narin Şevîn Doğan, AfD auf Social Media „faktisch zu Hause“, 28.8.2024, www.zdfheute.de/politik/deutschland/landtagswahl-sachsen-afd-tiktok-100.html.

¹⁷ Die TikTok-Armee der AfD, WDR, 19.2.2025, www1.wdr.de/fernsehen/die-story/sendungen/die-tiktok-armee-der-afd-108.html.

¹⁸ Vgl. Datingtipps vom AfD-Spitzenkandidaten, 30.7.2023, www.spiegel.de/a-ecc706b5-515b-43da-bc90-2e9da0af05d9.

LIANE BEDNARZ

ist Juristin und Publizistin. Sie beschäftigt sich unter anderem mit der populistischen und extremen Rechten in Deutschland.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Juni 2025

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Julia Heinrich
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Leontien Potthoff (Volontärin)
Isabel Röder
Luise Römer
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
29–31/2025, 12. Juli 2025

KSZE



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz